

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer: 1 Pf.
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeilungs-
 Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Ostpreußen 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 25. April 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Betrag für die sechsgehaltene Annon-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inspecula für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Rüstet zur Maifeier! Der Maifeier folgt die Wahlschlacht!

„Geistige Arbeiter.“

Wir arbeiten geistig; det is ooch au-
freugend.

Herr v. d. Vottemberg-Schirp,
in der Berliner Volkszeitung am
23. April 1903.

Eine „unabhängige Zeitung für nationale Politik“, die in Berlin
 erscheint, hat dieser Tage Betrachtungen über den zukünftigen Reichs-
 tag angestellt, in denen bittere Klage geführt wird, daß die Reichs-
 tagssitzung im Reichstage nicht vertreten werde von „großen und
 ausgezeichneten Männern der Kunst und der Wissenschaft, hervor-
 ragenden Professoren oder Anwälten, Spitzen des Handels und der
 Industrie“, sondern von ganz unbedeutenden Persönlichkeiten. Warum
 Herr Fischer den zweiten Wahlkreis Berlins — so hieß es in der
 unabhängigen nationalen Klage — „den Besten, vertritt, weiß ich
 nicht, vielleicht kennen seine Wähler seine hervorragenden Eigen-
 schaften, im Reichstage sind diese nie ans Licht gekommen.“

Nun, über dem Besten Berlins ist inzwischen das Licht eines
 ausgezeichneten Mannes der Wissenschaft ausgegangen, der es auf
 sich genommen hat, diesen Herrn Fischer aus dem Reichstage zu ver-
 drängen. In der denkwürdigen Vot-Veranstaltung am Donnerstag
 hat die Fierde der Wissenschaft sich mit dem Herrn Fischer gemessen,
 und Berlin kann auch nach den gefälltesten Berichten erkennen,
 durch wen Intelligenz, Wissen und Kultur würdiger vertreten
 wird, durch die Masse derer v. Wendstern und v. d. Vottemberg —
 Vertreter konservativer Wissenschaft und des zur nationalen Er-
 ziehung berufenen Junkertums — oder durch den Herrn Fischer,
 den socialdemokratischen Agitator ohne Rang und Titel, ohne Bon
 und Prof.

Es wäre eine Beleidigung für unsern Reichstags-Abgeordneten
 des zweiten Berliner Wahlkreises, wenn wir ihn nachrühmten, er
 habe über den Vertreter der akademischen Junst „gesiegt“. Nein,
 das war kein Sieg; denn es war kein Gegner da, mit dem es einen
 Waffengang verlohnte. Herr Prof. v. Wendstern, der Privatdocent
 mit dem vollen klingenden Professortitel, war intellektuell und nach seiner
 „Bildung“ gar nicht satisfaktionsfähig. Einen Sieg aber haben die
 Tausende von Berliner Arbeitern errungen, die es über sich ge-
 wannen, diesen geistigen Führer der konservativen Nation und
 Wissenschaft ruhig ausreden zu lassen, und die natürlichen Ausbrüche
 der Ungebuld und des Widerwillens immer wieder unter frei-
 williger Disziplin zügelten. Denn das Auftreten der beiden Herren
 v. Wendstern und v. d. Vottemberg, obwohl sie bis zur Zeitigkeit
 sich „höflich“ aufführten, war gleichwohl eine dreifache Provokation
 der Berliner Arbeiterklasse. Die Herren bemühten sich
 noch unter ihr eignes natürliches geistiges Niveau herabzusetzen,
 sie wagten es, der Berliner Socialdemokratie ein Gewäsch vor-
 zuzugeln, das auf Jbidien berechnet war; sie glaubten sich noch ein-
 fältiger stellen zu müssen, als ihrer Fähigkeit entsprach, um ja recht
 gemein mit dem „gemeinen“ Volke zu thun. Für diesen künstlichen
 Jbidiotismus der Herablassung, der sich zu der natürlichen
 Minderwertigkeit gesellte, hatten unsere Arbeiter ein seines Gefühl.
 Sie empfanden die Verachtung, die in diesem Verhalten lag, und
 wenn die Fierdenversammlung trotzdem ohne nennenswerte Störungen
 Ruhe bewahrte — die antisemitisch-konservativen Madauberträge sind
 fälschungen —, so war das eine Meisterleistung der Disziplin.
 Die ganze hochmütige Verachtung der Plebs zeigte sich in dieser
 niedrigen, demagogischen Umschmeichlung, wie sie die beiden Edlen
 verführten, und zugleich verriet das Verhalten die ungläubliche Un-
 wissenheit der Herren über die geistigen Bedürfnisse und Ansprüche des
 Proletariats, denen wahrlich ein Wendstern noch bei weitem nicht
 genügen würde, wenn er ein socialdemokratischer Agitator
 und ehrlicher Mann wäre.

Dennoch war das Auftreten der beiden erlauchten Volkserzieher
 in gewissem Sinne lehrreich. Die konservativen Weltanschauung
 beruht auf der Behauptung, daß die notwendige Herrtentätigkeit der
 Leitung des Volkes und der Produktion die materielle Bevorrathung
 der herrschenden Klassen rechtfertigt. Da hatte der Berliner Arbeiter
 zwei dieser Herrtentätigkeiten vor sich, zwei Muster-Exemplare der
 Schicht, die den Anspruch erhebt, Lenker des nationalen Geschicks zu
 stellen. Welcher Arbeiter würde auch nur einen Pfennig anwenden,
 um solche „geistige Arbeit“ zu gewinnen! Die Herren haben keinen
 Beruf zu der von ihnen eingesandenen Anstrengung, die ihnen
 geistige Tätigkeit bereitet!

Was wollte der Professor v. Wendstern? Der junge Mann,
 mit dem militärischen Kommandoton und dem glatten Dugendlopf,
 hat es selbst verraten. Er ist nämlich ein höchst naiver Streber.
 Er erschien als der schlaueste Mann aus der geistigen Welt, um
 die deutsch empfindende Arbeiterklasse von der Socialdemokratie los-
 zulösen. Solch ein Streben wird in hohen Kreisen äußerst angenehm
 empfunden, und da er unbeschwerd durch geistige und Charakter-Gaben
 ist, wird der erwartete Lohn sicher nicht ausbleiben. Er mag ordent-
 licher Professor, auch Minister werden. Dazu langt's durchaus
 angeht, der guten Gemüthung, wenn Herr v. Wendstern auch in
 der Versammlung das begründete Gefühl äußerte, der Herr Fischer

habe ihn so behandelt, als ob er (Wendstern) „ein ganz dummer
Nerl, gewissermaßen ein Doh“ sei.

Herr v. Wendstern ist aber auch ein nicht uninteressanter Typ
jener äußerlichen Schneidigkeit, die eine innere Feigheit bedeutet.
Gewiß, der Mann wagte sich in eine vieltausendköpfige gegnerische
Versammlung, aber nicht um seine Meinungen auszusprechen, sondern
um sie elend zu verstellen und falsche Vorstellungen zu verbreiten.

Der Herr Professor und sein Manager, der Freiherr v. d. Vottem-
 berg-Schirp — die Schirps gehören wohl zu der Familie des
 Mannes, der „alles macht“ — nannte kein Sterbenswort vom
 konservativen Programm, nichts von Zuchtstrafvorlage und Umsturz-
 geiseln, nichts von Gesinde-Ordnung und Beschränkung der Frei-
 zügigkeit, nichts von dem Streben, die Lebensmittel zu verteuern.
 Beide kamen lediglich als gute Freunde der Arbeiter. Professor
 v. Wendstern, der sich als städtischer Konservativer vorstellte,
 hat in das „gute, treue Auge“ des starken Mannes, des Herrn
 v. Kröcher geblickt, und da ist es ihm klar geworden, daß die
 konservative Partei keine größere Sehnsucht habe, als den Arbeitern
 die Friedenshand zu reichen in christlicher Garnherzigkeit.
 „Wäre es nicht prachtvoll“, rief er aus, „wenn Sie mal das
 Experiment machten und mich in den Reichstag wählten? Dann
 würden Sie ja sehen, was ich alles für Sie thun würde.“ Worin
 das „was“ bestünde, hat er nicht verraten! Gena in der Velehrung,
 daß es ein fürchterlicher Widerspruch wäre, wenn die Socialdemokratie
 im Innern den Klassenkampf verläugerte und zugleich den inter-
 nationalen Frieden? Der ungeschickteste Arbeiter würde auf diese
 Bemerkung antworten: Der Grundsatz des internationalen Friedens
 ist kein Widerspruch, sondern die zwingende Konsequenz des Prinzips
 des Klassenkampfes; die zwei feindlichen Nationen sind die Besitzenden
 und die Besitzlosen, und darum muß das Proletariat sich mit dem
 Proletariat aller andern Länder, d. h. mit den fremden Völkern
 friedlich verständigen. Oder wird Herr v. Wendstern die Entbedung
 seines Unternehmers, des Freiherrn v. Vottemberg vortragen, daß
 es das Verdienst des Junkertums gewesen, wenn wir 1806 (!) und
 von der französischen Fremdherrschaft befreiten? Jeder „Hand-
 arbeiter“ würde dem „geistigen Arbeiter“ klar zu machen suchen, daß
 es die Junker waren, welche die preussischen Forderungen, eine nach
 der andern, an die Franzosen verraten haben.

Es ist gar nicht notwendig, das Experiment mit der kon-
 servativen Herrschaft erst zu beginnen. Dieses Experiment ist seit
 einem halben Jahrhundert in Preußen-Deutschland fürchterbare
 Thatsache. Wir brauchen nicht erst zu erproben, wir wissen es schon,
 was die Konservativen dem Proletariat zu bieten haben. Die
 Wunden und Leiden des Proletariats sind die Verhätigung der Herr-
 schaft konservativer Bruderklebe.

Oder hätte uns Herr v. Wendstern noch etwas Besonderes,
 Uebertonservatives zu bieten? Das mag sein. In der Verammlung
 freilich qualmte er vorsichtigerweise lediglich seine Friedenspfeife.
 Was der Herr aber in seines Herzens Edelsinn wirklich erstrebt, das
 hat „der Herr Fischer“ dem Professor aus seinen Großmüthen reichlich
 nachgewiesen. Herr v. Wendstern wird die Ansicht vertreten, daß
 „volle Koalitions-, Gewerkschafts- und Streikfreiheit die ganze Ge-
 sellschaft in das Belieben der von socialdemokratischen Tendenzen
 beherrschten arbeitenden Klassen“ ausliefere. Er wird deshalb eine
 Verschärfung der Zuchtstraf-Vorlage fordern und eine Abänderung
 des Vereinsrechts in dem Sinne, daß die Leiter und Gründer von
 Vereinen, die nicht auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung und
 der deutschen Verfassung stehen, wegen Hochverrats prozessiert
 würden.

Alles das hat der friedfertige Herr v. Wendstern, der geistige
 Arbeiter, in seinen Versammlungsansprachen verschwiegen. Es wäre
 interessant, zu erfahren, ob er auch seine Studenten in ähnlicher
 Weise behandelt, vielleicht mit Rücksicht auf den von ihm gleichfalls
 vertretenen Grundsatz akademischer Freiheit, daß der Staat sich „barüber
 zu orientieren habe, was denn die Herren Professoren in ihren
 Kollegien den jugendlichen Studenten mitzutheilen haben“, und der Staat
 dann habe „unter Umständen an dieser Stelle mit seiner ganzen Autorität
 eingzugreifen“. Der Wendsternsche Zukunfts-Zuchtstrafstaat! —

Sinkende Klassen verlieren alle Kulturkraft. Was noch gesund
 an Geist und Charakter ist, leidet seine Fähigkeit der aufsteigenden
 Klasse, welche die Zukunft pflegt. Die geistigen Arbeiter des Kon-
 servativismus, wie sie Herr v. Wendstern vertritt, sind verkörperte
 Verfallerscheinungen. Das Proletariat aber hat nichts für sie übrig
 als Gelächter.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. April.

Reichstag.

Die Blutthat in Essen wurde am Freitag vor dem Forum der
 deutschen Volksvertretung verhandelt. Die Erregung der Bevölkerung
 in Essen ist so ungeheuer groß, daß das Centrum es schon den
 Wahlaufrichten des Herrn Stögel schuldig war, eine Interpellation
 über den Fall Hüssener einzubringen. Es handelt sich dabei wieder
 einmal um Blendwerk für die Wahlagitator, von
 einem energischen Widerstand gegen das System des Militarismus

ist bei den bürgerlichen Parteien nichts zu spüren, am allerwenigsten
 bei dem bewilligungsfrohen Centrum, das Jahr um Jahr den
 Moloch mit ungezählten Millionen speist. Nur in geiziger Ehr-
 sucht und mit allergrößter Bescheidenheit wagt man sich an eine
 Kritik heran, wenn in einem besonders tollen Geschehnis die
 Schäden des Militarismus allzu offensichtlich werden.

Was wollte die Interpellation des Centrum? Sie verlangte
 eine offizielle Darlegung des Thatbestandes und schloß daran die
 bescheidene Anregung, den Kadetten und Mannschaften — heilsame
 nicht den Offizieren — das Waffentragen, und zwar nur während
 des Urlaubs, zu untersagen. Ebenso zurückhaltend und vorsichtig
 war auch die Begründungsbrede, mit der Herr Stögel die Inter-
 pellation einleitete. Er hütete sich sorgfältig, eine eigene Meinung
 auszusprechen, sondern berichtete nur von der ungeheuren Aufregung
 seiner Wählerschaft und teilte mit, was die Volkstimme spricht.

So bescheiden das Verlangen der Centruminterpellation war,
 so wenig Gnade fand es vor Herrn v. Tirpitz. Es scheint ein
 Grundgesetz der Militär- und Marineverwaltung zu sein, auch nicht in
 einem Titelchen nachzugeben. Die Forderung auf Einschränkung des
 Waffentragens wurde von Herrn Tirpitz rundweg abgelehnt. Es
 genügt, meinte der Staatssekretär, wenn die bestehenden Vor-
 schriften einbringlich eingeschärft würden, um derartige Vorfälle zu
 verhindern.

Das Verhalten der freisinnigen Volkspartei unterschied sich nicht
 allzusehr von dem des Centrum. Herr Lenzmann domierte
 zwar in den heftigsten Ausdrücken gegen den Thäter und
 fand treffende Bezeichnungen für den Charakter des rohen
 Patrons, aber auch in seiner Rede war kein Wort gegen
 das System enthalten, das der Essener Blutthat zu Grunde liegt.
 Nur unsere Partei steht in grundsätzlicher Gegnerschaft dem Militarismus
 gegenüber. Das trat in der Rede Sebel's scharf und entschieden
 hervor. Unser Medner erinnerte daran, wie die Dinge in ähnlichen
 Fällen immer verlaufen. Zuerst flammte die Empörung gewaltig
 hoch, dann gehen einige Wochen ins Land, alles bleibt beim alten,
 der Thäter wird begnadigt und die Duelle, die Militärmisshandlungen,
 die Niederfällungen von Zivilisten nehmen ihren Fortgang. Treffend
 erinnerte Sebel an den Fall des Gefreiten Püd, der einen Zivilisten
 tödtet und ihn gesoppt hatte, bei der Flucht einfach niederschloß. Das
 System des Militarismus, das dem Vorgesetzten eine unerhörte
 Ausnahmestellung einräumt und dem jüngsten Offizier außerordentliche
 Machtbefugnisse in die Hand legt, das dem Soldaten im Urlaub die
 Waffen läßt und ihn mit allen Mitteln von dem Einfluß des
 bürgerlichen Lebens fernhält, läuft darauf hinaus, die Armee zu
 einem Werkzeug zu machen, das weniger gegen den äußeren und
 mehr gegen den inneren Feind bestimmt ist.

Diese klaren Schlussfolgerungen waren natürlich nicht nach dem
 Geschmack des heiligen Pasche, der den Einzelfall nur predigt,
 um das System selber zu retten. In der gleichen Richtung bemühte
 sich Herr Tirpitz. Hierbei teilte er mit, daß der Charakter des
 Hüssener seinen Vorgesetzten schon lange keine Räffel mehr
 ausgegeben habe. Er war bekannt als leicht erregbarer
 Mensch, der sehr schroff gegen Untergebene verfuhr und
 keine Spur kameradschaftlichen Geistes besaß. Er sollte auch
 schon früher aus der Marine entfernt werden, aus
 welchen Gründen diese Entfernung nicht erfolgt ist, blieb unklar.
 Die in der Presse aufgetauchte Behauptung gewinnt dadurch an
 Wahrscheinlichkeit, daß Hüssener der Liebling einer sehr einfluß-
 reichen Persönlichkeit gewesen ist, die ihn mit ihrer schützenden Hand
 gedeckt hat. An der weiteren Debatte nahm noch Genosse Drees-
 bach teil, der das Verbrechen von dem Einzelfall gründlich widerlegte.
 Die Stimmung der Konservativen fand in einer Rede des Herrn
 v. Norman ihren Ausdruck, der sich keinen Vorteil von der
 Erörterung der ganzen Angelegenheit im Reichstag verspricht —
 seinen Vorteil nämlich für die Junkerlaste und den verpönten
 Militäradel.

Der zweite Teil des Tages galt der ersten Beratung des
 Marine-Nachtrags Etats. Herr v. Tirpitz will durchaus
 seinen neuen Palast in der Bellevuestraße haben und hat eine
 geringfügige Ermäßigung des Kaufpreises erreicht. Nach der heutigen
 Verhandlung scheinen aber die Aussichten für ihn nicht besonders günstig
 zu stehen. Genosse Singer wies eingehend nach, daß die finanziellen
 Verbesserungen gegen das erste Projekt sehr geringfügig sind und nahm
 die Gelegenheit wahr, die Ausdehnung des Monopols zu besprechen,
 das den großen Verkehrsvereinigungen zum Nachteil der Stadt
 Berlin gewährt wird. Vizepräsident Graf Stolberg suchte zu
 verhindern, daß die Stellung des Monarchen in dieser Frage des
 näheren erörtert wurde. Aber das Notwendige hatte Singer durch-
 aus gesagt. Für die Vorlage traten nur die Nationalliberalen mit
 dem Grafen Dröps und die Reichsparteiler durch Herrn
 v. Tiedemann ein. Die Konservativen haben Bedenken und
 wünschen Kommissionsberatung. Auch die regierende Partei scheint
 wenig geneigt zu sein, die Forderung zu bewilligen; die Wahlen sind
 so nahe, daß das Centrum Wert darauf legen muß, als Partei der
 Sparsamkeit aufzutreten. Herr Müller-Fulda erklärte sich sehr
 entschieden gegen das Projekt, mußte sich aber von Singer daran
 erinnern lassen, daß die Anforderungen der Marine nur deswegen

jedes Maß jetzt übersteigen, weil das Centrum die Flottenvorlage bewilligt hat. In die Diskussion mischte sich auch Herr Windwald mit einer antilettischen Parabel.

Der Nachtragetat wurde schließlich der Budgetkommission zur Prüfung überwiesen. Am Sonnabend wird die Krankenkassen-Kommission weiter beraten werden.

Abgeordnetenhaus.

Den „Vertretern“ des preussischen Volkes scheint die Lust am Arbeiten nun überhaupt vergangen zu sein. Das bewies die Sitzung vom Freitag, in der der Präsident der Reihe nach alle zu den Anträgen auf Änderung des Einkommensteuer-Gesetzes gemeldeten Redner aufrief, um zu konstatieren, daß niemand von denen, die auf der Rednerliste standen, anwesend war. Und dabei verlangen die Herren noch, daß man ihren Anträgen Bedeutung beimessen soll.

Zur übrigen beriet das Haus die inhaltlich von uns bereits mitgeteilte Denkschrift über den Stand der Gewerbförderung in Preußen, in der das wenige, was bisher für die Gewerbförderung geschehen ist, überschüssig dargestellt wird. Die Denkschrift wurde durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt, ebenso die Denkschrift über die auf Grund des Gesetzes vom 12. Juli 1900 zum Zweck der Errichtung von Rentengütern aus dem Reservefonds der Rentenbanken gewährten Zwischensubventionen. Der Unterrichtsminister überwies einen Antrag Dr. Zderhoff (H.) betreffend die Regelung der Schulpflicht. Eine Debatte beliebten die Herren auch über diese wichtige Frage nicht.

Sonnabend: Interpellation Letocha über das Grubenunglück auf der Königin Luise-Grube und kleinere Vorlagen.

Wahlvorbereitungen.

Der Beteiligung der Millionäre.

Die Matadore des intellektuellen und industriellen Großkapitals fahren fort in dem ebenso eifrigen wie aussichtslosen Versuch, der Socialdemokratie im Wahlkampf durch die Täuschungen und Fälschungen der unter dem Namen S. Bürger gehenden Broschüre „Soziale Thatsachen und socialdemokratische Lehren“ entgegen zu wirken.

Auf den Inhalt der Broschüre ist es nötig nochmals zurückzukommen. An der Spitze ihrer neueren Auflage prangt, um sofort die Eigenhaftigkeit des Ganzen zu leuchtend zu machen, die vernichtende Mitteilung, daß der „Vorwärts“ noch nicht den Versuch gemacht habe, irgend eine meiner thatfächlichen Angaben zu widerlegen. „Damit — heißt es weiter — ist bewiesen, daß alle meine Angaben richtig sind, denn daß der „Vorwärts“ sich die größte Mühe gegeben hat, einen wenn auch noch so kleinen Fehler zu finden, wird niemand bezweifeln.“ Der ehrliche Beauftragte des Großkapitals verschweigt klug, daß im Auftrage des socialdemokratischen Parteivorstandes aus der Feder Kautskys längst eine Gegenbroschüre erschienen ist, in der in aller Gründlichkeit der Unfug, die Fälschungen und Verleumdungen, aus denen sich der Bürger-Sammern zusammensetzt, aufgedeckt und widerlegt sind. Das Vettelcircular, von dem wir sogleich zu sprechen haben, erwähnt die Gegenbroschüre, aber die Bürgerische Broschüre erscheint nach wie vor, ohne von dieser Entgegnung Notiz zu nehmen. Wir können daher mit Recht gegenüber der Bürgerischen Eigenhaftigkeit sagen: „Damit ist bewiesen, daß alle unsere Widerlegungen des Bürger richtig sind.“ Freilich wundert es uns keineswegs, daß Bürger lügt, es sei nicht einmal versucht worden, ihm Fehler nachzuweisen; denn würde er auf die Kautskysche Widerlegung ernsthaft eingegangen versuchen, so hieße das den Bankrott des ganzen socialdemokratischen Unternehmens herbeiführen. Das darf man weder von Bürger noch von seinen Hintermännern fordern.

Neu ist nun, daß diese Hintermänner trotz allen bisherigen Gebetens noch keineswegs genug Geld erlangt haben, um den famosen „Bürger“ an alle Wähler zu bringen, wie sie es wünschen. Darum wird jetzt ein weiteres Vettelcircular verschickt. Das uns vorliegende datiert vom 22. April. Darin wird zunächst an das Nachstum der socialdemokratischen Stimmenzahl erinnert und die Gefahr geschildert, welche damit verbunden wäre, „wenn etwa die Socialdemokratie im deutschen Reichstage eine maßgebende Stellung erlangen würde“. Es gilt also, dieser Gefahr entgegenzutreten durch die Verbreitung der Bürger-Broschüre an alle Wahlberechtigten in den Kreisen, wo mit der Socialdemokratie gekämpft wird. Darüber wird nun ausgeführt:

„Die Zahl der in Betracht kommenden Wahlkreise beträgt 263 mit 8 1/2 Millionen Wahlberechtigten. Die Kosten für etwa zwei Millionen Exemplare sind bereits gedeckt. Es handelt sich also noch um die Aufbringung der Mittel für den Druck und zum Teil auch für die Verteilung von 6 1/2 Millionen Exemplaren, wofür naturgemäß sehr erhebliche Beträge erforderlich sind. Um diese decken zu können, gelangt vorliegendes Rundschreiben an die für die betreffenden Städte, Bezirke, Arbeitszweige usw. maßgebenden Herren, die hierdurch ersucht werden, je 50—200 M. bzw. unter Mitwirkung der ihnen nahestehenden Kreise je 100—500 M. anzubringen und zur Verwendung für den bezüglichen Zweck an die

Berliner Post, Berlin W. 8, Charlottenstraße 47, mit dem Vermerk

„Für die Massenvorbereitung der Bürgerischen Schrift“ unter Benennung inlegenden Postamtes einzusenden.“

Um den Sammelleiter anzusprechen, wird die Tollheit behauptet, „daß die deutschen Anhänger der Socialdemokratie für ihre Partei nachgewiesenermaßen alljährlich 8—8 Millionen Mark an Beiträgen aller Art zahlen.“ Weiter werden die „maßlosen Worte des Kaisers zum thätkräftigen Kampfe gegen die Socialdemokratie herausbeschworen. „Wir hoffen deshalb, daß die Herren Empfänger dieses Rundschreibens unserer ergebene Bitte ausnahmslos zu entsprechen die Güte haben werde.“

Schließlich wird erklärt, daß Eile not thut; der durchschnittliche Wähler brauche mindestens 14 Tage, „um eine inhaltreiche Broschüre geistig zu verarbeiten“, die Wähler sollen daher sämtlich schon Mitte Mai im Besitz des Bürger sein.

Die Unterzeichner des Vettelbriefes sind keine „durchschnittlichen Wähler“. Es sind Wähler und Gewählte besonderer Art. Gleich an der Spitze marschiert Generaldirektor Kommerzienrat Baare-Vodum, ein naher Verwandter des Schienenführers berühmtesten Angedenkens. Es folgt Dr. Deumer-Dahfeldorf, Reichstags-Abgeordneter für Vertretung des industriellen Rohmaterials. Dann findet sich als besonders Sachverständiger in sozialen Fragen Polizeipräsident Dr. v. Borries, Berlin. Weiter Reichert v. Durant, Mitglied des Herrenhauses, der fängt die Säuberung der Universitäten von Professoren forderte, welche nicht an alle Wunder glauben. Dann findet sich da zum hohen semitisch-antilettischen Bund Kommerzienrat Fritz Friedländer neben Kauch, Schwerin-Löwig, Limburg-Stirum und andre Führer des Brotwuchers; ferner Bergwerksdirektor Hilka und Krupp einstiger Generaldirektor Jende, als Vertreter der Salobranie und des Zuchtbaubüros, neben Jacobsötter, dem konservativen Mittelstandsalternativen u. f. u. f. Eine erlauchte Schar! Die schwere Not der Zeit treibt sie voran. Sie, die sonst stolz dem Vettelnden einen Almosen zuwerfen,

werden selbst zu Bettlern und Bitteln um milde Gaben zur Verbreitung einer Substanz, in der ihre kapitalistische Herrlichkeit verteidigt wird gegen arme Arbeiter, welche in der Socialdemokratie die Vertretung ihrer Wünsche nach materieller und geistiger Erhebung gefunden haben.

Bahrlieh es muß bereits jämmerlich mit dem Kapitalismus gediehen sein, daß seine schärfsten Vertreter zu arm sind, um selbst die nötige Summe zum Betriebe der Lügenfabrik zu steuern. Man bettelt an den Thüren!

Die Angebetelten aber werden sich überlegen, ob sie nicht wenigstens ihr Geld besser anlegen sollen als in den Thorheiten und Unwahrheiten der Bürgerei, durch die kein denkender Wähler getäuscht wird.

Eine Agitationstour auf Tod und Leben war die, welche Genossin Käbler mit Genossen Grumbt letzten Sonntag im 21. Wahlkreise zu bestehen hatte. Des schlechten Wetters und Weges wegen wurde, wie der „Leipziger Volkszeitung“ berichtet wird, im Königswalde zu erreichen, ein Wagen genommen. In Geyersdorf angelangt, hatte sich vor den ersten Häusern eine drei Meter hohe Schanze errichtet, in der sich die Pferde vollständig festhaken. An ein Fortkommen von dieser Stelle mit dem Wagen war gar nicht zu denken. Einige Bauern kamen, nachdem in den ersten Häusern Löcher geschlagen war, mit Schaufeln zu Hilfe. Mit größter Mühe und Not und nach hundertfacher Anstrengung bei schrecklichem Schweißsturm gelang es, die Pferde aus dem Sumpfe zu holen, in dem dieselben mit der Zeit buchstäblich eingebettet waren. Doch nun galt es, die Frau Käbler aus dem Wagen herauszubringen, und das war auch kein kleines Stück Arbeit. Aber auch diese Arbeit gelang, der Schanze wurde durchbrochen und beim nächsten Winter die Oberkleider der Frau Käbler getrocknet. Von einer Weiterreise nach Königswalde wurde augenblicklich, da alles erschöpft war, abgesehen. Nach einer Weile kamen zwei Genossen aus Amberg. Nach langer Beratung wurde beschlossen, den Weg auf Tod und Leben zu Fuß anzutreten. Es ging von neuem durch Schmutz und über Schlammflüchen, die Augen waren kaum aufzumachen. Um 4 Uhr nachmittags erreichten die Wanderer glücklich Königswalde zu dem Zeitpunkt, wo die Versammlung beginnen sollte. Frau Käbler war jedoch so erschöpft und abgemattet, daß es sich notwendig machte, die Versammlung eine halbe Stunde zu verschieben. Das Lokal war bis auf den letzten Platz gefüllt und zwar zu einem Drittel mit Frauen. Alle Anwesenden lauschten mit Aufmerksamkeit der Referentin, die es verstand, in ihren Ausführungen so recht den Frauen klar zu legen, wie sie heute noch politisch rechtlos sind. Nicht endenwollender Beifall lohnte Frau Käbler für die Ausführungen und ihre Anstrengungen.

Auch unsere Genossen in Dranienburg hatten an dem Sonntagmorgen eine Versammlung in dem Rahnbarthe Sandhausen. Trotz des Unwetters waren über 300 Personen erschienen, die der Referentin, Genossin Jhrer, lebhaften Beifall spendeten und sich zum Schluß in einer Resolution verpflichteten, dem socialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben.

Deutsches Reich.

„Ich werde es nicht sehen.“ Aus der Pfalz wird uns geschrieben: Vor dem Landauer Kriegsgewicht stand dieser Tage ein Lieutenant vom 3. bairischen Chevauleger-Regiment, das in Dienst (Kohringen) in Garmsen liegt, unter der Anklage, Untergehens zur Begehung strafbarer Handlungen aufgefordert zu haben. Der Herr Lieutenant, Sohn eines Bankiers in Berlin, Kamens Richter, hatte den Drill der Rekruten zu leiten. Um den Russen das nötige militärische Ehrgefühl beizubringen, instruierte er die Unteroffiziere: „Wenn einer der Kerls nicht zucken will, so schlagt nur drauf, ich werde es nicht sehen.“ Hier Unteroffiziere, die sich im Stalle befanden, gab er gleichfalls den Rat, nur drauf zu schlagen, wenn's nicht klappt. Diese Aufträge liehen die Unteroffiziere unbeachtet, ja sie beschlohen sogar, auf den Rat eines derselben, keine Hand wider die Leute aufzuheben, denn so argumentierten sie, wenn der Altmeister von Wühlhandlungen hört, so läßt uns der Lieutenant doch im Stich. Das Gericht kam nach einigem Überlegen zu einem Freispruch, indem es annahm, das was der Lieutenant gesagt, sei kein direkter Befehl gewesen! Nebenbei sei hier noch bemerkt, daß Lieutenant Richter unlängst erst vor demselben Gerichte stand und wegen vorläufig-widriger Behandlung Untergehener 12 Tage Stubenarrest davontrug.

Begnabigtes Bürgerium. Aus Königsberg wird der „V. J.“ gemeldet: „Die Königsberger Vörsengartenaffaire ist beigelegt. Sie hat seiner Zeit viel Staub aufgewirbelt. Zwischen der Königsberger Bürgergesellschaft und den militärischen und staatlichen Behörden kam es vor sechs Jahren zu einem Konflikt, weil ein Reserve-Offizier in einer von angesehenen Bürgerkreisen veranstalteten Feier im Vörsengarten angeblich nicht gebührend behandelt worden sei. Infolge dieses Konflikts, bei welchem auch der damalige Oberpräsident Graf Wilhelm Bismarck eine eigenartige Rolle spielte, wurde der Vörsengarten vom Militär boykottiert. Sieben Jahre lang hat dieser Boykott gedauert. Jetzt ist durch Verfügung des Generalkommandos und der Militärkapelle wieder das Konzertieren im Vörsengarten erlaubt und der Vörsengarten für Offiziere und Beamte aufgehoben worden.“

Anscheinend haben die bürgerlichen Vörsengartenkreise im unerschütterlichen Glauben, der Entbehrung des doppelten Luches die Verschuldung der Militärbehörde erleidet. Sieben Jahre mußte man dienen, um endlich der Begnadigung teilhaftig zu werden.

Eine echt freisinnige Ablenkung bringt das Organ Eugen Richters. Die „Freisinnige Zeitung“ behauptet, der Berliner Kommunalrat habe sich niemals für die Constatwahl ausgesprochen.

Das ist eine wissenschaftliche Unwahrheit. Der Freisinn in der Berliner Stadterordneten-Versammlung hat sich nicht einmal, sondern wiederholt mit aller würdevollen Deutlichkeit gegen das allgemeine für ein Census-Wahlrecht entschieden. Erst in der Sitzung vom 30. Januar v. J. hat der Stadterordnete Cassel zugestanden, daß diese (Stadterordneten-) Versammlung sich in ihrer großen Mehrheit für ein an einer gewissen Schaffhaftigkeit und Steuerleistung gebundenes Wahlrecht erklärt habe.

Der Eugen Richters Organ keinen andern Verur mehr, als seine Parteigenossen herauszulügen und über den Gegner Lügen zu erfinden!

Ausland.

England und die Bagdadbahn.

London, 22. April. (Fig. Ver.) Mr. Balfours Erklärung über den internationalen Charakter der Bagdadbahn findet hier keinen Glauben. Man betrachtet die Bahn nach wie vor als ein deutsches Unternehmen, von dem England fern bleiben möchte. Die Agitation gegen die Regierung wird deshalb eine sehr bittere. Balfour wird von der Presse einfach als Lügner hingestellt, der im Interesse Deutschlands die britische Nation irreführt. Stände nicht die irische Agrarvorlage zur Beratung, das jetzige Kabinett würde schon in den nächsten Wochen hinweggefegt sein, denn es hat das Vertrauen des Landes vollständig eingebüßt.

Von den englischen Zeitungen sei hier nur das der „Times“ erwähnt: „Während die Eisenbahn-Gesellschaft die Hilfe des internationalen Kapitals sucht, ist sie vorläufig genug, die Herrschaft über das Unternehmen in deutschen Händen zu belassen. Wir beklohen uns nicht darüber. Dies ist nur natürlich und patriotisch, wenn auch mehr Lügen als Klug. Aber darüber glauben wir das Recht zu haben uns zu beklagen, daß eine britische Regierung so dumm sein könnte, ein Unternehmen zu unterstützen, ohne es genau unterzucht zu haben, oder aber gegen unsere Interessen im Oriente so blind zu sein und dort ein deutsches Unternehmen mit bestem Wissen zu fördern. . . Den Gewinn von der Bagdadbahn werden die Deutschen und vielleicht auch die Türken haben. Es kann deshalb nicht unsere

Aufgabe sein, eine Politik zu unterstützen, die unsere Interessen gefährden oder gar positiv schädigen könnte.“

So weit unser Correspondent. Inzwischen hat die Agitation der Presse Erfolg gehabt. Die englische Regierung hat die deutschen Bedingungen über den Beitritt englischer Kapitalisten zu dem Unternehmen abgelehnt. Damit wird sich englisches Kapital fernhalten.

Die englische Presse jubelt über ihren Sieg. Die „Voss. Ztg.“ übermittelt folgende Artikel:

Der Abbruch der Unterhandlungen über die Beteiligung Englands an der Bagdadbahn wird von allen Morgenblättern ohne Partei-Unterschied mit höchster Befriedigung begrüßt. „Times“ beglückwünscht die Regierung auf das herzlichste zu ihrem Entschluß, indem sie sagt, der türkische Beifall, der den Mitteilungen Balfours folgte, spiegelte unzweifelhaft die Meinung des Landes wieder. Das Blatt hofft, die Regierung, welche weise genug gewesen sei, die hinterhältigen gefährlichen Vorschläge der deutschen Gränder“ zu verwerfen, werde sich auch weiterhin freie Hand vorbehalten. Daily News“ meinen, nicht Antipathie gegen Deutschland habe die Regierung zu ihrem Entschlusse bestimmt, jedenfalls aber habe die britische Nation nach der venezolanischen Episode beschlossen, nicht länger mit Deutschland zu liebäugeln, und in diesem Entschlusse sei sie bestärkt worden, als Vorschläge gemacht wurden, wonach England sich in ein Unternehmen hätte einlassen sollen, welches zu Verbindungen mit Rußland, dem England den Weg nach dem Persischen Golf versperrt, führen konnte. So sehr uns auch — sagt das Blatt — 1. r. anti-deutsche Fehlgang eines Teiles der britischen Presse mißfällt, so brachte er doch indirekt den Gewinn, dem Publikum klar zu machen, daß Englands Zukunft in Asien von einer Verständigung mit Rußland abhängt. —

Frankreich.

Der Kongregationsstreit.

Aus verschiedenen französischen Provinzstädten kommen Nachrichten von Kundgebungen aus Anlaß der Schließung der Kongregationen.

Aus Grenoble wird gemeldet: Infolge des Gerüchtes, daß Truppen einschreiten sollten, um die Mönche auszutreiben, versammelten sich am Donnerstag etwa 2000 Landleute vor dem Kloster und verharren dort den ganzen Tag. Die Truppen erschienen aber nicht, und die Menge begnügte sich damit, von Zeit zu Zeit zu rufen: „es lebe die Freiheit, es lebe die Mönche“. Am Abend kehrten die meisten heim, doch liehen sie eine Art Posten von 300 Mann zurück.

Aus Nancy wird telegraphiert: Bischof Turinaz erklärt in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten in scharfen Worten, daß Combes ihn durch seine Gewaltthätigkeit nicht einschüchtern, und daß er fortfahren werde, die Kongregationen zu beschützen. Times. Die Ausweisung der hiesigen Franziskaner gab Anlaß zu einer Kundgebung; die Menge mußte von beritterten Militär auseinandergedrungen werden.

Gare. Hier kam es zu lärmenden Kundgebungen für und wider die ausgewiesenen Kongreganisten, die schließlich in Kaufereien ausarteten; 21 Verhaftungen mußten vorgenommen werden.

Le Mans, 23. April. In der heutigen Sitzung des General-Verles des Departements Sarthe, in welcher Cavaignac den Vorsitz führte, kam es zu einem erregten Zwischenfall. Als der Generalrat in die Beratung eines Antrages betreffend die von der Regierung gegenüber den Kongregationen besetzte Politik eintreten wollte, verließen der Präfeld und die republikanischen Mitglieder den Saal. Das im Saale anwesende Publikum brach in stürmische Hochrufe auf die Republik aus. Die Sitzung mußte aufgehoben werden. Als Cavaignac das Gebäude verließ, veranfaßte die vor dem Gebäude versammelte Menge eine lärmende Kundgebung. —

Paris, 21. April. Jaurès veröffentlicht einen längeren Artikel über die Dreyfus-Affaire. Er erklärt darin, die Revision des Prozesses sei unvermeidlich und stellt an den Obersten Stoffel die Frage, von wem letzterem der Wortlaut des Vordereaus mitgeteilt worden sei. Ferner fragt er den General Mercier, ob er es wage, schriftlich oder mündlich zu erklären, daß er, Mercier, niemals von der Photographie des Vordereaus mit der Randbemerkung des deutschen Kaisers Kenntnis gehabt habe. Die falsche Zeugenaussage Cerunshis sei nunmehr augenscheinlich. Der Artikel schließt mit den Worten: Der Zeitpunkt der legalen Justiz kommt heran, die Rüge liegt in den letzten Tagen.

Loubets persönliche Politik.

Paris, 22. April. (Fig. Ver.) Die pomphaften Präsidentenreisen haben sich in der französischen Republik mit der Zeit zu einer Art monarchistischer Prerogative des jetzigen „Staatsoberhauptes“ entwickelt. In den von der Verfassung nicht vorgesehenen Rednerreden pflegt der Präsident sich zu entschuldigen für die thatfächliche Verkümmern der ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte. Auf der Reise sucht er mehr oder minder direkt seinen persönlichen politischen Standpunkt kundzutun. Dabei wird natürlich die Fiktion des über den Parteien stehenden Präsidenten arg verflücht. Der „Schiedsrichter der Parteien“ entpuppt sich als Parteimann.

Jedes haben die bürgerlichen Politiker nichts gegen die präsidialen Parteireden einzuwenden, insofern sie die Gesamtinteressen der bestehenden Ordnung verteidigen, insofern sie sich z. B. gegen den Socialismus wenden oder, wie es schon einmal Loubet passiert ist, die „gelben“ Gewerkschaften hüteln. Für die Gesamtinteressen der Bourgeoisie eintreten heißt ja nach bürgerlicher Logik keine Parteipolitik treiben. Etwas ganz anderes ist es nach dieser Logik, wenn der reisende Präsident in die inneren Kämpfe zwischen den bürgerlichen Parteien selbst eingreift. Da rügt schon die angegriffene Partei den Präsidenten wegen seiner verfassungswidrigen Parteinarbeit, während die begünstigte Partei, ohne mit der Wimper zu zucken, den „unparteilichen Patriotismus“ des hohen Redners lobt — unter weidlicher Ausnutzung seiner Ausstellungen im eigenen Partei-Interesse.

Dieses heidnische Spiel wiederholt sich jetzt gelegentlich der Rednerreden Loubets in Algerien. Der Präsident giebt da deutlich zu verstehen, daß er die antikerale Politik des Kabinetts Combes mißbilligt. Er spricht gegen die „Proscriptions“-politik, er appelliert an die brüderliche Gemeinschaft aller Franzosen, er seufzt über den schädlichen und ja gegenstandslosen Parteikampf usw. Vor seiner Einschiffung in Marseille hatte er sogar die „guten Schwedern“, die um der Krankenpflege sich besessenden Können, mit demonstrativer Wärme angeredet.

Vergessen die Tage von Autenil, wo ein kerikal-nationalistischer Etod ihm, dem Präsidenten, den Cylinderrhut einschlug. Vergessen die — feuchte Kundgebung kerikal-nationalistischer Offiziere an den Mauern seiner Wohnung in Montblimar. Vergessen die wüsten kerikal-nationalistischen Beschimpfungen auf der Straße am Tage seiner Wahl in Versailles und während seines Einzuges in Paris. Vergessen die antikerale Ursprung seiner Wahl. Alles vergessen! . . . Die ministerielle Presse ist aber so unerschrocken, Herrn Loubet daran zu erinnern, daß er es mit Ausnahme der neuen mehr antikerale als eigentlich ministeriellen Zeitung „Action“ — mit einer auffallenden Zurückhaltung. Sie zieht es offenbar vor, den Gegensatz zwischen Loubet und Combes möglichst zu verflüchtigen. Dagegen hängt die kerikale und die kerikalfreundliche Presse Loubets Reaktionen an die große Glocke. Der „Temps“ erblidt darin sogar ein Anzeichen der kommenden „Vereinigung“ vom einschließlichen doch des antikerale Ministeriums.

Des weiteren stimmte Loubet eine vorläufigliche Beschlüsse an auf die privaten Eisenbahn-Gesellschaften, die ja nur für die Interessen der „kleinen Sparrer“ und ihres Personals sorgen, während „gewisse“ böse Leute (darunter z. B. der Marineminister Pelletan) sie als „große Finanzmächte“ zu verfahren suchten. Der Präsident der Republik, die selbst eine Eisenbahnlinie staatlich betreibt und das in musterhafter Weise, gab dem privaten Eisenbahnbetrieb entschieden den Vorzug vor dem staat-

lischen. Er hat dabei ferner vergessen, daß die Deputiertenkammer in einer Resolution den Rücklauf zwei weiterer Linien in Aussicht genommen hat.

Rußland.

Die Diktatur der Ausweisungen in Finnland. Nach einer Meldung des Stockholmer „Dagblad“ aus Helsingfors sind folgende Personen aus Finnland ausgewiesen worden: der ehemalige Senator Leo Rechelin unter Verstoßverlust, die Redakteure Dr. Axel Lilje und Konni Jilleaun, welche jedoch schon in Stockholm wohnen, ferner der ehemalige britische Konsul Eugen Wolff, Bruder des schon ausgewiesenen Großindustriellen A. Wolff und Mitglied der Demonstrationen-Deputation, welche sich seiner Zeit nach Petersburg begab, endlich die Leiter der jungfinnischen Partei, Buchhändler Hagelstam und Advokat Jonas Castrén. Wie „Stockholm Tidningen“ meldet, müssen die Ausgewiesenen Finnland binnen sieben Tagen verlassen, andernfalls erfolgt auf Anordnung des russischen Ministers des Innern ihre Deportation.

Afien.

Peking, 24. April. Während die neuen russischen Forderungen den chinesischen Behörden zur Erörterung vorliegen, erklärte der russische Geschäftsträger den Vertretern der übrigen Mächte, der einzige Grund für die Verzögerung der Zurückgabe von Rußschwang wäre die Errichtung des Gesundheits-Ausschusses. Eine beträchtliche Erregung hat sich der Engländer wegen der Ernennung eines russischen Kommissars in Rußschwang bemächtigt. Der englische Geschäftsträger hat Sir Robert Hart gegenüber energisch die englische Auffassung in der Angelegenheit ausgedrückt.

Partei-Nachrichten.

Eine neue Wahlflugdrift

ft soeben vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben. Vor kurzem ist ein Arbeiter-Katechismus erschienen, der von zwei hervorragend bekannten Jesuiten herausgegeben ist. Er ist für christliche Arbeiter bestimmt und erklärt in Fragen und Antworten die Rechte und Pflichten des Arbeiters in Staat und Gesellschaft vom Standpunkte des Centrums. Gegen die in diesem Schriftchen enthaltenen Anschauungen über Rechte und Pflichten des Arbeiters und gegen die in den Antworten enthaltenen Verdrehungen und Verleumdungen der sozialdemokratischen Partei wendet sich der Verfasser in der vorliegenden Broschüre, der er den Titel „Christliche Arbeiterpflichten, Jesuitische Fragen und sozialdemokratische Antworten“ gegeben hat. In Frage und Antwort hat der Verfasser auch seine Widerlegung geliefert. In den einzelnen Abschnitten: Das Ziel des Arbeiters — Von der Religion — Von der Familie des Arbeiters — Arbeiter und Arbeitgeber — Von Arbeiter-Ver-einen — Der Arbeiter als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft sind die jesuitischen Fragen und die Antworten des Centrums vom sozialdemokratischen Standpunkte aus in allgemein verständlicher Weise beleuchtet. Die Schrift wird sich in katholischen Kreisen vorzüglich zur Wahlagitacion eignen. Der Einzelpreis beträgt 20 Pf. (Porto 3 Pf.); die zur Agitation bestimmte Ausgabe, die nur an Wahlkomitees, Wahlvereine, Vertrauenspersonen usw., nicht aber an Buchhändler oder Colporteurs geliefert wird, kostet: 500 Exemplare 20 M., 1000 Exemplare 30 M., 5000 Exemplare 125 M.

Der preussischen Parteikonferenz wollen die Magdeburger Genossen folgenden Beschlus bezüglich der preussischen Landtagswahlen vorlegen:

Bei den Urwahlen haben die Parteigenossen im ersten Wahlgange nur für sozialdemokratische Kandidaten, im zweiten Wahlgange für diejenige Partei zu stimmen, welche als das „kleinere Uebel“ zu betrachten ist. Bei der Abgeordnetenwahl haben die der Partei angehörigen Wahlmänner so lange nur für sozialdemokratische Kandidaten zu stimmen, bis diese ausfallen. Von den dann noch zur Wahl stehenden Kandidaten haben die sozialdemokratischen Wahlmänner bei jedem Wahlgange für denjenigen Kandidaten einzutreten, der von den noch zur Wahl stehenden seiner Parteistellung nach als das geringere Uebel anzusehen ist. — Welches „Uebel“ als das „kleinere“ anzuerkennen ist, bestimmt die Partei-Organisation des Wahlkreises.

Die Gründung der deutschen Socialdemokratie.

Am 28. Mai 1869 traten in Leipzig 11 Personen zusammen und gründeten den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. In der Leipziger Parteigeschichte hat die 40jährige Wiederkehr dieses Tages zum Anlaß einer Festschrift genommen, welche die Parteiliteratur um einen vorwichtigen Beitrag zur Parteigeschichte bereichert. Es entspricht dem Charakter der Festschrift, daß zwei ehemalige Mitglieder des Leipziger Centralcomitees zur Veranlassung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses, August Bebel und Julius Bahleisch, ihre persönlichen Erinnerungen aus den ersten unsicheren Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung gegeben und dabei insbesondere das sociale und geistige Milieu der damaligen Arbeiter-Bildungsvereine geschildert haben. Franz Mehring, der Geschichtsschreiber der deutschen Socialdemokratie, hat darin auf Grund neuer, bisher noch nicht benutzter Dokumente das Werk der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und die ersten Jahre seines Bestehens beleuchtet und im Zusammenhang mit den politischen Verhältnissen des damaligen Deutschlands gewürdigt. Eine Darstellung der Leipziger Parteigeschichte, die bis zum Gothaer Einigungskongress mit der allgemeinen Parteigeschichte wesentlich zusammenfällt, aus der Feder von Gustav Jacob sucht der Entwicklung des Verbandes deutscher Arbeitervereine zur sozialdemokratischen Partei Eisenacher Richtung und der inneren Auseinandersetzung zwischen Lassalleanern und Eisenachern bis zu ihrer Verschmelzung gerecht zu werden, mit welcher die Gründungszeit der deutschen Socialdemokratie als abgeschlossen gelten kann. Die Broschüre bietet in vier Druckbogen reiches und vielfach neues Material zur Parteigeschichte und ist auch künstlerisch gut ausgestattet; insbesondere dürften sich die Parteigenossen für die zahlreichen Porträts der Vorkämpfer der Arbeiterbewegung und die Aufnahmen der historischen Lokale interessieren, in denen sich das Parteileben damals abgespielt hat. Auch mit der Wiedergabe eines Selbstenbildes, das Lassalle mit dem bekannten historischen Spazierstock, einem Erbschild, Korbhüte, zeigt, glaubt die Broschüre etwas Neues und Wertvolles geboten zu haben. Die bekannte Dichterin Maria Müller hat die Festschrift mit einem glänzenden Zeitgedicht ausgezeichnet. — Der Preis der Schrift beträgt 40 Pf.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Verfahren gegen den Genossen Gogowski wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, begann gelegentlich einer freiwilligen Versammlung in Bornbäum durch Nichterheben vom Platze beim Anbringen des Kaiserhochs ist, wie ihm von der Staatsanwaltschaft in Referenz jetzt mitgeteilt wird, eingestellt worden.

Den Staatsgefährlichen Tanz am 1. Mai hat der Polizeiverwalter von Metzen verboten mit der Begründung, daß die in Metzen regelmäßig stattfindenden Tanzveranstaltungen dem Bedürfnis vollauf genügen. — Da werden also vermuthlich in Zukunft auch die patriotischen Schützen-, Turner- und Kriegervereine von Metzen sich die außergewöhnliche Tanzlust verkneifen müssen. Oder nicht?

Aus Industrie und Handel.

Zur wirtschaftlichen Lage der Werkzeugmaschinen-Fabriken. In einer jüngst unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrats Schief-Düffeldorf zu Frankfurt a. M. abgehaltenen Aussprache des Vereins deutscher Werkzeugmaschinen-Fabriken fand nach der Rhein-Weiß. Ztg. ein Meinungsaustrausch über die Geschäftslage statt.

Es wurde festgestellt, daß die Auf verschiedenen Gebieten des Wirtschaftens seit einiger Zeit wahrnehmbare Besserung neuerdings auch auf den Werkzeugmaschinenbau zurückzuführen beginnt. Die Arbeitsmenge ist freilich der Leistungsfähigkeit der Werke noch lange nicht entsprechend, die Preise sind sehr niedrig, aber das Geschäft zieht an; die Güten- und Waizenwerke beginnen wieder, neue Bestellungen zu machen und auch in anderen Industriezweigen tritt wieder mehr Bedarf für Werkzeugmaschinen hervor, so daß die im Laufe der langen inländischen Absatzlosigkeit stark angehäuften Vorräte an Maschinen (leichte Drehbank u. dergl.) sich zu lichten anfangen. Demnächst werden noch umfangreichere Bestellungen für die Staatsbahnen, Marine- und Militärverwaltungen, die in dem neuen Etatsjahr bisher in sehr geringem Maße erfolgt sind. Die betreffenden Verwaltungen hätten, so heißt es in dem Berichte, gerade jetzt Gelegenheit, den von ihren technischen Beamten vielfach als sehr nötig erachteten Bedarf an Werkzeugmaschinen zu den heute so niedrigen Preisen zu decken und so auf billige Weise sich die technischen Errungenschaften der Neuzeit im Bau von Werkzeugmaschinen durch Anschaffung der stempelweise verarbeiteten und wenig leistungsfähigen Maschinen in manden ihrer Werkstätten zu nütze zu machen.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin. Nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1902 erbrachte der Bahnbetrieb bei sämtlichen Betriebsverwaltungen eine Einnahme von 5 679 180 Mark, 75 679 M. mehr als im Vorjahre, während die Stromlieferung für Licht und Kraft der Elektrizitätswerke zu Premsberg und Frankfurt 2 911 196 M. an Betriebsleistungen ergab (7750 M. mehr als in 1901); doch kommt bei der Beurteilung des Betriebsergebnisses in Betracht, daß bekanntlich im Mai vorigen Jahres das Aktienkapital von 15 auf 17 Millionen Mark erhöht worden ist, und außerdem durch Ergebung einer neuen Anleihe des Obligationencontos von 29,99 auf 32,96 Millionen Mark stieg. Mit Einschluß des Effektertrages, der sich auf 1 178 073 M. gegen 546 982 M. im Vorjahre stellt (hauptsächlich infolge des beim Verkauf der Karlsruher Straßenbahn-Aktien erzielten Gewinnes), und anderer kleinerer Einnahmen beträgt die Gesamtsumme 7 251 005 M. (in 1901 = 6 568 010 M.). Nach Abzug der Gehälter, Unkosten, Zinsen, Abschreibungen u. dergl. bleibt ein Reingewinn von 1 200 001 M., von dem eine Dividende von 7 Proz. auf das alte Kapital und 4 Proz. auf die 2 Millionen Mark neue Aktien verteilt werden soll.

Stettiner „Sulfan“. Nach dem Rechenschaftsbericht erzielte im letzten Geschäftsjahre die Gesellschaft einen Fabrikationsgewinn von 3 901 134 M. (im Vorjahre 3 283 346 M.), zu dem noch 129 684 M. an Steuer-Rückstellungen und 430 843 M. an Zinsen hinzukommen. Nach Abschreibungen von 2 533 998 M. (1 910 000 M.) verbleibt ein Reingewinn von 1 927 387 M. (1 914 875 M.), der folgende Verwendung finden soll: Garantiefonds 210 000 M. (100 000 M.), Reserve-Fonds 96 013 M. (201 511 M.), Pensionsfonds 50 000 M. (wie im Vorjahre), Ausstellungen- und Verkaufscontos 16 000 M. (20 000 M.), Dotationen 44 282 M. (22 253 M.), Tanktamen 111 111 M. (wie im Vorjahre), ferner 14 Proz. Dividende 1 400 000 M. (wie im Vorjahre).

Ueber die Lage des Unternehmens während des letzten Jahres heißt es im Geschäftsbericht:

Die Beschäftigung des Werkes war im allgemeinen eine befriedigende, wenn auch gegenüber der sehr angespannten Thätigkeit des Vorjahres um etwa 10 Proz. herabgemindert. Im Vergleich mit den anderen Industrien des Landes ist der Schluß bei der rückgängigen Bewegung bisher nicht so sehr in Mitleidenschaft gezogen worden und ist der Gesellschaft aus den älteren Verträgen für das laufende Jahr noch ein Arbeitsquantum verblieben, welches einen regelmäßigen Betrieb in Aussicht nehmen läßt. Dabei muß aber doch damit gerechnet werden, daß eine teilweise Reduktion der Arbeiterzahl eintreten wird, wenn der Gesellschaft nicht größere neue Aufträge aus Kriegs- und Handelswege zufließen. Im Lokomotivbau war die Beschäftigung während des ganzen Jahres eine gute, die Auslieferungen seitens der preussischen Staatsbahnen erfolgten in gewohnter Weise und war dies für die Beschäftigung aller Lokomotivfabriken wie auch für die Stahl- und Eisenindustrie von größtem Werte.

Die höchste Arbeiterzahl während des Geschäftsjahres betrug 6717, die niedrigste 5668. An Löhnen wurden im Ganzen 6 040 948 M. bezahlt.

Aktien-Gesellschaft Friedrich Krupp. Vorgerathen hat hier in aller Stille die Konstituierung der Aktien-Gesellschaft Friedrich Krupp stattgefunden. Das Aktienkapital beträgt 100 Millionen Mark. Es wird angenommen, daß alle für die Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister notwendigen Formalitäten in den nächsten Monaten erledigt werden, so daß die Gesellschaft am 30. Juni d. J. mit welchem Tage das Geschäftsjahr der Firma Krupp zu Ende geht, ihre Thätigkeit beginnen kann. Der Vorstand wird aus dem Landrat a. D. Köpfer als Vorsitzenden und den übrigen bisherigen Mitgliedern des Direktoriums der Firma Krupp mit Ausnahme des Herrn Bestehen, der aus Gesundheitsrückgründen in diesem Sommer sich von den Geschäften zurückziehen wird. Der Aufsichtsrat wird bestehen aus dem Geh. Kommerzienrat Harimann-Dresden als Vorsitzenden, dem Staatsminister v. Tzielen als stellvertretenden Vorsitzenden, Geh. Justizrat v. Simson und dem Bankier Ludwig Delbrück-Berlin. Die Aktien sollen, wie schon früher bekannt geworden ist, geschlossen in Krupp'schen Besitz bleiben.

Kerumotoren- und Elektrizitätswerke, Aktiengesellschaft, vormals B. A. Boese u. Co., Berlin. Das Geschäftsjahr 1902 schließt mit einem Ueberschuß von 316 206 M., der aus dem Reservefonds gedeckt werden muß. Zumeist ist der Anfall durch den Rückgang des Fabrikationsgewinnes verschuldet, der von 768 373 M. im Vorjahre auf 493 179 M. gesunken ist. Zur Senkung schlägt die Verwaltung die Zahlung von 400 M. pro Aktie vor (das Aktienkapital beträgt 4 500 000 M.), und zwar gilt die Transaktion als perfekt, wenn bis zu einer vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Frist die Zahlung von mindestens 1 Million Mark in bar stattgefunden hat. Für diese Zahlung von 400 M. erhält der Aktionär einen auf den Namen lautenden übertragbaren Gewinn-Anteilschein, unter gleichzeitiger Umwandlung seiner Aktie in eine Vorzugsaktie. Die Gewinnverteilung soll in der Weise stattfinden, daß nach Dotierung der Aktien und der Abschreibungen die Gewinnanteilscheine eine Zahlung bis zu 6 Proz. 24 M. pro Anteilsschein und die Vorzugsaktien eine solche bis zu 6 Proz. Vorzugsdividende erhalten. Die Gewinn-Anteilscheine sind zu amortisieren, und zwar derart, daß mindestens 1/4 des nach vollständiger Dotierung der Gewinn-Anteilscheine und Vorzugsaktien verbleibenden Reingewinnes zu diesem Zwecke verwendet wird. Wodann erhalten die Stammaktien bis zu 4 Proz. Dividende, und der hieran sich ergebende Rest wird zwischen Vorzugsaktien und Stammaktien im Verhältnis geteilt.

Neue Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft, Berlin. In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung wurde nach längerer Debatte der Verwalter die Ermächtigung zur künftigen Ueberlassung einzelner Aktien und Uebergabe des Betriebes an die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft erteilt und die hierzu erforderliche Statutenänderung genehmigt.

Sociales.

Das Volkszählungswert 1900.

Seben veröffentlicht, wie wir der „Berliner Korrespondenz“ entnehmen, das kaiserliche Statistische Amt ein umfangreiches Werk über die Volkszählung vom 1. Dezember 1900 in den Bänden 150 und 151 der „Statistik des Deutschen Reiches“, nachdem einzelne Ergebnisse dieser Zählung schon im Februar 1901 im „Deutschen Reichs-Anzeiger“ und weitere in den Vierteljahresschriften zur „Statistik des Deutschen Reiches“, Jahrgang 1901 und 1902, zur allgemeinen Kenntnis gebracht worden sind. Bei der nunmehrigen Veröffentlichung handelt es sich um die ausführliche Darstellung der

Zählungsergebnisse für das Reich und die Bundesstaaten, zu deren besseren Würdigung auch Vergleiche mit früheren und mit ausländischen Zählungsergebnissen beigelegt sind.

Das Werk gliedert sich in drei Teile, einen textlich-wissenschaftlichen, einen graphischen und einen tabellarischen Teil. Bei der textlichen Darstellung werden einleitungsweise die Entwicklung und die gegenwärtige Bedeutung der deutschen Volkszählung, ferner die Einrichtung und Durchführung der Volkszählung 1900 sowie der im Auslande an der Jahrhundertwende veranstalteten Zählungen geschildert. Die Ergebnisse selbst sind in 14 Abschnitten behandelt, und zwar haben diese zum Gegenstande: 1. Größe und Wachstum der Bevölkerung; 2. die Bevölkerung nach dem Geschlecht; 3. Dichtigkeit der Bevölkerung; 4. die Bevölkerung in Stadt und Land; 5. die Bevölkerung nach Haushaltungen; 6. Alter und Familienstand der Bevölkerung; 7. Religion der Bevölkerung; 8. die Bevölkerung nach der Mutterzunge; 9. Reichsangehörige und Reichsausländer; 10. Geschäftigkeit der Bevölkerung (Wohnveränderungen); 11. Wohngebäude im Reich; 12. die Bevölkerung nach Gerichts-, Reichstagswahl-, Zoll- und kirchlichen Bezirken; 13. die Bevölkerung auf den deutschen Schiffen im Auslande; 14. die Bevölkerung des Reiches und des Auslandes im 19. Jahrhundert. Zur Veranschaulichung der bemerkenswerteren Ergebnisse sind dem Text 16 Karten (Kartio- und Diagramme) beigegeben.

Das Tabellenwerk umfaßt 20 Tabellen, die teils in Band 150, teils in Band 151 der „Statistik des Deutschen Reiches“ enthalten sind.

Das Gesamtwerk (1400 Seiten gr. 4., Verlag bei Puttkammer u. Mühlbrecht, Berlin, 8 M. für Band 150, 4 M. für Band 151) hat nicht bloß die an sich vielseitige Bedeutung der Darstellung einer gewöhnlichen Volkszählung, sondern bietet mit Rücksicht auf den Charakter der Zählung 1900 als Schulzählung und Teil einer in allen Kulturstaaten um die Jahrhundertwende vorgenommenen Volkszählung ein ganz besonderes Interesse, für Zwecke der Verwaltung sowohl wie der Wissenschaft.

Reichs-Ärztentage. Die Deutscherkrankenkasse Leipzig hatte, wie wir der „Leipziger Volkszeitung“ entnehmen, in ihrer Eigenschaft als gemeinschaftsführende Kasse des Central-Verbandes der Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich an das Reichsamt des Innern den Vorschlag auf Eröffnung einer allgemeinen Reichs-Ärztentage gelangen lassen. Die Eingabe war auf einen Beschluß des erwähnten Central-Verbandes zurückzuführen. Nach einer Mitteilung des Reichsamts ist die Eingabe an das Reichs-Gründungsamt weitergegeben worden, das sich rückhaltlos dem Vorschlag angeschlossen hat. Daraus hat der Reichsminister den Vorschlag den einzelnen Bundesregierungen mit dem Hinzufügen mitgeteilt, er halte die Anregung für beachtenswert, da es nur erwünscht sein könne, wenn auf diesem Wege einheitliche und soweit möglich, billige Arzneipreise eingeführt würden. Das preussische Kultusministerium hat sich grundsätzlich mit den Vorschlägen einverstanden erklärt unter der Voraussetzung, daß die wesentlichen Grundzüge der geltenden preussischen Taxe zu Grunde gelegt werden. Das sächsische Ministerium verhält sich ebenfalls nicht ablehnend. Im weiteren sei noch mitgeteilt, daß auf Antrag des ärztlichen Bezirksvereins Leipzig-Land der am 26. und 27. Juni in Köln stattfindende XXXI. deutsche Ärztentag sich ebenfalls mit der Eröffnung einer allgemeinen Reichs-Ärztentage befaßt. Der von genanntem Verein zur Verhandlung eingebrachte und auch auf die Tagesordnung gesetzte Antrag lautet: „Der Bundesrat wolle beschließen, daß die laut § 80 der Gewerbe-Ordnung zu erlassenden Arzneitaxen unter Vermittlung des Reichs-Gründungsamts für alle Bundesstaaten gleichzeitig festgesetzt werden.“ Es wäre nur zu wünschen, wenn endlich einmal die vielen, mithin real sehr verschiedenen Taxen einmal verschwinden würden. Die sächsische Arzneitaxe wird alle fünf Jahre neu aufgestellt; jedes Jahr erscheint jedoch ein Nachtrag zu derselben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Bauknechte. Auf Wunsch des Innungs-vorstandes fanden am Donnerstagabend Verhandlungen zur event. Beilegung des Streiks mit der Tarifkommission der Streikenden statt. In der etwa dreistündigen Sitzung kam es nun zu einer lebhaften gegenseitigen Aussprache. Während die Arbeitervertreter mit Entschiedenheit die gänzliche Beseitigung der Accordarbeit in diesem Berufe forderten und auch für möglich hielten, erklärten die Unternehmer, auf dieselbe nicht vollständig verzichten zu können. Die Ausführungen der Arbeiter in diesem Punkte aber mußten doch nicht ohne Eindruck auf die Meister geblieben sein, denn bei der Abstimmung votierten die Zuhörer von drei der größten Firmen für die Abschaffung der Accordarbeit, die übrigen stimmten allerdings dagegen. Ueber die anderweitigen Forderungen der Arbeiter bezüglich der Jahress-Entschädigung, Arbeitslohn am Sonnabend usw. wurde bald eine Einigung erzielt. Anders jedoch bei der Lohnfrage. Die Unternehmer wollten 45, 50 und 55 Pf. Stundenlohn bewilligen. Von den Kommissionsmitgliedern der Arbeiter lag umweniger ein Anlaß, von ihrer Forderung des 60 Pfennig-Lohnes abzugehen, vor, als dieser Satz bereits von der erdrückenden Mehrheit der Arbeitgeber bewilligt ist. Als letztes Jugendumis schlugen die Meister vor, vom 1. Juni d. J. resp. nach Beendigung des Streiks 57 1/2 Pfennig pro Stunde zu zahlen und „später“, vielleicht zum 1. April 1903, die jetzt geforderten 60 Pf. Auf dieses Angebot konnten sich die Arbeiter ohne Zustimmung der Streikenden natürlich nicht einlassen, und so mußten die Verhandlungen abgebrochen werden, ohne ein endgültiges Resultat zu zeigen.

In der gestrigen Versammlung der Streikenden wurde der Vorschlag der Meister einstimmig abgelehnt. Er war Vor-sorge getroffen, daß kein Nichtstreikender über diesen Punkt mitreden oder mitstimmen konnte. Sämtliche Anwesende waren der Meinung, daß nur nach Bewilligung des geforderten Minimallohnes von 60 Pf. die Arbeit wieder aufgenommen werden könne.

Zum Streik der Arbeiter von der Milchzentrale ist zu berichten, daß die Streikenden nach wie vor eintig zusammenhalten. Streikbrecher sind aus deren Reihen nicht zu verzeichnen. Die Centrale hat heute wiederum die Wagen mit Schweizer und Postkuten besetzen lassen. Der Anfall von Milch usw. ist bedeutend gesunken, da das Publikum auf Seiten der Arbeiter steht. Am Freitag hatten die Streikenden durch ein Flugblatt die Bevölkerung von der Ursache des Streiks Mitteilung gemacht. Außerdem ist zu berichten, daß Herr Kling-Düffel eine Aufsicht in der Nähe des Streiklokals zur Rede stellte und sich bereit erklärte, einen von den Gemäßigten wieder einzustellen. Die Arbeiter gaben aber die Erklärung, nur wenn beide Entlassene eingestellt würden, solle die Arbeit sofort aufgenommen werden. — In der Versammlung, welche die Streikenden abhielten, wurde ebenfalls beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis nicht die zwei entlassenen Kollegen wieder eingestellt sind.

Aktion, Schneider! Aus Lausanne, wo die Schneider streiken, wird uns telegraphiert, daß derselbe Schneider aus Berlin angekommen sind. Es wird erhofft, den Zugzug fern-zuhalten.

Zur Lohnbewegung der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter. Wie heute festgestellt werden konnte, kennzeichnet sich die gestrige Arbeiterversammlung in der „Volks-Zeitung“ als ein vollendetes Schiedsgericht des Arbeitsnachweis-Bureaus in der Alexanderstraße, welches bekanntlich unter der Leitung des Obermeisters A. H. A. steht. Am Freitag voriger Woche nämlich, als die Einigungsverhandlungen zwischen den Streikenden und deren Arbeitgebern vor dem Gerichte gerichtlich waren, hatten die Fabrikanten nach einer Versammlung, wofür, wie erinnerlich sein dürfte, unter dem Einflusse des Herrn Bahardt jede weitere Verhandlung mit den Ausständigen resp. Ausgesprochenen abgelehnt wurde. In dieser Versammlung ist nun auch beschlossen worden, im Namen sämtlicher in Betracht kommenden Unternehmer nach neu an-

zuerst den Arbeitern zu erklären. Jene Beschlüsse wurden damals gegen eine starke Minderheit gefaßt, die sich dann über Nacht plötzlich in eine Mehrheit verwandelte und gleich am nächsten Tage (am Sonnabend voriger Woche) die gefaßten Beschlüsse wieder umstieß. Unter Ausschaltung der Herren Nahardt und Pflaß wurde eine neue Kommission gewählt, die denn auch mit den Streikenden in neue Verhandlungen eintrat. Natürlich war es Herrn Nahardt keineswegs angenehm, von dem größten Teil der Streikenden in dieser unangenehmen Weise beiseite geschoben zu werden. Er hielt sich noch immer an den Freitagsbeschluss gebunden, obgleich sich schon eine ganze Anzahl Arbeitgeber mit ihren Arbeitern geeinigt hatten, und die Folge war, daß von seinem "Nachweisbureau" aus jene allarmierende Annonce um diverse Posttage verspätet in die "Volks-Zeitung" eingerückt wurde. Die 28 Arbeitgeber, bei denen bereits eine Einigung erzielt war, (heute sind es schon 29), waren bei dem Anblick der Annonce selbst wie aus den Wolken gefallen, an den darauf Bezug habenden Beschlüssen hatten sie gar nicht mehr gedacht. So klärt sich denn diese Geschichte als ein verhältnismäßig harmloses Zwischenstück auf, das aber dennoch seine Folgen hat. Durch die Annonce haben die hochbeinigen Arbeitgeber nämlich die Aussperrung für ihre Betriebe aufgehoben, deshalb sind sie jetzt von den Arbeitern gesperrt worden. Diese Betriebe sollen nun so lange gemieden werden, bis jene Annonce widerrufen ist.

Das Gewerkschaftsstatut für Berlin und Umgegend hat dieser Tage seinen Jahresbericht für 1902 herausgegeben. Derselbe enthält nach einer Uebersicht über die Tätigkeit des Statuts Berichte der einzelnen Organisationen. Dem Statut sind 24 Gewerkschaften angeschlossen. Sie hatten zusammen 1901 10 137, Ende 1902 9917 Mitglieder. Die Mitgliederzahl der einzelnen Organisationen am Schluss des Jahres 1902 ist: Maurer 2635, Zimmerer 1548, Möbelpolierer 890, Metallarbeiter 895, Bauarbeiter 600, Portefeuillier 494, Musikinstrumenten-Arbeiter 451, Tischler 325, Hausdiener 280, Rüstmacher 253, Maler 250, Holz- und Bretterträger 180, Töpfer 163, gewerkschaftlicher Frauenverein 152, Kürschner 127, Weiglaser 100, Pfeifenleger 90, Konfektionsarbeiter 84, Füllener 84, Rohrer 80, Kleber 64, Schirmmacher 60, Zinkseher 47, Bäcker 25. — Im Berichtsjahre waren 15 Organisationen an 44 Arbeitern, 6 Angriffskreuzen und 7 Aussperrungen mit zusammen 2006 Personen beteiligt. Für Streiks und Sperrungen im eignen Beruf haben die Gewerkschaften insgesamt 74 413 M. ausgegeben. (Die Möbelpolierer 19 945 M., Maurer 13 925 M., Weiglaser 11 957 M., Zimmerer 5828 M., Metallarbeiter 5020 M., Tischler 4726 M., Bauarbeiter 3500 M., Rüstmacher 3476 M., Musikinstrumenten-Arbeiter 3041 M., Kleber 2172 M. usw.) — Für Streiks in anderen Berufen sind im ganzen 8426 M. ausgegeben worden.

Der Kassenbericht des Statuts weist folgende Summen auf: Einnahme 20 742,40 M., Ausgabe 20 550,47 M., Bestand 191,93 M. Von den Ausgaben entfallen auf Streikunterstützungen 14 185 M.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung in Birmasens.

Obgleich die Arbeiter, die sich schon bei den Verhandlungen mit den Fabrikanten im höchsten Grade entgegenkommend gezeigt haben, sich auch nach der Aussperrung der größten Mühe und Ordnung befleißigen, hielten es die staatlichen Behörden — wie bereits mitgeteilt — doch für nötig, ein Aufgebot von Gendarmen nach Birmasens zu senden. Ohne Polizei und Gendarmen geht es nun mal nicht, wenn irgendwo ein Konflikt zwischen Unternehmern und Arbeitern ausgebrochen ist. Wenn an jenen Stellen, wo derartige Maßnahmen verhängt werden, die wünschenswerte Einsicht vorhanden wäre, dann unterlässe man die ganz unnötige Entsendung von Gendarmen. Die Erfahrung hat ja gelehrt, daß fast immer, wenn Ausschreitungen bei Streiks oder Aussperrungen vorkommen, polizeiliche Ueberreifer den Anstoß dazu gab, und daß Ruhe und Ordnung dann am wenigsten gefährdet werden, wenn sich die Polizei gar nicht um die Dinge kümmert.

Das Unternehmertum fühlt sich natürlich auch gegenüber den Aussperrten in Birmasens solidarisch. Einige Fabriken haben nicht ausgesperrt. Diese sollten dadurch zur Beteiligung an der brutalen Niederwerfung der Arbeiter gezwungen werden, daß die Fabrikanten-Vereinigung die Ueberhändler zu bestimmen suchten, den weiterarbeitenden Fabriken kein Leder zu liefern. Dies Verlangen wurde zwar nicht erfüllt, dagegen sind andere Mahregeln gegen die Aussperrten gelungen. Die Druckereien und Zeitungen in Birmasens sind den Aussperrten verschlossen. Ein in Bestellung gegebenes Flugblatt wurde, obgleich es schon gedruckt war, nicht gedruckt. So haben es die Unternehmer verstanden, die Arbeiter, denen das Koalitionsrecht geraubt werden soll, auch mundtot zu machen. Auch der Stadtrat, der größtenteils aus Säuh-fabrikanten besteht, sorgt für den Schutz der Unternehmerinteressen. Er hat Mittel bewilligt, damit erforderlichenfalls Militär nach Birmasens entsandt werden kann! Ein kleiner Kravall, der ihre Pläne unterbricht, würde den Fabrikanten schon recht sein, aber die Arbeiter werden ihnen keine Gelegenheit zur Erfüllung dieses Wunsches geben. Die ledigen Arbeiter verlassen die Stadt, es sind schon etwa 800 abgereist.

Fabrik- und Hilfsarbeiter. In der Deubener Filiale der Selbstfabrik von Mengers u. Söhne haben 80 Mädchen und Frauen die Arbeit wegen erheblicher Lohnminderung eingestellt.

Metallarbeiter. Die Formner, Kernmacher und Viehzeitarbeiter der Harzer Werke in Wamburg und Jorze stehen noch immer im Streik. Die Brüder, Altmeyer und Schloffer der Wlech- und Stübenwaren-Fabrik von Dammann u. Strahmann in Queblinburg stehen vor einer Lohnbewegung. Die Metallarbeiter allerorts werden um solidarisches Verhalten ersucht.

Verbandstag der Seelente.

In der Sitzung am Mittwochnachmittag wurde, nachdem die vorgeschlagene Effektenversicherung keine Annahme gefunden hatte, eine Resolution angenommen, wonach die Frage der Unterstützungs-einrichtungen zur eingehenden Besprechung an die Mitgliedschaften zurücküberwiesen werden, das so erzielte Material an den Vorstand geschickt und dieser beauftragt werden soll, der nächsten Generalversammlung neue Vorschläge zu machen.

Es folgte die Statutenberatung, die ein allgemeines Interesse nicht haben.

In der Sitzung am Donnerstag wurde eine Resolution angenommen, wonach von Zeit zu Zeit Seemanns-Kongresse in Berlin abgehalten sind, damit die zahllosen Mitglieder im Schiffahrtsgewerbe der breitesten Öffentlichkeit bekannt werden. Es sollen dazu die Reichsregierung, die Reichstags-Abgeordneten aller Parteien und sämtliche in der Seefahrt, Hochseefischerei und am Schiffbau tätigen Personen eingeladen werden.

Die Notwendigkeit des Kongresses begründete u. a. Hoffmann-Hamburg damit, daß nicht wieder der Bod zum Gärtner gesetzt werden dürfe, wie es 1894 bei der Umfrage Poladownsky's betr. die Uebertragung des Schiffbaues z. gesehehen sei. Müller wies darauf hin, daß die Sozialreformer Verleser'scher Färbung sich mit der Lage der Seelente beschäftigen würden. Das bisher vorliegende Material zeige, daß sie ein falsches Bild geben und rosig färben würden. Da bedürfe es demonstrativer Zurückweisung.

In der Diskussion behauptete ein Delegierter, die Parteipresse beschäufte sich absolut nicht mit den Mißständen im Seemannsberuf. Diese Äußerung wurde allseitig auf das allerentschiedenste zurückgewiesen. Unter anderem konstatierte Schmalz-Bremerhaven, daß die Parteipresse sich der Seelente mit einer Energie angenommen habe, welche rühmlich anerkannt werden müsse. Er spreche ihr dafür öffentlich den Dank der Seelente aus. Auch Müller erklärte, daß die sozialdemokratische Presse jedwerg in bester Weise alle Wünsche des ersten Seemanns-Kongresses berücksichtigt habe. Dieses Zeugnis ward auch der insbesondere angegriffenen „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ von dem Kleiner Delegierten ausgesprochen.

Ueber „Internationale Bewegung und Kongresse“ referierte Müller. Angenommen wurde ein Antrag, das Verhältnis zum internationalen Transportarbeiter-Verbande anrecht-zuerhalten und die 1904 in Amsterdam stattfindenden Kongresse durch einen Delegierten zu beschicken.

Ueber die Lage der seemannischen Arbeiter unter der gegenwärtigen Socialgesetzgebung“ hielt Verbandsvorsitzender Müller einen längeren Vortrag, in welchem er u. a. die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zur Seemannsordnung als forrest bezeichnete. Einem Segentwurf, der so viele Irrtümer und Ungerechtigkeiten enthalte, wie die verabschiedete Novelle zur Seemannsordnung, werde die sozialdemokratische Fraktion auch wohl in Zukunft nicht zustimmen. (Lebhafter Beifall.) Bedner ließ die hauptsächlichsten Bestimmungen der Seemannsordnung Revue passieren und empfahl nach eingehender Erläuterung eine die Forderungen der Seelente enthaltende Resolution zur Annahme. Verlangt wird die gesetzliche Festlegung der Mitwirkung der unteren Chargen bei den Seemannsdarmen, die schriftliche Abfassung des Feuervertrages, die weitere Einschränkung der freien Vereinbarung, die Erweiterung des Rechts vom Austritt des Feuervertrages, die Aufhebung der Verächtigung zur zwangsweisen oder polizeilichen Anhaltung zur Verächtigung des Dienstes, die Regelung der Arbeitszeit und des Wochenlohnens in präciser Form und die Erweiterung der Sonntagsruhe, die Befreiung der Vorkaufboten, die Abmilderung der drakonischen Strafbestimmungen, die Gewährung des Koalitionsrechts usw. usw.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Damit waren die Hauptarbeiten des Verbandstages erledigt. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg, der des Ausschusses in Bremerhaven. — Als Verbandsvorsitzender wurde Paul Müller, als Vorsitzender des Ausschusses Schmalz-Bremerhaven, als Vorsitzender der Revisionskommission Krüger wiedergewählt. — Der nächste Verbandstag findet aus praktischen Gründen wieder in Hamburg statt. — Kurz vor Schluß lief ein Telegramm ein, wonach es den Hensburger Seelenten gelungen ist, mit den Bedner einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Die Mitteilung wurde beifällig aufgenommen.

Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband wird der Verbandstag nach vierstündiger Dauer geschlossen. Stehend sungen die Delegierten den ersten Vers der Arbeiter-Marschälle.

Verfammlungen.

Eine Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes beschäftigte sich am Mittwoch mit der Stellungnahme zur Raiffeier. Hierzu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung ist der Meinung, daß nur durch strikte Arbeitsehrlichkeit die Feier des 1. Mai würdig gestaltet wird. Sie macht es deshalb jedem Vertrauensmann zur Pflicht, darauf hinzuwirken, daß alle Kollegen am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen.“ Allen Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes, die länger wie einen Tag ausgesperrt werden, wird vom ersten Tage der Aussperrung an die übliche Streikunterstützung gezahlt. Wer nur einen Tag ausgesperrt wird und am Montag, den 4. Mai, weiterarbeiten kann, bekommt keine Unterstützung. Arbeitslosen-Unterstützung und Streikunterstützung wird für den 1. Mai nicht gezahlt. Sollte eine große Anzahl Mitglieder nach dem 1. Mai ausgesperrt werden, dann findet am 2. Mai eine Vertrauensmänner-Versammlung im Gewerkschaftshaus statt, die dann über irgendwelche weitere Schritte beschließen wird. Zur Kontrolle über den Besuch der Sonntags-Versammlung am 1. Mai wird eine rote Karte ausgegeben.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Jael über die Aussperrung der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter. — Im Anschluß hieran berichtet Glocke, daß infolge des Beschlusses der Unternehmer, 25 Proz. aller Tischlergehilfen auszusperrten, wenn die Maschinenarbeiter die Arbeit nicht bedingungslos aufnehmen, im ganzen 299 Mann als ausgesperrt gemeldet worden sind. Außerdem sind ca. 90 Tischler entlassen worden, die wegen Mangel an Maschinenarbeit nicht weiter arbeiten konnten. Aus diesem Resultat ist zu ersehen, daß sich Herr Nahardt und die übrigen Scharfmacher mit ihrem Aussperrungsbeschluss lächerlich gemacht haben.

Nachdem noch der Arbeitsvermittler Raß über Berstättstreik und -Differenzen berichtet hatte, gibt Engmann auf Verlangen der Versammlung Auskunft über die letzten Vorgänge in der Tischler-Innungskrankenkasse. Diese Angelegenheit ist von verschiedenen arbeitereindlichen Blättern angegriffen worden, um daraus Angriffe gegen die Arbeiterkassen herleiten zu können. Die 14 Beamten der Innungskrankenkasse, von denen 6 nicht wiedergewählt wurden, sind vom Vorstand der Tischlerinnung angestellt worden. Nachdem das von der Delegiertenversammlung beschlossene und von der Aufsichtsbehörde genehmigte Statut in Kraft getreten war, wählte die Delegiertenversammlung, ebenso wie in der Orts-Krankenkasse, die Beamten selbst. Es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß dann nur solche Beamte gewählt werden, die das Vertrauen der Mitglieder genießen. Dieses Vertrauen haben sich die Beamten verdient. Ein Teil von ihnen war früher bei der Orts-Krankenkasse angestellt. Als der Innungsvorstand die Innungskrankenkasse gründete, wodurch die Kassennmitglieder schwer benachteiligt wurden, waren es diese Beamten, die sich sofort dem Innungsvorstand zur Verfügung stellten und ihm bei Errichtung der Kasse beifällig waren. Beim Kampfe um den Arbeitsnachweis im vergangenen Jahre bemühte der Innungsvorstand die Kasse dazu, um gegen die Gesellen sowie gegen solche Meister vorgehen zu können, die sich den Diktaturbefehlen der Scharfmacher nicht fügen wollten. Gegen einen solchen großen Mißbrauch der Kassen-Einrichtungen hätten die Beamten Einspruch erheben sollen. Auch aus ihrem sonstigen Verhalten gegen die Kassenn-Mitglieder erklärt sich das Mißtrauen zu den Beamten. Zu verwerfen ist aber ganz entschieden die Meinung der Kassenbeamten, daß sie von dem einmal besetzten Posten überhaupt nicht mehr entfernt werden dürften.

Eine Volksversammlung für den sechsten Wahlkreis fand am Donnerstag in „Felschlaggen“, Wälderstraße, in der Genosse Ströbel über: „Welche Antwort giebt das deutsche Volk den Zollhüterern?“ referierte. Der Referent, der namentlich die in Deutschland bestehende Steuerpolitik in treffender Weise kennzeichnete und die ungewisse Belastung der arbeitenden Bevölkerung durch die indirekte Besteuerung der Lebensmittel nachwies sowie die riesigen und immer noch mehr steigenden Aufwendungen für den Militarismus und Maximismus auf Kosten der Arbeiterklasse einer eingehenden Kritik unterzog, forderte schließlich die Versammelten auf, eine recht reger Agitation im Interesse der Socialdemokratie zu entfalten, damit eine möglichst hohe Stimmzahl auf den Kandidaten unserer Partei vereinigt und dadurch den Genossen im Lande ein glänzendes Beispiel gegeben wird. — Eine Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt.

Centralverband der Kleiner. Die Jahrsitzung Berlin hielt am Montag eine Mitglieder-Versammlung ab. Jauerbach und Rodow erstatteten Bericht über den Verbandstag. Nachdem den Delegierten Decharge erteilt war, gab der Kassierer Thilo den Kassenbericht über das erste Quartal 1903. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Nachdem Jauerbach Bericht über die Tätigkeit der Schlichtungskommission erstattet hatte, wurde an Stelle des erkrankten Kollegen Starke Rodow in die Schlichtungskommission gewählt. — Nach einer Debatte über die Raiffeier wurde einstimmig beschlossen: Der 1. Mai soll durch Arbeitsehrlichkeit in den Werkstätten gefeiert werden, in welchen keine größere finanzielle Schwächung der Kollegen zu erwarten ist. — Hieran wurde beschlossen, der sozialdemokratischen Parteikasse 50 M., den streikenden Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeitern 30 M. zu überweisen. Ferner wurde beschlossen, sämtliche Drucksaßen in der Druckerei des „Vorwärts“ anfertigen zu lassen.

Der Verband der Möbelpolierer hielt am 20. April seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Schulz gab den Vorstandsbericht. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen: Einnahme und Bestand vom vorigen Quartal 16 531,51 M., Ausgaben 9483,70 M., so daß ein Bestand von 6847,81 M. verbleibt. Da das Unterstützungs-gewesen (Arbeitslosen- und Krankenunterstützung) jetzt

mehr ausgebaut worden ist, wird auf Antrag des Vorstandes das freie Entree zu den vom Verbande arrangierten Vergnügungen und wissenschaftlichen Vorträgen aufgehoben. Ebenso erhalten Arbeitslose in der Generalversammlung keine 50 Pf. mehr. Ein Antrag, den ausländigen Maschinenarbeitern 500 M. zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Beschlossen wurde ferner, die Feier des 1. Mai wieder, wie alljährlich, durch vollständige Arbeitsehrlichkeit zu begehen. Vormittags findet eine öffentliche Versammlung statt und nachmittags wird es allen Kollegen zu Pflicht gemacht, die von der Partei arrangierten Festlichkeiten zu besuchen. Des ferneren erklärten sich die anwesenden Mitglieder der Tischler-Innungskrankenkasse mit dem Vorgehen des Vorstandes und der Delegierten in betreff der Anstellung der Beamten einverstanden.

Schnoberg. In der am 21. April abgehaltenen Generalversammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins erstattete der Kassierer Gollmid den Kassenbericht für das erste Vierteljahr, dem zu entnehmen ist, daß gegenüber einer Einnahme von 1118,88 M. eine Ausgabe von 538,40 M. zu verzeichnen war. Die Entlastung des Kassierers wurde beschlossen. Aus dem Bericht des Parteipredikers Köhler geht hervor, daß die Expedition, bei einer durchschnittlichen „Vorwärts“-Abonnementzahl von 1593, im ersten Vierteljahr eine Einnahme von 5838,00 M. erzielte, der eine Ausgabe von 5658,19 M. gegenüberstand. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt. Hiadann hielt Küter einen Vortrag über: „Die Parteien des Reichstags“. Hiadann wurde folgender Antrag des Vorstandes einstimmig angenommen: „Diejenigen Mitglieder, welche bis zum 1. Juni d. J. ihre Beiträge aus dem Jahre 1902 nicht bezahlt haben, sind verpflichtet, für jeden Restmonat 25 Pf. Beitrag, anstatt 20 Pf., zu zahlen.“ Ferner wies Köhler darauf hin, daß am 1. Mai vormittags stattfindende öffentliche Gewerkschaftsversammlung hin und erstuchte um zahlreiche Beteiligung. Gleichzeitig wurden die Mitglieder auf die am Abend stattfindende Raiffeier nochmals hingewiesen. Zur Aufnahme gelangten 120 Mitglieder.

Im Schmargendorfer Wahlverein sprach Stübbling über „Internationale Bewegung und Politik“. Dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand 39 beträgt. Gerügt wurde, daß Scherl-Müller von einem Teile der Mitglieder gehalten werden und wurde die Verbreitung des „Vorwärts“ dringend gefordert. Der Kassierer wurde entlastet. Die Koalitionskommission berichtete, daß das neu-erbaute Saallocal des Vademeyers Schilling in Domäne Dahlem angeblich unter behördlichem Druck in den drei nächsten Jahren zu seiner Verfallung übergeben werden darf. Das Local wird gesperrt. Das Restaurant „Sausouci“ steht jetzt wieder der Arbeiterschaft zur Verfügung. Beschlossen wurde, die Versammlungen abwechselnd im „Wirtshaus Schmargendorf“ und im Restaurant „Sausouci“ abzuhalten. Die Raiffeier-Versammlung findet am 7 Uhr im „Wirtshaus Schmargendorf“ statt.

Die Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Raiffeier. Beschlossen wurde, am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, zwei Versammlungen für sämtliche Gewerkschaften im Volkshaus abzuhalten. Jeder Versammlungsbesucher erhält die Raiffeier der Kommission gratis. Für diejenigen Gewerkschaften, die besondere Marken oder Karten zur Ausgabe gelangen lassen, sind im Volkshaus Tische reserviert. Bei der Ergänzungs-Wahl zum Ausschuss wurde Buchdrucker Paul Schulze gewählt. Hierauf gab Steinig den Kassenbericht vom 1. Quartal. Unter Gewerkschaftlichen bestimmte die Versammlung, daß der Ankauf von Büchern zur Bibliothek nur dann stattfinden soll, wenn die Kommission hierüber Beschluß gefaßt hat. Des weiteren wurde beschlossen, auf die nächste Tagesordnung den Punkt „Frauen- agitation“ zu setzen. Als Vertreter zu den Sitzungen der Berliner Gewerkschaftskommission wurden Jost, Greise und W. Schulze gewählt. Der Bibliothekar machte bekannt, daß die Bibliothek Dienstags und Donnerstags, abends von 8—10, und Sonntags, vormittags von 8—10 Uhr, geöffnet sei. Entschuldigt fehlten die Vertreter der Plätterinnen.

Die Jahrsitzung Charlottenburg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am Montag ihre Generalversammlung ab. Bezüglich der Raiffeier wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung beschließt, den 1. Mai durch strikte Arbeitsehrlichkeit zu feiern. Die anwesenden Kollegen verpflichten sich, dahin zu wirken, daß in allen Betrieben die vollständige Arbeitsehrlichkeit durchgeführt wird.“ — Hierauf verlas Hoffe die Abrechnung vom 1. Quartal. Auf Antrag des Revisors erteilte die Versammlung dem Kassierer Decharge.

Der Wahlverein für Reinickendorf und Umgegend hielt am 22. April eine Mitglieder-Versammlung ab, in der Conrad über: „Schuldhypothek“ referierte. Nach dem Vortrage, der eine rege Diskussion hervorrief, wurden Vorkommisse in hiesigen Schulen einer herben Kritik unterzogen und unsem anwesenden Gemeindevorstande aufgegeben, Abhilfe zu schaffen. — In der Wahlkommission wurden folgende zehn Genossen gewählt: Schumacher, Max Leonhard, Otto, Eusef, Schüler, Kolmech und Eichner für den Osten, Hertze und Jci für den Westen, Haschel für Wilhelmruh.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Jena, 24. April. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Die Freisinnigen im dritten weimarschen Wahlkreise stellten den Rechts-anwalt Dr. Harmering-Jena als Reichstags-Kandidaten auf.

Unternehmer und 1. Mai.

Magdeburg, 24. April. (W. Z.) Der sämtliche hiesige Innungen und Gewerbe umfassende Arbeitgeber-Verband beschloß heute, die am 1. Mai feiernden Arbeiter auch am 2., 4. und 6. Mai nicht zur Arbeit zuzulassen. Neue Kräfte werden an diesen Tagen nicht eingestellt.

Österreich-Ungarn und Rußland.

Budapest, 24. April. (W. Z. N.) Der „Fester Lloyd“ wendet sich gegen die Auffassung der „Kowojew-Bremja“, daß es dem Einvernehmen Oesterreich-Ungarns mit Rußland in den Balkanfragen an Klarheit und Bestimmtheit fehle. Der „Fester Lloyd“ schreibt, es sei unverständlich, wie Äußerungen des Ministerpräsidenten v. Szell in Petersburg Mißverständnisse oder gar Empfindlichkeiten hervorzurufen könnten. Herr v. Szell habe als einer der Grundrinder der Orientpolitik bezeichnet, daß keine Großmacht auf dortige Machtverhältnisse überwiegender Einfluß ausüben solle. Es handle sich um die von Rußland und Oesterreich-Ungarn eingeleitete Reformation zur Herstellung erträglicher und geordneter Verhältnisse in der europäischen Türkei, und diese gemeinsame Aktion habe ihrer ganzen Anlage nach eine volle Parität der beiden leitenden Mächte zur Voraussetzung. Die Identität aller einzelnen Schritte zu verlangen, sei eine ebenso unnötig wie es irgend jemand einfallen sei, Rußland zumuten, von jedem seiner Schritte Rechenschaft abzulegen. Auch der Vorwurf des russischen Blattes, daß Oesterreich-Ungarn ein Doppelspiel treibe, wird entschieden zurückgewiesen. Der Artikel des „Fester Lloyd“ schließt, es sei schlimm, wenn selbst ein Blatt von der Stellung der „Kowojew-Bremja“ solchen Einflüsterungen Gehör schenke, die doch, wenn sie auch nur im geringsten auf Wahrheit beruhten, mit den vertrauensvollen und freundschaftlichen Beziehungen, wie sie gegenwärtig zwischen Rußland und der Oesterreich-ungarischen Monarchie beständen und erst unlängst in dem Schreiben des russischen Kaisers an den Grafen Kapnist gelegentlich der Verleihung des Alexander-Newsky-Ordens an denselben hervorgehoben worden seien, einfach unvereinbar seien.

Großwardein, 24. April. (W. Z.) Der Wald des lateinischen Domkapitels wurde von unbekanntem Thätern in Brand gesetzt. Die Gendarmen, welche die Ortsbewohner zur Brandlöschung aufforderte, wurde von diesen thätlich angegriffen und mußte ins Schulhaus flüchten. Als die Excedenten auch das Schulhaus angriffen, gaben die Gendarmen Feuer, wobei eine Person getötet und mehrere verwundet wurden. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet.

Verlagsanstalt Carl Scherl & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen.

Reichstag.

295. Sitzung. Freitag, den 24. April 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Tirpitz, Reich. v. Thielmann. Auf der Tagesordnung steht zunächst die folgende Interpellation Gröber und Stögel:

An den Herrn Reichskanzler erlauben wir uns die Anfrage zu richten:

1. Was dem Herrn Reichskanzler über die Tötung des Fußartilleristen Hartmann vom westfälischen Fußartillerie-Regiment Nr. 7 in Köln durch den Kadetten zur See Hüffener in Essen bekannt ist;

2. ob der Herr Reichskanzler bereit ist, dahin zu wirken, daß durch Abänderung der bestehenden Vorschriften über das Waffentragen beurlaubter Kadetten und Mannschaften der Vergehungen solcher und ähnlicher Verbrechen mehr als bisher vorgebeugt wird.

Staatssekretär des Marineamts v. Tirpitz erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. Das Wort zur Begründung der Interpellation erhält

Abg. Stögel (C.):

Der Vorfall, um den es sich handelt, hat sich in meiner Heimatstadt Essen zugetragen und bedarf notwendigerweise der Erörterung im Reichstag. Hartmann war mit zwei Kameraden dabei, ein Restaurant zu betreten, nachdem sie schon vorher ein anderes Restaurant besucht hatten. Beim Eintritt in das Restaurant wurde Hartmann von dem Führer zur See Hüffener aufgefordert, ihm zur Wache zu folgen. Einen Grund gab der Führer damals nicht an. Auf das Jureden seiner Begleiter ging Hartmann auch mit zur Wache, auf dem Wege aber entließ er Hüffener und wurde dann von diesen durch einen Stich in die Lunge so verletzt, daß er in wenigen Minuten tot war. Hüffener stellte sich dann unter den Schutz der Begleiter Hartmanns und ließ sich von ihnen zur Wache abführen. Hier gab er an, er habe Hartmann, der angetrunken war, zu seiner eignen Sicherheit verhaften wollen. Dieser Grund kann nicht als rechtmäßig anerkannt werden, denn wenn auch Hartmann etwas angetrunken war, so konnte er doch zumal in Begleitung seiner Freunde sehr gut allein den Weg fortsetzen. Daß vorher irgend ein Streit zwischen Hartmann und Hüffener stattgefunden habe, wird von den Begleitern Hartmanns auf das entschiedenste bestritten.

Als der Vorfall am Osiernontag bekannt wurde, bemächtigte sich eine ungeheure Aufregung der Bevölkerung Essens, die bis zum Tage des Begräbnisses immer mehr zunahm. Trotz des Sämereigelebers beteiligten sich Hunderte an der Beisehung Hartmanns. Man sagte sich, nun ist ein Menschenleben vernichtet, aber dem Täter wird wenig geschehen. Es gab Leute, die behaupteten, daß ihnen der Hüffener entwischt sei, denn er habe auf der Stelle eine Strafe verdient. Hartmann wird von allen, die ihn kennen, als ein äußerst ruhiger Mensch geschildert, während Hüffener dafür bekannt war, daß er aggressiver Natur war und schon manchen Streit verursacht hatte. Hüffener mag ja seine Instruktion falsch aufgefaßt haben, aber in der Bevölkerung ist die Meinung verbreitet, ein derartiges Vorgehen würde den Leuten direkt anzuzeigen, (Hört! hört!) sie würden nicht genügend darüber belehrt, wie sie sich dem Publikum gegenüber zu verhalten hätten. Das monarchische Gefühl wird durch solche Fälle nicht gesteigert werden. Man fragt sich im Publikum, warum denen, die in Urlaub gehen, die Waffen mitgegeben werden, man ließe dieselben besser in der Garnison zurück. Ich hoffe, daß Herr Reichskanzler und von Seiten der Marineverwaltung das notwendige geschieht, um ähnliche Fälle für die Zukunft zu vermeiden. (Bravo!)

Zur Beantwortung der Interpellation erhält das Wort

Staatssekretär des Reichs-Marineamts v. Tirpitz:

Auf die erste Frage der Interpellation werde ich die mir von dem zuständigen Bericht der ersten Marine-Inspektion zugegangene Meldung verlesen. Am 14. April lief folgende Meldung ein: „Vom Garnisonkommando Essen folgendes Telegramm erhalten: Kanonier Hartmann ist vergangene Nacht vom Führer zur See Hüffener durch Stich in die linke Brustseite getötet worden. Letzterer verhaftet, Leichenschau und Obduktion durch Amtsgericht veranlaßt. Marineinspektion der Ostsee benachrichtigt.“ Auf eine weitere Anfrage hat das Garnisonkommando noch gemeldet: „That in Essen auf der Strafe gesehen infolge Gehorsamsverweigerung des Hartmann. (Lachen links.) Zeugen der That vorhanden.“

Ich habe, nachdem mir die Interpellation bekannt geworden ist, nochmals um telegraphischen Bescheid ersucht und heute folgendes Telegramm von dem zuständigen Bericht in Kiel bekommen: „Führer Hüffener stellte Hartmann wegen auffälliger Trunkenheit und befahl ihm, zur Wache zu folgen. Hartmann folgte ihm erst zögernd, rief sich dann los und floh. Hüffener folgte ihm, rief „Dalt!“, stieß Hartmann in die Lunge. (Große Unruhe.) Hartmann war dem Hüffener sehr wahrscheinlich unbekannt, sie haben nicht dieselbe Schule besucht. Ein Notizbuch mit Namen von Soldaten, die er angehalten hatte und meiden wollte, ist bei Hüffener nicht gefunden worden. Weitere Erhebungen schweben noch. Hüffener war nüchtern und giebt an, im guten Glauben gehandelt zu haben. (Lachen links.) Er bestreitet die Tötungspflicht.“

Die weiteren gerichtlichen Verhandlungen werden ja Klarheit geben. Sollte es dann noch erforderlich sein, so bin ich gern bereit, auf Grund des gesamten Aktenmaterials dem hohen Hause eine eingehende Darlegung zu geben.

Was die zweite Frage anlangt, so sind die Bestimmungen über den Waffengebrauch des Militärs und die über die Behandlung beurlaubter ganz präzis. Die neuen Kriegsartikel schreiben vor: „Jeder Vorgesetzte ist berechtigt, die Waffen zu gebrauchen, um thätliche Angriffe eines Untergebenen abzuwehren oder um seinen Befehlen in äußerster Not und dringender Gefahr Gehorsam zu verschaffen.“ In den früheren Artikeln stand zwischen den Worten „äußerster Not“ und „dringender Gefahr“ das Wort „oder“. Es müssen also jetzt beide Fälle zutreffen, wenn der Vorgesetzte berechtigt sein soll, von der Waffe Gebrauch zu machen. So weit der Fall zu übersehen ist, ist ja direkt gegen die bestehenden Bestimmungen verstoßen worden. Ich werde dahin wirken, daß die Bestimmungen auf das einbringlichste in den Instruktionen dem betreffenden Personal eingeschärft und häufig wiederholt werden. Uebrigens war Hüffener nicht Kadett zur See, sondern Führer, das heißt ein Unteroffizier mit Portepee. Er befand sich im dritten Dienstjahre und 21. Lebensjahre. Das entschuldigt ihn nicht, im Gegenteil, es verschärft den Fall. Der Vorredner hat geglaubt sagen zu sollen, daß im Publikum die Auffassung verbreitet wäre, daß den betreffenden Chargen ein unrichtiges Verfahren gegen die Untergebenen anzuzeigen wird. Ich möchte dagegen doch auf das allerhöchste protestieren. Für niemand sind solche Vorfälle unangenehmer als für die Vorgesetzten selbst. Man kann diesen ganz exceptionalen Fall, der ja auch noch gar nicht vollständig zu übersehen ist, nicht generalisieren. Was das Verbot des Waffentragens auf Urlaub anlangt, wo wären da die Grenzen? Soll da der Garnisonurlaub auch noch eingeschlossen sein? Das könnte ja dahin führen, überhaupt das Waffentragen in der ganzen Armee zu verbieten. Das liegt wohl nicht in der Absicht der Interpellanten. Die Marine bedauert dieses unglückliche Vorkommnis aufs tiefste und ich kann nur sagen, daß in der Beurteilung, die dieser Fall in der Marine selbst gefunden hat, die stärkste Sicherung gegen eine Wiederholung derartiger Fälle liegt, so weit überhaupt ein solcher Schutz absolut gegeben werden kann.

Auf Antrag des Abg. Dr. Schädlcr (C.) erfolgt die Beantwortung der Interpellation.

Abg. Benzmann (fr. Sp.):

Während es sich in dem Fall Weisewitz um einen Einzelfall handelte, kommen hier symptomatische Erscheinungen in Betracht. Weisewitz hat damals seine That gefehlt und nachher seinen Tod gefunden, der gewissermaßen aus einer moralischen Sühne darstellte. Dem gegenüber berührt das Auftreten Hüffeners recht unsympathisch. Der junge Herr, der noch nicht einmal Offizier ist, deckt sich mit seiner angeblichen Offiziers- und ist bei den gerichtlichen Untersuchungen in mehr als einer Beziehung der Unwahrheit überführt worden. (Hört! hört! links.) Es beweist das Gegenteil von Mut, wenn man sich durch Verunglimpfungen des Opfers und Unwahrheiten aus der Sühne zu ziehen sucht. (Zustimmung links.) Hüffener giebt selbst zu, nüchtern gewesen zu sein. Hartmann dagegen soll betrunken gewesen sein. Da wäre es doch erst recht die Pflicht des jungen Führers gewesen, dem betrunkenen Kameraden einfach in sicherer Begleitung nach Hause besorgen zu lassen, anstatt ihn zum Ungehorsam zu provozieren. Dieser einfache Ausweg wäre sehr bequem gewesen; ein ganz kurzer Weg vom Restaurant bis zu dem Hotel, wo Hartmann wohnte, zurückzulegen. Hartmanns Vater besitzt das erste Hotel der Stadt, wo die Offiziere verkehren. Der Verstorbene war mir persönlich bekannt; er war ein ruhiger, nüchternen Mensch, der einer Jureden ohne weiteres zugänglich war. Nach den Angaben eines Zeugen ist Hartmann ganz ruhig mitgegangen und hat nur in einem gegebenen Moment instinktiv die Freiheit zu gewinnen gesucht und sich losgerissen. Das ist keine Gehorsamsverweigerung, und Hüffener erscheint gar nicht berechtigt, zum Dolch zu greifen. Auch eine Verdunkelung des Thatbestandes war nicht zu befürchten, auch die Feststellung der Verantwortlichkeit war überflüssig. Nichts entschuldigt also die brutale That des Hüffeners. Jetzt beruft er sich auf seine Offiziers- und spricht in einem Briefe von der harten, harten Soldatenpflicht. Der Mann hat gar keine Ahnung von Ehre. Er war auch gar nicht Offizier, sondern simpler Unteroffizier. Jetzt versteht er sich aus Mangel an Mut hinter dieser Ausrufe, die ein reines Phantasiegebilde ist. Der Gedanke der Ehre war nicht maßgebend bei ihm, sondern der Instinkt brutaler Ueberhebung eines albernen Vurfschen, eines unreifen Tertianers oder Sekundaners, der noch nichts gelernt hat. Nach der That hat er auf der Wache dem Unteroffizier eine Zigarette angeboten und sich selber eine angezündet. Ein Mensch, der noch einen Funken Gefühl besitzt, ist einer solchen Handlung nicht fähig. Der alberne Brief des Hüffeners zeigt eine so große sittliche Unreife, daß ich ihn nicht von der Tertia nach der Sekunda verlesen würde. Sein Charakter ist ein Konglomerat von Dummheit, Gefühlslosigkeit und progiger Selbstüberhebung. Nur durch die Protektion einer sehr einflussreichen Persönlichkeit ist er in die Armee gekommen, die dieses edle Individuum verunziert hat. Wenn er als Strafgesessener in Amerika enden sollte, würde ich es nicht bedauern. Jedenfalls ist es notwendig, Garantien zu schaffen, damit diese Lehrlinge in der Armee nicht mit gefährlichen Waffen spielen. Das Waffentragen außer Dienst ist nichts weiter als eine Konzession an die Gütlichkeit, es hat mit den eigentlichen Zwecken der Armee nichts zu thun. Wir sind überhaupt dafür, daß außer Dienst auch keine Uniform getragen wird, wie das in England der Fall ist. Auf jeden Fall aber muß jenen jungen Leuten, die die Waffe noch als Spielzeug betrachten, das Tragen der Waffen außerhalb des Dienstes verboten werden. Es kann vorkommen, daß der thörichte Streich eines solchen Knaben die Bevölkerung noch viel mehr aufreizt als in Essen und zu großen Tumulten führt. Wir müssen im Interesse der Armee und des Vaterlandes verlangen, daß derartige alberne Jungenstreichs in Zukunft vermieden werden. (Bravo! links.)

Abg. Bebel (Soz.):

Daß die Interpellation im Hause einen großen Anklang findet, beweist ja die Unterstüßung, die ihre Besprechung fand, und auch die Rede des Herrn Vorredners. Aber darauf kommt es nicht so sehr an als vielmehr darauf, daß das, was die Interpellation verlangt, auch wirklich durchgeführt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich fürchte aber, daß es auch hier so gehen wird wie bei vielen anderen Interpellationen, wir werden hier stundenlang die bestigsten Anklagereden hören, die Empörung wird auch noch einige Wochen andauern, dann aber geht alles seinen Gang weiter und die Dinge sind vergessen, bis zum nächsten Mal und dann wiederholt sich daselbe Spiel. Nachdem wir aber hier Jahr für Jahr immer erneute Debatten über den Duellunus, über Militärmisshandlungen und Tötung von Personen durch Mitglieder der Armee gehabt haben, ist klar, daß wir es hier nicht mit einer vorübergehenden Erscheinung zu thun haben, sondern mit den Grundwurzeln eines Systems, die immer wieder vorkommen werden. So lange dies System existiert, darin unterscheiden wir uns von den bürgerlichen Parteien, daß wir dem System zu Leibe gehen, während jene mal ein bißchen tadeln, daß dies und jenes nicht in Ordnung ist, aber die Grundursache unberührt lassen.

Der Vorredner hat Herrn Stögel ganz falsch verstanden, wenn er behauptete, die Essener Bevölkerung hätte sich verhältnismäßig ruhig benommen. Herr Stögel hat das Gegenteil ausgeführt. Die Aufregung in Essen war so groß, daß wenn die Bevölkerung den Hüffener nicht nur am Tage der That, sondern noch als er zur Eisenbahn gefaßt wurde, in ihre Hände bekommen hätte, sie ihn ohne Zweifel nicht nur durchgeprügelt sondern totgeschlagen hätte. Das ist ganz erklärlich und entspricht der Stimmung, wie sie in weiten Kreisen des deutschen Volkes vorherrscht. Unter diesen Umständen wird man es im Volke auch nicht verstehen, daß der Fall hier so zart behandelt wird, wie es leider der Herr Reichskanzler gethan hat. Er hat uns nicht ein sehr räuberisches Bild von den Vorgängen gegeben, aber zur Verurteilung des Täters nicht die genügenden Worte gefunden. Wenn Hüffener auch kein Mörder ist — ich glaube nicht, daß er den Tod Hartmanns gewollt hat, so hat er sich doch eines Totschlags schuldig gemacht und ich erwarte, daß die Strafe dem entsprechend ausfallen wird. Wenn nur dann nicht wieder sehr bald die Begnadigung eintritt wie im Fall Weisewitz, der einen Zivilisten muthlos von hinten niederschlug, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt aber nach kaum zwei Jahren begnadigt wurde. Ich glaube allerdings leider schon jetzt sagen zu können, daß, wenn den jungen Mann die verdiente Strafe trifft, er nach einiger Zeit begnadigt wird. Wir wissen ja, wie derartige Fälle behandelt werden. Vor zehn Jahren hatten wir den Fall des Gefreiten Lüd. Er hatte auf Posten gestanden, war von einem Zivilisten gefoppt, hatte ihn verhaften wollen und ihn, als er ausrief, niederzuschossen. Auch über diese That wurde ein hohes Maß von Entrüstung laut, das Wochen und Monate in den Zeitungen seinen Ausdruck fand. Das Ende vom Liede war, daß der Gefreite Lüd mit einem Orden dekoriert wurde, wie Polizeibeamte, die sich Uebergriffe gegen Leute aus dem Volke zu Schulden kommen lassen.

Der Staatssekretär hat versprochen, daß die in Betracht kommenden Vorschriften von neuem eingeschärft werden sollen. Das mag für den Augenblick helfen, aber nicht für die Dauer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt in der menschlichen Natur begründet, daß jemand, dem seine bevorzugte Stellung das Recht giebt, in jedem Augenblicke zum Schutze seiner Ehre und seiner amtlichen Würde die Waffe zu gebrauchen, sie in der Aufregung auch mißbrauchen kann. In der Erlaubnis, von der Waffe Gebrauch zu machen, liegt der Mißbrauch! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da muß es mich im höchsten Grade wundernehmen, daß die Interpellanten nur den Kadetten und Mannschaften das Waffentragen außerhalb des Dienstes untersagen wollen. Auch der Vorredner hat diesen Vorschlag gewissermaßen entschuldigt. Er hat gemeint, mindestens müsse den jungen und unmündigen Leuten das Recht des Waffentragens genommen werden. Aber Mißbrauch mit den Waffen kommt auch bei älteren Leuten vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere nur an den Fall Weisewitz. Während der sozialistischen in den sechziger Jahren zwischen Regierung und Fortschrittspartei um die Frage der Militär-Reorgani-

ation war die Zahl der Konflikte zwischen Militär und Bürgerchaft außerordentlich zahlreich. Bekannt ist besonders der Fall der Lieutenants Sobbe und Puffi in Magdeburg, die in der Nacht den Portier eines Hotels niederstießen. Ähnliche Fälle kamen im Laufe vor. Damals verlangten alle bürgerlichen Parteien, von den Konservativen abgesehen, das grundsätzliche Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes. An der Spitze der Blätter stand ein entsprechender Aufruf. Jetzt hat sich die Stellung der bürgerlichen Parteien geändert, jetzt erscheint jeder Eingriff in das Recht des Waffentragens schon als eine schwere Beleidigung für die Armee, und da ist es charakteristisch, daß angeführt des Falles Hüffener die stärkste Partei des Reichstages nur für die Kadetten und Mannschaften das Verbot des Waffentragens fordert. Die Mannschaften der Marine aber tragen schon jetzt keine Waffen und auch die Unteroffiziere der Marine nicht, ohne daß es ihrer Würde schadet. Bei der Land-Armee aber ist es anders und da kommen auch die ärgsten Mißbräuche vor. Regelmäßig lesen wir, daß bei Festlichkeiten während der Feiertage Verurtheilte mit der Waffe Mißbrauch getrieben haben. Auf den Langböden werden förmliche Schlächten zwischen Militär und Zivilisten geschlagen. Auch Schlächten zwischen den Truppengattungen untereinander kommen vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was dem vorliegenden Falle ein besonderes Gepräge giebt, ist die Thatfache, daß in derselben Zeit eine ganze Reihe ähnlicher Fälle in andern Städten sich zugetragen haben, wo es sich immer um Marinekadetten handelte. So wird aus Düsseldorf berichtet, daß wiederholt beobachtet worden sei, wie beurlaubte Seeladetten Soldaten wegen nicht vorschriftsmäßigen Grüßens angehalten haben. Aus einer andern Stadt wird berichtet, daß ein Seeladett einen Soldaten das vorgeschriebene Honour zwangsweise auf offener Straße am ersten Ofterfeiertag hat wiederholen lassen. Das beweist, daß hier ein System vorliegt. Ich habe den Eindruck, als wenn die jungen Herren in Kiel die Meinung gehabt hätten, sie würden zu wenig von der übrigen Armee und den Kadetten respektiert (Feierlichkeit und Zustimmung), und daß sie sich geschworen hätten, diesem Zustande ein Ende zu machen. Sie scheinen noch einer gemeinsamen Parole gehandelt zu haben, die in Essen dann zu einem so traurigen Ausgange führte. Der Herr Staatssekretär thäte gut, einmal Nachforschungen anzustellen, ob ein solches Uebereinkommen zwischen den Seeladetten nicht in der That abgeschlossen ist. Der Fall in Essen, der ein Auswuchs des militärischen Systems ist, hat die öffentliche Meinung erregt. Viele andre Fälle aber, die ganz ähnlich liegen, werden nicht bekannt. Der Grund zu allen diesen Erscheinungen liegt eben im System, das den Vorgesetzten eine exceptionnelle Stellung und ungläubliche Macht beizumessen verleiht. Ein solche Stellung muß bei unweisen Leuten das Gefühl des Größenwahns erwecken. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie müssen glauben, sie seien aus bestem Thon gelutet, als die übrige Menschheit, sie seien aus besserem Thon gelutet, als die übrige Menschheit, sie seien, was der Centrum's-Abgeordnete Pingert einmal von den Unteroffizieren sagte, die Stellvertreter Gottes. Das System ist benützt, durch Verleihung von Ruh und Glanz an den beurlaubten Soldaten die Scheidewand zwischen ihm und dem Bürger auch während des Urlaubs aufrecht zu erhalten, damit er nur ja nicht während einiger Wochen Bürgergeist einatmet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dieses System läuft eben darauf hinaus, die Armee weit mehr als Waffe gegen das eigne Volk, denn als Waffe gegen einen auswärtigen Feind auszubilden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Solange Sie (zu den andern Parteien) einem solchen System Ihre Zustimmung geben, dürfen Sie sich über die Auswüchse des Systems nicht beklagen, denn Sie selbst sind die Mitschuldigen des Systems! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Wir sind wohl alle einig im Mitleid mit dem von der That Betroffenen. Wir begrüßen die Interpellation mit Freude, weil sie uns die Möglichkeit einer ausführlichen Aussprache über den traurigen Fall gewährt, besonders aber, weil sie dem Herrn Staatssekretär Gelegenheit gegeben hat, hier klar und unzweideutig zu erklären, daß der Seeladett Hüffener gegen die Instruktion und Vorschriften gehandelt hat. Bedauert habe ich manche Wendungen der Abg. Benzmann und Bebel. Beide Herren haben von einem System gesprochen, während es sich doch nur um einen Ausnahmefall handelt. (Lebhafte Widerspruch links.) Gott sei Dank nur um einen Ausnahmefall. (Wiederholter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Sie können doch als Seitenstück nur den Fall Weisewitz nennen. Wenn Sie bedenken, daß jährlich Hunderttausende von Soldaten mit der Waffe an der Seite in Urlaub gehen, so müssen Sie doch den Ausnahmefall zugeben. Im Fall Hüffener handelt es sich sicher nicht um den Ausbruch eines Systems, sondern um die That eines stark unzurechnungsfähigen jungen Mannes. Im allgemeinen sind die Seeladetten keine unreifen Vurfschen. Sie haben die Kadettenanstalt absolviert; während aber ihre Kameraden von der Land-Armee gleich als Portepesfähige in die Armee eintreten, müssen sie als Gemeine eintreten und auf den Schiffen allen schweren Dienst verrichten. Sie verbleiben dann noch 2 1/2 Jahre Unteroffizier, während die Kameraden von der Land-Armee 18 Monate nach dem Eintritt ins Heer schon Offiziere werden. Es ist erklärlich, daß sich die jungen Herrn etwas zurückgesetzt fühlen und auf die Wahrung ihrer Stellung besonders Bedacht nehmen. Herr Benzmann sprach von dem Uebermut erzeugenden Ruh und bunten Land. Davon ist aber bei der Marine am wenigsten die Rede. (Lachen b. d. Social.) Die Marine braucht nicht einmal zweierlei Tuch, sondern einen dunklen Rock mit blanken Knöpfen. (Auf bei den Social.: Schredlich!) Weßhalb unterbrechen Sie mich fortwährend? Ist Ihnen meine Ausführung unbehagen. (Aufe: Nein! nein! bei den Socialdemokr.) Ich habe gar keine Lust, mich mit Ihnen über den Wert unserer Armee auseinanderzusetzen. Da werden wir doch nicht einig. (Sehr richtig! links.) Ich habe nur das Bedürfnis, hier auszusprechen, daß hier ein Einzelfall vorliegt, der nicht typisch ist. Bei den Schlägereien spielt das Messer des Bauernbüchse eine viel größere Rolle, als der Soldatenstab. Dies Bauernmesser ist auch eine Waffe. Den Soldaten kann ich mir ohne Waffe nicht gut denken. Mit Recht spotteten wir über die waffenlosen Offiziere in England. (Lachen links.) Ich wiederhole, es handelt sich im Fall Hüffener nicht um das Symptom eines Systems. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gröber (C.):

Es ist behauptet worden, Hüffener habe „in Erfüllung einer harten Soldatenpflicht“ gehandelt. Ich hätte erwartet, daß die Marineverwaltung auf solche Behauptungen sofort mit einer offiziellen Darlegung des Falles geantwortet hätte. Wie ist die Ausbildung des Hüffeners erfolgt? Wie konnte ein junger Mann in diesem Alter sich überhaupt zu einem so schauerhaften Verbrechen hinreißen lassen? Ist dies das Produkt einer so sorgfältigen Erziehung und Ueberwachung, wie sie in den betreffenden Vorschriften für die Seeladetten vorgesehen ist? Es ist ja sogar von einem Komplott der Seeladetten die Rede gewesen, wonach sie während ihres Urlaubs alle diezeitigen Soldaten „stellen“ wollten, die sie nicht vorschriftsmäßig grüßen würden! Die Kriegsartikel sind keineswegs so auszulegen, daß die Vorgesetzten in jedem Falle von ihrer Waffe Gebrauch machen dürfen, wo ein Untergebener ihrem Befehl nicht sofort gehorcht, wo also die „Gefahr“ einer Disziplinlosigkeit vorliegt. Wie denkt der Staatssekretär über diese Bestimmungen der Kriegsartikel und den betreffenden Passus des Militär-Strafgesetzbuches? Es müssen auf jeden Fall bestimmte Instruktionen gegeben werden, die der Wiederkehr solcher Vorkommnisse vorbeugen. Zunächst muß einmal den Kadetten das Waffentragen auf Urlaub verboten werden. Da sind sie ohne Ueberwachung, trinken gewöhnlich zu viel, sind in „Urlaubs-laune“, und die Gefahr zu Ausschreitungen ist groß. Etwas anders ist das Waffentragen während des Urlaubs in der Garnison. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär von Tirpitz:

Ich habe kein Wort der Entschuldigung für Hüssener ausgesprochen, sondern die That auf das allerentschiedenste verdammt. Ich habe nur unter Vorbehalt der Ergebnisse der gerichtlichen Untersuchung gesprochen. Wenn der Vorredner meinte, daß man die Ungeeignetheit Hüsseners zum Dienste in der Marine vorher hätte erkennen und ihn von einer weiteren Karriere hätte ausschließen müssen, so ist es doch immerhin ein gewisser Entschluß, einem jungen Manne seine Karriere vollständig zu unterbinden. In einem Telegramm, das ich von der betreffenden Behörde noch weiter erhalten habe, wird Hüssener als leicht erregbar und gegen Untergebene sehr scharf bezeichnet; dabei hatte er keine strenge Selbstzucht und war wenig beliebt bei seinen Kameraden. Während seiner Marineschuljahre wurde erstlich seine Entlassung erwogen. (Hört! hört!) Jedoch wurde noch einmal beschlossen, einen letzten Versuch mit ihm zu machen. Fernerhin sind die Führer mehrmals instruiert worden, gerade auf Urlaub Militär nicht anzuhalten, sondern zu melden. Von einem "System", einem Anzogenstein kam also ganz gewiß keine Rede sein. Also auch in dieser Beziehung hat Hüssener durchaus gegen die Instruktion gehandelt, ebenso wie gegen die Instruktion über die Behandlung Untergebenen werden fernhalten können. Zwar könnten auch Fälle vorkommen, in denen mildere Mittel nicht ausreichen und die Vorgesetzten ihren Befehlen mit Gewalt Geltung verschaffen müssen. Aber auch in den meisten solchen Fällen werde ein besserer Vorgesetzter durch ein behutsames Benehmen Insubordinationen der Untergebenen vermeiden können. Das ist also das direkte Gegenteil von dem, was vorhin von socialdemokratischer Seite ausgeführt worden ist. Diese ungeheuerliche That ist gewiß in hohem Maße zu bedauern, aber ich muß im Namen der Marine und der Armee auf das entschiedenste dagegen protestieren, daß solche Fälle generalisirt werden. (Beifall rechts.)

Abg. v. Normann (l.) protestiert dagegen, daß der Fall Hüssener verallgemeinert werde. Hüssener kann sich weder auf seine Instruktion noch auf seine militärische Erziehung zur Entschuldigung seiner That berufen, ihn wird die volle Strenge des Gesetzes treffen. Ich kann mir aber keinen Vorteil davon versprechen, wenn der Fall hier ausführlich erörtert wird.

Abg. Dreesbach (Soc.):

Eine Nacht nach der Tötung Hartmanns durch Hüssener wurde in Mannheim ein junger Mann durch einen Infanteristen mit dem Säbel bearbeitet und niedergestochen. Der junge Mann erlag einige Tage darauf seinen Verletzungen. Sie sehen also, Marine und Landheer sind einander wert, was die Exzesse betrifft. Man sagt, es ist ein vereinzelter Fall. Allerdings: hunderte und hundende solcher Fälle an einem Tage passieren heute noch nicht, wenn man aber alle einzelnen Fälle, die der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, zusammenstellt, so zeigt sich, daß es sich nicht um Einzelfälle sondern um eine große Summe von Totschlägen handelt. Und ich bin überzeugt, wenn nicht die Verunft bei den Zivilisten immer obflegte, wenn nicht jeder, der weiß, wie leicht man mit den Herren von zweierlei Tutz in Konflikt kommt, diesen Leuten von vornherein aus dem Wege gehen würde, dann würden noch viel mehr derartige Fälle vorkommen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — Daß im Dienstreglement den Leuten nicht vorgeschrieben wird, sofort mit dem Säbel dreinzuhauen, davon bin ich auch überzeugt, aber ich glaube doch, daß die exklusive Stellung, welche die Soldaten in unserem Vaterlande gegenüber dem Volke einnehmen, sie zur Ueberhebung verleitet. (Sehr richtig!) Wenn immer auf das besondere Ehrgefühl des Militärs hingewiesen wird, so fühlen sich diese jungen Leute verpflichtet, gegen jeden, der ihnen nicht die schuldige Ehrfurcht erweist, im Namen des Königs mit dem Säbel vorzugehen. Solche Fälle können nur vermieden werden, wenn das Waffentragen außerhalb des Dienstes überhaupt verboten wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Baßem (C.): Es wird mir versichert, daß heute schon vielfach die Vorschrift besteht, daß außer dem Dienst das Waffentragen verboten ist. Wenn das allgemein auch wirklich durchgeführt würde, so würden solche Fälle kaum mehr vorkommen. Es sollte auch dafür gesorgt werden, daß ungeeignete junge Leute schon in der Vorbereitungszeit aus der Armee entfernt werden. In diesem Falle ist es nach dem, was wir gehört haben, wohl klar, daß es sich nicht um einen sogenannten hoffnungsvollen jungen Mann handelte. (Sehr richtig!)

Damit schließt die Besprechung der Interpellation.

Es folgt die erste Beratung des Nachtrags-Etats, durch den zum Bau eines neuen Reichs-Marineamts 5 633 400 M. gefordert werden.

Abg. v. Waldow-Reichenfels (l.): Ich habe im Namen meiner Freunde zu erklären, daß wir gegen diese Forderung auch jetzt noch sehr schwere Bedenken haben, die sich für die Erweiterung im Pleum nicht eignen. Wir halten eine eingehende Kommissionsberatung für notwendig und ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Singer (Soc.):

Dem Antrage auf Kommissionsberatung schließe ich mich namens meiner Freunde an, halte aber doch eine Erörterung der Angelegenheit im Pleum für sehr angebracht. Ich bin zunächst der Ansicht, daß die Regierung die wesentlich günstigere Finanzierung des Projektes, von der die Begründung spricht, bei energischem Vorgehen von vornherein hätte erreichen können, andererseits aber kann ich nicht finden, daß es sich in der That um eine wesentlich günstigere Finanzierung handelt, die den Reichstag veranlassen könnte, nun sofort zuzugreifen. Die Ermäßigung des Kaufpreises für das Grundstück in der Bellevuestraße um 387 500 Mark kann bei einem Objekt von fast sechs Millionen doch nicht als besonderer Erfolg bezeichnet werden. Es ist auch ganz verfehlt, den Kauf in der Bellevuestraße mit dem Verkauf der marineschalischen Grundstücke in der Leipziger- und Bohlstraße an Siemens u. Halske zu verknüpfen und auf der einen Seite zu viel zu zahlen, weil angeblich der Verkauf dieser Grundstücke ein besonders günstiger sei. Auch diese Behauptung ist aber keineswegs zutreffend. Wenn auch das Angebot von Siemens u. Halske von 3 220 000 M. auf 4 533 400 M. erhöht ist, so müssen wir andererseits für die bis jetzt mietfreien Dienstgebäude bis zum 30. April 1907 eine jährliche Miete von 180 000 M. zahlen. Ich habe noch einen besonderen Grund, der es mir wünschenswert erscheinen läßt, die Sache in der Budgetkommission eingehend zu beraten. Ich möchte den Inhalt der in dieser Sache abgeschlossenen Verträge kennen lernen und zwar bin ich dazu geführt durch folgende Umstände. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ hat sich in einem angeblichen Dementi gegen Aeußerungen gewandt, die ich gelegentlich der Etatsforderung für den Neubau des Reichs-Marine-Amtes gethan habe. Ich hatte darauf hingewiesen, daß der Stadt Berlin durch kaiserliche Order die Genehmigung zum Bau von Untergrund-Bahnlinien erteilt worden wäre, die der Firma Siemens u. Halske zugedacht worden seien. Vielleicht wäre an Stelle des Ausdrucks kaiserliche Order das Wort kaiserliche Zusage noch korrekter gewesen, aber in der Sache halte ich alle meine Behauptungen aufrecht. Es hat sich ja später anlässlich des Dementis eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem „Vorwärts“ und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ entwickelt, aus der ich bitte, einige Sätze verlesen zu dürfen zum Beweise dafür, daß Verleumdungen, die die Stadt Berlin im öffentlichen Interesse machen wollte, durch das Polizeipräsidium, den Minister für öffentliche Arbeiten und durch direktes kaiserliches Eingreifen im Interesse von privaten Aktien-gesellschaften verhindert worden sind. (Hört! hört!) bei den Socialdemokraten.) Der „Vorwärts“ hat die amtlichen Aktenstücke veröffentlicht, die seitens des Polizeipräsidiums an den Magistrat in Berlin ergangen sind: Ein Erlaß des Polizeipräsidiums an den Magistrat vom 18. Juli 1900, unterzeichnet v. Windheim, lehnt die Zustimmung zu dem vom Magistrat in Aussicht genommenen Projekt einer Unterpflasterbahn vom Potsdamer Platz nach dem Innern der Stadt ab mit der Motivierung, daß diese Linie im Anschluß an die

Siemenssche Hochbahn gebaut werden müsse. Darin spricht sich klar und deutlich aus, daß von der entscheidenden Stelle zuliebe der Gesellschaft Siemens u. Halske die städtische Konkurrenz aus dem Felde geschlagen worden ist. Meine damaligen Andeutungen werden durch das amtliche Aktenstück auf das deutlichste erwiesen. Dieser Erlaß ist ergangen auf Anordnung der höheren Instanz und wie ich überzeugt bin, durch das persönliche Eingreifen des Kaisers. Es ist auch in Berlin ein offenes Geheimnis, daß der Kaiser, als er in Potsdam die Siemens u. Halsksche Untergrundbahn besichtigte, dem dortigen Vertreter die Zusage gegeben hat, für Berlin die Konzession zu einer Untergrundbahn zu erteilen. (Hört! hört!) bei den Socialdemokraten.) In einem weiteren Erlaße bezieht der Polizeipräsident es als dringend erwünscht, daß die Firma Siemens u. Halske die Unterpflasterbahn vom Potsdamer Platz sowohl nach dem Spittelmarkt wie nach dem Bahnhof Friedrichstraße und nach dem Steintor Bahnhof baut, und daß die seitens der Stadt geplanten Linien vertagt würden.

Nicht nur diese Gesellschaft, sondern auch die Große Berliner Straßenbahn erfreut sich ja des besonderen Wohlwollens der staatlichen Aufsichtsbehörden. Der Polizeipräsident von Berlin hat, ohne die städtischen Behörden auch nur mit einem Worte in Kenntnis zu setzen, den Vertrag der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft mit der Stadt, soweit die staatliche Konzession in Frage kommt, um dreißig Jahre verlängert! In einem Schreiben an den Magistrat vom 17. Mai 1900 teilte dann das Polizeipräsidium ganz einfach mit, daß die betreffenden Zeitungsnachrichten zutreffend seien. (Hört! hört!) bei den Socialdemokraten.) Weiterhin wurde die Stadt Berlin überrascht durch ein Schreiben des Polizeipräsidenten (Jurist bei den National Liberalen: Das gehört nicht hierher!) — das gehört schon deswegen hierher, weil ich aus Anlaß einer Rede, die ich zu diesem Gegenstand gehalten habe, von einem öffentlichen Organ in der heftigsten Weise angegriffen worden bin — durch ein Schreiben des Polizeipräsidenten, wonach der Kaiser für die Große Berliner Straßenbahn den unwirtschaftlichen Accumulatoren-Betrieb durch die unmittelbare Stromzuführung zu ersetzen angeordnet hat. Für eine solche Aktiengesellschaft mag ja diese kaiserliche Fürsorge für ihre wirtschaftliche Existenz sehr erfreulich sein. Wir wissen ja auch weiter, daß die Große Berliner Straßenbahn dafür, daß sie im Tiergarten überall die Erlaubnis zur Stromzuführung durch Oberleitung bekommen hat, eine Anzahl von Marmorgruppen am Großen Stern errichten will —

Vizepräsident Graf Stolberg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich möchte bitten, die Person Sr. Majestät des Kaisers nicht in diese Frage hineinzuziehen, soweit es sich nicht um amtlich konstatierte Thatsachen handelt. (Bravo! rechts.) Sobald es sich um solche handelt, würde ich Ihnen dies erlauben können, aber ich muß bitten, nicht auf Vermutungen, nicht auf indirekte Beweisführungen hin die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (fortfahrend): Ich bin gern bereit, diesem Wunsche zu folgen. Es ist aber amtlich festgestellt, daß die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, dem Wunsche des Kaisers, folgend, den Großen Stern mit Marmorfiguren ausschmückt, weil sie dort Oberleitung bekommen hat.

Nach allem, was ich ausgeführt habe, werden Sie meinen Wunsch begreiflich finden, daß wir die in dieser Sache abgeschlossenen Verträge in der Richtung prüfen können, ob nicht Dinge darin stecken, die zu Bedenken Anlaß geben, die öffentlichen Institutionen schädigen. Deswegen halte ich die Beratung dieser Vorlage in der Budgetkommission für notwendig.

Die Gründe, die früher gegen den Ankauf des Grundstückes in der Bellevuestraße angeführt worden sind, sind in der Vorlage mit keinem Worte erwähnt worden. Ein großer Teil der Kommission hielt ja einen Platz am Rollendockplatz für sehr geeignet. Auch an der Königgräberstraße, wo jetzt in außerordentlich verschwenderischer Weise große Gärten für die Reichsämter vorhanden sind, lämen Bauplätze in Frage. Jedenfalls aber darf man den Nutzen, den man aus dem guten Verlauf der bisherigen Dienstgebäude des Reichs-Marine-Amtes erzielt, nicht nur so verwenden, daß man noch eine Million hinzuzahlen muß, sondern man muß den Neubau einschließlich des Bauplatzes aus dem Erlöse der beiden Häuser bestreiten. Es ist ja auch bereits aus dem Terrain der bisherigen Hochschule für Kunst an der Potsdamerstraße hingewiesen worden. Ich erlaube die Herren dringend, sich nicht durch den an sich guten Verkaufspreis blenden zu lassen und nun an anderer Stelle einen sehr teuren Bauplatz zu erwerben, ein Verfahren, das allen wirtschaftlichen Grundsätzen ins Gesicht schlägt und bei der jetzigen Finanzlage besonders bedenklich sein würde. Ich hoffe, daß die Budgetkommission möglichst einstimmig die Ablehnung dieses Projektes vorschlagen wird. Das Reichs-Marineamt ist eine Reihe von Jahren noch sicher in seinen bisherigen Gebäuden. Es bleibt ihm noch viel Zeit, sich nach einem passenden Bauplatz umzusehen. Man braucht keine Million wegzuwenden, um an der Bellevuestraße auf dem neuesten Terrain Berlins einen Marinepalast zu erbauen. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Bindewald (Antif.):

Die Bellevuestraße ist ungefahr die teuerste in ganz Berlin, und es besteht kein Grund, den Bau gerade dort zu errichten. Daß das neue Projekt finanziell günstiger für uns sein soll, ist ganz ohne Beweis geblieben. Das, was die Gesellschaft mehr an uns zahlt, müssen wir auf der andern Seite mehr bezahlen. Das Terrain ist um zwei Millionen zu teuer. Ein Haus, das in der Bellevuestraße gekauft werden soll, gehört dem Bankier Cohn, der vor sechs Jahren eine halbe Million dafür zahlte. Vor drei Jahren wurden ihm bereits 900 000 M. dafür geboten. Das Haus steht leer; es wirt keinen Pfennig Miete ab und doch scheint es ein gutes Geschäft zu sein. Ich sehe nicht ein, weshalb wir das Reichsgeld den Juden in der Bellevuestraße an den Hals werfen sollen. (Gelächter links.) Da sollten wir doch lieber unfre deutschen Stammesbrüder damit unterstützen. (Erneutes Gelächter.) Die „Staatsbürger-Ztg.“ (Gelächter) — die „Staatsbürger-Ztg.“ ist ein ebenso gutes Blatt wie der „Vorwärts“ — (Erneutes Gelächter) behauptet, daß zwischen der Firma Siemens u. Halske und der Firma Wertheim ein geheimes Abkommen besteht, daß Siemens u. Halske nur als Verkäufer für den Vampyr Wertheim fungiert, der auch auf den stillen Leipziger Platz kommen will. Wertheim ruiniert jährlich Tausende von selbständigen Existenzen, sollen wir ihn noch mit Reichsmitteln unterstützen? Ich bitte den Staatssekretär, in dem Vertrag mit Siemens u. Halske ausdrücklich zu bestimmen, daß das alte Reichs-Marine-Amt nicht an Wertheim verkauft werden darf. Das Reich darf nicht dazu beitragen, daß Wertheim seine fangarme noch weiter ausstreckt. Das Centrum und die Konservativen wollen den Mittelstand schützen. Ich warne sie, dem Projekt des Reichs-Marineamtes ihre Zustimmung zu geben. Eine Kommissionsberatung ist ganz überflüssig; die Vorlage sollte ohne weiteres vom Pleum abgelehnt werden. (Beifall bei den Antisemiten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Die Meinung der Abg. Singer und Bindewald, daß das jetzige Projekt nicht günstiger sei als das vorige, ist unrichtig. Die Bellevuestraße gehört keineswegs zu den teuersten Gegenden. Die Kontrakte länger hinauszuziehen, war uns nicht möglich. Fällt das Projekt, so wird der Reichstag in nächsten Jahr mehr bezahlen müssen, denn unser altes Dienstgebäude werden wir zu dem jetzt angebotenen hohen Preise nicht mehr veräußern können.

Abg. Graf v. Oriola (natl.): Da eine nochmalige Beratung in der Budgetkommission gewünscht wird, wollen wir nichts dagegen einwenden. Im Gegensatz zu dem Vorredner stehen wir dem Projekt günstig gegenüber. Reichs-Schatzsekretär Freiherr v. Thielmann empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Wird sie abgelehnt, so kann sich die Untergrundbahn einen Weg rechts oder links wählen. Hat aber die Untergrundbahn einen andern Weg gewählt, dann ist von einem so hohen Verkaufspreis des alten Dienstgebäudes nicht mehr die Rede. Das müssen Sie bei Ihrer Entscheidung berücksichtigen.

Abg. Müller-Zulda (C.): Der Nachtragsetat erscheint uns sehr überflüssig. Die Marineverwaltung scheint zu glauben, die Millionen seien für sie allein da. Wir haben auch gegen das neue Projekt die schwersten Bedenken. Die Vorschläge der Budgetkommission sind in keiner Weise berücksichtigt worden. Dort ist angeregt worden, die beiden Grundstücke gegeneinander auszutauschen oder fiskalische Grundstücke für den Bau auszumieten. Ganz besonders bedenklich erscheint es mir, die noch fehlenden 1 100 000 Mark aus einer besonderen Anleihe zu deducen. Wir können doch zu den vielen Anleihen nicht noch einen besonderen Marinefonds häufen. Wenn ich mich auch den Gründen des Abg. Bindewald nicht anschließe, so halte ich auch eine Kommissionsberatung für unnötig. Im Interesse des läuten Reichstages liegt das abgeklärte Verfahren. Aber da die Kommission von den Konservativen und Socialdemokraten verlangt worden ist, will ich mich nicht widerlegen. (Beifall.)

Abg. Tiedemann (Sp.): Der jetzige Zustand für die Reichs-Marineverwaltung ist absolut untraglich, und nachdem die Differenz zwischen den Verläufen an die Untergrundbahn und dem Kauf in der Bellevuestraße auf 1 Million ermäßigt ist, sollte man dem Projekte zustimmen.

Abg. Singer (Soc.): Die Budgetkommission kam die Vorlage morgen beraten, und Montag kam dann bereits der Reichstag seinen Beschluß fassen. Ich freue mich, daß Herr Müller-Zulda mit mir in der Beurteilung der Vorlage einverstanden ist; wenn aber das Reichs-Marine-Amt überhaupt mit so hohen Forderungen kommt, so ist das wesentlich Schuld des Centrums, das früher allen marinitischen Forderungen so außerordentlich entgegengekommen ist. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Ich hoffe, daß die entschiedene Haltung, die Herr Müller-Zulda soeben gegen die Forderung des Marine-Amtes eingenommen hat, bei seinen Freunden auch nach den Wahlen vorhalten wird. — Die Behauptung des Herrn v. Thielmann, daß Siemens u. Halske nicht gezwungen wären, die marineschalischen Grundstücke zu kaufen, beruht auf einem Irrtum. Der Besitzer des einen Hauses hat es rundweg abgelehnt, sein Grundstück zu veräußern und das Grundstück auf der andern Seite ist bereits von der Firma Wertheim angekauft. Die Gesellschaft für Untergrundbahnen ist gewiß sehr patriotisch, aber soweit geht ihr Patriotismus sicher nicht, daß sie nur um der schönen Augen des Reichs-Marineamts willen den hohen Preis zahlt, sie thut das eben nur, weil sie es muß. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Bindewald (Antif.) richtet erneut die Anfrage an den Staatssekretär, ob die Behauptung der „Staatsbürger-Zeitung“ richtig sei, daß das Reichs-Marineamt vor dem geheimen Vertrage, der zwischen der Firma Siemens u. Halske und der Firma Wertheim abgeschlossen sein soll, Kenntnis habe. Gebe der Staatssekretär keine Antwort, so müsse er zu seinem Bedauern annehmen, daß das Reichs-Marineamt vielleicht gegen seinen Willen, aber thatsächlich der Ausbreitung des Warenhauses Wertheim Vorschub leiste und den Mittelstand dadurch schädige.

Staatssekretär v. Tirpitz: Ich habe heute das erste Mal von diesem angeblichen Geheimvertrage gehört. Dem Reichs-Marineamt ist davon absolut nichts bekannt.

Abg. Müller-Zulda (C.): Der Abg. Singer hat in seiner Polemik gegen mich behauptet, daß es gerade der Thätigkeit meiner politischen Freunde zu verdanken sei, daß die Marine-Ausgaben so gewachsen sind. Ich stelle dem gegenüber fest, daß alle Abstriche beim Marine-Etat fast ausschließlich von meinen politischen Freunden beantragt worden sind und daß sich die Socialdemokraten unseren Anträgen nur angeschlossen haben. Wenn sich die Socialdemokraten vielleicht darauf berufen sollten, daß sie am Ende der Etatsberatung gegen den ganzen Etat stimmen, so wäre das nur eine lägliche Ausflucht. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, daß erst neulich der Abg. Singer als Referent in der Budgetkommission die Ausgaben für die Ausstellung in St. Louis zu bewilligen beantragt hat. (Abg. Stadthagen ruft: Ausstellung ist doch keine Marine!) Weiterleit.) Wir können nicht im einzelnen Ausgaben bewilligen und dann gegen den ganzen Etat stimmen. Zu solchen Komödiantenspielen geben wir uns nicht her. Was nötig ist, bewilligen wir. (Beifall im Centrum.)

Abg. Singer (Soc.): Der Unterschied zwischen uns und den Freunden des Herrn Müller-Zulda ist der, daß wir gegen sämtliche Militär- und Marineforderungen stimmen, das Centrum aber sich rümt, daß es von Hunderten von Millionen ein paar Millionen abgestrichen hat. Wenn ich als Referent für die Ausgaben für die Weltausstellung in St. Louis eingetreten bin, so entspricht das unserm Grundsatze, im einzelnen für alle Kulturaufgaben zu stimmen. In der That wünschen wir, daß Deutschland an einem Weltkampf der Völker teilnimmt, der endlich einmal nicht mit Kanonen geführt wird. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Herr Müller-Zulda hat für die letzte große Flottenvorlage gestimmt, obwohl er vorher eine Broschüre dagegen veröffentlicht hat. Herr Lieber hat sich selbst als blamierter Europäer bezeichnet, weil die Marineverwaltung das nicht gehalten hat, was er anscheinlich sich verpflichtet fühlte. Man kann es daher verstehen, daß das Centrum, das so viele Millionen bewilligt hat, sich jetzt mit den kleinen Abstrichen brüftet. In der Zustimmung zum Budget erblicken wir ein Vertrauensvotum für die Regierung und weil die heutige Regierung alles weniger verdient als Vertrauen, stimmen wir dagegen. Wenn Sie die Auswüchse des Militarismus wirklich bekämpfen wollten, müßten Sie das Budget auch vertweigern und die Regierung zwingen, einen andern Weg einzuschlagen. Ich begreife es, daß das Centrum vor Thores-schlus den Wunsch hat, seinen Wählern zu sagen: Wir sind doch nicht so schlecht, als Ihr glaubt, denn gerade das Centrum hat sehr viel auf dem Kerbholz. Mit der Legende der Budgetverweigerung werden Sie uns aber bei unseren Wählern nicht schaden können. In der Sache selbst hoffe ich, daß das Centrum fest bleiben und mit uns den Nachtrags-Etat ablehnen wird. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Bindewald (Antif.): Wenn auch dem Reichs-Marineamt von einem solchen Geheimvertrage nichts bekannt ist, so beweist das noch nicht, daß ein solcher Vertrag zwischen Siemens u. Halske und Wertheim überhaupt nicht existiert.

Abg. Müller-Zulda (C.): Aus dem stenographischen Bericht ist zu ersehen, daß ich bei der namentlichen Abstimmung gegen das Flottengesetz von 1898 gestimmt habe und zwar stimmte ich dagegen aus dem in meiner Broschüre angegebenen Grunde wegen der etatsrechtlichen Bindung; nachdem diese durch meinen Einfluß im Jahre 1900 aus dem Flottengesetz wieder herausgebracht war, habe ich 1900 für das Flottengesetz gestimmt.

Damit ist die erste Beratung beendet, der Nachtrags-Etat wird der Budgetkommission überwiesen. (Beifällige Rufe: Vertagen! Vertagen!)

Präsident Graf Balkeström: Diese mehr oder weniger unartikulierten Laute (Heiterkeit) würde ich für einen Antrag auf Vertagung ansehen, wenn die Geschäftsordnung einen solchen Antrag in dieser Form kannte.

Abg. Singer (Soc.) beantragt nunmehr die Vertagung. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Krankenkassen-Kobelle.)

Witterungsbericht vom 24. April 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 7 U. = 4 U.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 7 U. = 4 U.
Strombe	743	SW	3	bedekt	11	Daparanda	761	G	2	Rebe	—
Hamburg	741	SW	4	Regen	6	Berensburg	763	D	2	bedekt	10
Berlin	744	SW	3	bedekt	9	Cork	750	SW	3	wolkenl	6
Konstanz	747	SW	2	bedekt	4	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	750	SW	5	bedekt	5	Paris	752	SW	2	bedekt	5
Wien	749	SW	1	bedekt	9						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 25. April 1903.

Etwas kühler, zeitweise aufklarend, aber sehr veränderlich mit geringen Niederschlägen und lebhaften südwestlichen Winden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 28. April 1903, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

Jalousie-Arbeiter

in der Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 7). Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil. (Thema wird in der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Diskussion. 3. Bericht des Obmanns über die gegenwärtige Stellung des Lohnsatzes. 4. Branchen- u. Verbands-Angelegenheiten sowie Stellung zum 1. Mai. Dem Wünsche aller Kollegen entsprechend, tagt diese Versammlung in einem der größten Räume des Gewerkschaftshauses, 600-700 Personen fassend. Es ist daher notwendig, daß jeder in dieser Branche beschäftigte Kollege ersicht und für den guten Besuch dieser Versammlung sorgen hilft. **Frauen haben ebenfalls Zutritt.** Der Obmann.

Achtung! Bilderrahmenmacher. Achtung!

Montag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Stramm, Ritterstr. 123:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum 1. Mai. 2. Berufs-Differenzen. Ein fröhliches Erscheinen der Kollegen ist notwendig, da die Versammlung pünktlich eröffnet wird. 81/8 Der Obmann.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend werden von 8-10 Uhr in sämtlichen hiesigen Werkstätten Beiträge entgegengenommen und in Weihenstephan, König-Chaussee 55:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gewerkschafts-Inspektors Dr. Fischer über: „Arbeiter-Schutz-Gesetz“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht pünktlich zu erscheinen. Montag, den 27. d. M., abends 8 Uhr. Gr. Frankfurterstr. 117:

Versammlung

für alle in der Möbelpoliererei beschäftigten Personen. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Gewerbe-Inspektors Dr. Fischer über: „Arbeiter-Schutz-Gesetz“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen. Die Mitglieder erhalten dabei den gedruckten Bericht vom 1. Quartal. 146/2 Der Vorstand.

Mittwoch, den 29. d. M.:

Vorstands-Sitzung.

Freitag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr. Gr. Frankfurterstr. 117:

Oeffentliche Versammlung der Möbelpolierer.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Gustav Reiter über: „Die Bedeutung des 1. Mai“ unter Mitwirkung des Gesangsvereins der Möbelpolierer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen erwünscht. Der Einberufer.

Treibriemen-Sattler.

Sonntag, den 26. April 1903, vormittags 10 Uhr, in den Armia-Hallen, Kommandantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: Der Stand unserer Lohnbewegung. Verschiedenes. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung arbeitsend zu sein. Die Branchenleitung. 157/1 S. W. Karl Seiber.

Achtung! Radfahrer u. Radkäufer, Achtung!

Montag, den 27. April 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Patt, Dragonerstr. 15:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Was soll jeder Radfahrer und Radkäufer der Berliner Einkaufs-Genossenschaft anhängen? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 100/20 Alle Interessierten sind hierzu eingeladen. Die Geschäftsstelle, Marzlinstr. 19.

Metallarbeiter Rummelsburgs!

Sonntag, den 26. April 1903, nachmittags 2 Uhr: im Lokal des Herrn Kuhn, Hauptstr. 4:

Oeffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Mißstände in den hiesigen Fabriken und insbesondere die Erklärung der Arbeiter der hiesigen Plombenfabrik von Zuhl. Referent: Kollege Paul Pawlowitsch. 115/20 2. Diskussion. Der Einberufer.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse

d. deutschen Drechsler u. deren Berufsg.

(E. S. 86 Hamburg.)

Mitgliederversammlungen

finden statt: Bezirk A.: am Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr bei Rowad, Wanteuffelstr. 9. Bezirk B.: am Sonntag, den 26. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Hütte“, Stallstr. 30-31. Bezirk C.: am Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, Lindenstr. 69 bei Augustin. Bezirk D.: am Montag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr bei Günzel, Rosenthalerstr. 57. Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vierteljähriger Jahresbericht vom I. Quartal 1903. 3. Verschiedenes. Die Hoffstellen, in denen an jedem Sonntagabend neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufgenommen werden, befinden sich: Raumstr. 79 bei Grundmann, kleine Andreastr. 15 im Restaurant, Reichenbergerstr. 29 bei Schmidt, Stallstr. 69 bei Liebrand, Rosenerstr. 45 bei Schäfer, Alte Falschstr. 69 bei Lena, Wallstr. 11 bei Raddach, Georgenkirchstr. 25 bei Hilde, Salingenstr. 43 bei Trach. Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. - Fernsprecher Amt VII, 353.

115/2

Sonntag, den 26. April 1903, vormittags 10 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:

Grosse Klempner-Versammlung.

Tages-Ordnung: Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Die Vorschläge der Arbeitgeber und unsere Stellungnahme hierzu. Referent: Cohen.

Kollegen! Es haben am Donnerstagabend Verhandlungen der beiden Kommissionen stattgefunden. Es ist notwendig, das Resultat dieser Verhandlungen den Kollegen zu unterbreiten und die Meinung der Kollegen zu hören. Wir erwarten auf das bestimmteste, daß jeder Kollege zur Stelle ist.

Die Meister sind zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen. Die Ortsverwaltung. 115/10*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.

Die Stichwahl zum Verbandstag

findet am Sonntag, den 26. April, statt und zwar in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr.

Gewählt wird in folgenden Lokalen: S. 80.: Gewerkschaftshaus, Saal 1. W. (Zühneberg): D. Kunte, Bilowstr. 59. NW. (Moabit): Kronenbrennerei, Alt-Moabit 47. O.: F. Klein, Gr. Frankfurterstr. 133. N.: A. Abendroth, Dohstr. 42/43; A. Bertram, Schwedterstr. 23; S. Raabe, Kolbergerstr. 21. O. (Zühneberg): C. Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18. Weihenstephan: D. Schmitz, König-Chaussee 38. Charlottenburg: Bollhaus, Postenstr. 3. Steglitz: F. Schellhase, Hornstr. 15a. Nixdorf: C. Reeder, Steinwegstr. 113. Spandau: F. Böhle (vorm. Radite), Reumellstr. 5. Die Stimmzettel werden an den Eingängen zu den Wahllokalen verteilt. Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Die Vertrauensleute haben unter allen Umständen den Mitgliedern die Bücher auszubändigen. Die Ortsverwaltung. 115/17*

Stukkateure!

Die Sammlung zur Füllung unseres Streikfonds, für welchen jeder arbeitende Stukkateur 50 Pfennig pro Tag beizutragen hat, wird in der Weise erfolgen, daß von jeder Werkstätte resp. jedem Bau ein Delegierter Listen empfängt, auf welche die Beiträge verzeichnet werden. Es muß die Ablieferung des Geldes am Sonntagabend, spätestens am Montagabend erfolgen, wofür der Ueberbringer die Anzahl der zu liegenden Streitmärken empfängt und dieselben zum Einkleben ins Verbandsbuch an jeden abliefern. Kollegen! Zeigt, daß es Euch ernst mit unserem Vorgehen ist, indem Ihr Euch regelmäßig an den Sammlungen beteiligt. 173/15 Die Streikkommission.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Die Rabby-Spanner stehen seit Montag, den 6. d. Mts., in einer Lohnbewegung. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern haben zu keinem Resultat geführt, ja man mutete uns sogar eine beträchtliche Lohnreduzierung zu. Wir haben zur Kontrolle rote Legitimationskarten ausgegeben. Jeder Rabby-Spanner, der zu den neuen Bedingungen arbeitet, muß im Besitz einer solchen Karte sein. Wir ersuchen unsere übrigen Kollegen im Baugewerbe, uns zu unterstützen und auf jeder Arbeitstätte, wo Rabby-Spanner beschäftigt sind, diese zu kontrollieren und sie nach der roten Karte zu fragen. In Fällen, wo Rabby-Spanner ohne diese Karte angetroffen werden, wolle man uns unverzüglich Mitteilung davon zugehen lassen. Bewilligt haben folgende Firmen: C. Schultze, A. Krauss, Bräuer, P. Zöllner & Co. Wagenknecht, Ehlert, Schmidt & Weimar, Czarikow, Wittenbecher, Neugebauer & Schybilski, Hoffmann, Fischer, Lünzel, Hauer, Liebig, Weissgerber & Rettig, Günther & Sollwedel, Knauer, Düsing & Knauer. Die Firma Barth & Schade hat ihre Bewilligung zurückgezogen, mithin für organisierte Spanner gesperrt. Hoch die Solidarität! Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. 34/7 Die Verbandsleitung Berlin und Umgegend.

Erklärung. Achtung, Buchdrucker! Erklärung.

Ich fühle mich veranlaßt, um weiteren Unwahrheiten vorzubeugen, Nachstehendes zu erklären. Zunächst bemerke ich ausdrücklich, daß bei mir noch nie vor nur Verbandsmitglieder und organisierte Arbeiter beschäftigt werden. Die Entlassung eines bei mir beschäftigt gewesenen Hilfsarbeiters ist erstens nicht plötzlich erfolgt, denn ich habe mich über dessen Betragen bei dem Vorstande der Buchdrucker-Hilfsarbeiter nicht nur öfter verständig, sondern sogar am 12. Februar 1903 bei demselben schriftlich beklagt und in meinem Schreiben bemerkt, daß in Zukunft solche Ungehörigkeiten sofortige Entlassung zur Folge haben. Fürs zweite hat derselbe sich nicht nur die größten Ungehörlichkeiten zu Schulden kommen lassen, sondern hat auch seine eigenen Kollegen gegeneinander aufgerebet. Außerdem hat der Betreffende an dem Entlassungstage seinen Lohn für 14 Tage im voraus bekommen, so daß er an dem Tage 78,10 M. für drei Wochen ausgezahlt bekam. Außerdem ist nicht der Vorstand, sondern nur ein Mitglied des Vorstandes der Buchdrucker-Hilfsarbeiter bei mir gewesen. Die Hilfsarbeiter haben bei mir einen Wochenlohn von 25 bis 30 M. und 23, 30/1, 50 und 75 Brog. Ausschlag für Ueberstunden, außerdem einen anständigen Weihnachtsgeld und andere Vergünstigungen. Ferner teile ich mit, daß der Vorstand einer anderen streng organisierten Vereinigung bei mir gewesen, die Angelegenheit geprüft und keine Maßregelung, sondern eine vollkommen gerechtfertigte Entlassung gefunden hat und mich darauf sogar gebeten, bei Gebrauch von Arbeitskräften keine Denunziation zu berücksichtigen. Ich habe meinen Kunden gegenüber Verpflichtungen, tabellarische Ware zu liefern, wenn ich, mich aber auf jemand nicht verlassen kann, so kann ich ihn nicht gebrauchen, denn ein jeder Mensch hat seine Rechte, aber auch seine Pflichten. 865/0 Paul Sauer, Berliner Buchdruckwalzen-Giechankalt und Walzenmassefabrik, Dantestr. 172. Robert Spremberg, Georg Schulze, Verbandsmitglied; Bruno Herzberg, Willy Spremberg, Mitgl. d. organ. Hausdiener. Hiermit bezeuge ich nach genauer Prüfung, daß bei Herrn Paul Sauer keine Maßregelung, sondern eine gerechtfertigte Entlassung vorliegt. Joh. Schmidt, 2. Vorl. der Hausdiener-, Badler- u. Geschäftskutcher-Vereinigung Berl. u. Umgegend, Kl. Kanstr. 10, 1.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme

Inhaber: Hermann Peter. Grünau No. 39. Empfehle mein altes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Wasserpumpe und Dampfheizung, Regelmäßige, große Kaffeehäuser. Zäle, Parken, großer schattiger Garten. 2000 Personen fassend. 12192*

Patent-Verwertung, Finanzierung, Anmelde- u. Pat. u. Gebrauchsmark. zum Selbstkostenpreis bei Karl-Ing. 4. Bernert, Anfertigung von Zeichnungen. Wolters & Co., W., Potsdamer Straße 123. Kunststoffe und Kaffeehäuser. 12192*

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.

Sonntagmittag 1 Uhr: Tempelhofer Feld, Altes Eisenbahnhaus, nach Parfensfelde bei Dittmann. 12192

Reste

Spezialität für elegante Herrenanzüge, Paletots, Kinder-Anzüge usw. Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland, Berlin C., Rofstr. 2. Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11.

Robert Tismer, Nieder-Schöneweide.

Näheres bei H. Hartebeck, Berlin, Mühlentstr. 67a, und bei G. Barck, Braunsburger Ufer, Telefon 7a, 637a. 689/2

Cigarren 8195*

Sturm und Unwetter gelitten, verlaufe bodentreu unter Preis. Wichtig für Händler! S. Glaser, Invaliden-Strasse, Ecke Eichendorff-Str.

Robert Tismer, Nieder-Schöneweide.

Näheres bei H. Hartebeck, Berlin, Mühlentstr. 67a, und bei G. Barck, Braunsburger Ufer, Telefon 7a, 637a. 689/2

Allen Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Tischler August Krosche am 23. April am Herzschlag gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, auf dem Emmaus-Friedhof statt. 1345/2 Um stille Teilnahme bittet Frau Auguste Krosche.

Tischler-Verein zu Berlin E. H. No. 80. Unser Mitglied 198/18 August Krosche ist am Donnerstag nach längerem Leiden gestorben. Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, auf dem Emmaus-Friedhof statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand. 198/18

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Am Mittwoch, den 22. d. Mts., verstarb unser langjähriges Mitglied, der Gasarbeiter Adolf Guhn. 247/0 Ihre feinen Kondolenzen! Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags um 3 1/2 Uhr, beim Trauerhause, Panitzschstr. 45a, nach dem neuen Pauls-Kirchhofe (Beitrag) statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Dachdecker Deutschlands „Einigkeit“. Versammlung am Sonntag, den 26. April 1903, vormittags 11 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11. Tages-Ordnung: 1. Würdigung vom I. Quartal 1903. 2. Bericht über den Stand der Angelegenheiten. 54/7 Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter. (Ortsverwaltung Berlin C.) Mitglieder-Versammlung am Montag, den 27. April 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Habel, Bergmannstraße 5-7. Tages-Ordnung: 1. Kassenericht vom I. Quart. 1903. 2. Bericht über den Stand der Angelegenheiten. 189/1 Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes in der Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Damen-Saccos, Capes, Blusen, Röcke
billiger als in jeder Fabrik.
Kleider
Kostümen, Damen-Häuteln, Mädchen- u. Knaben-Sachen.
Oranien-
Oskar Basch, strasse 202, pt.

BRENNABOR

100 km-Meisterschaft der Welt
Grand Prix de la République
Meisterschaft von Russland
Meisterschaft von Bayern



100 km-Meisterschaft von Europa
10 km-Meisterschaft von Europa
Grosser Preis von Deutschland
Meisterschaft von Holland

und andre grosse Rennen wurden auf Brennabor gewonnen.
Zweiggeschäft: **BERLIN W., Kronenstrasse 11.**

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Merkules tragen. Klein-Verkauf. Sehr starke Ware in prachtvollen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Appnähte. Qualitative Pilot-Taschen. Große Hüden umsonst. Die Hufe

bei Entnahme von 4 Mk. 50

Schilblaus Monteur-Jacke 1 R. 90
Schilblaus Monteur-Hose 1 R. 50
Schilblaus Monteur-Jacke Prima Röper-Gewebe 2 R. 50
Schilblaus Monteur-Hose Prima Röper-Gewebe 2 R. 10
Wandhosen-Jacke 2,50, 3,25, 4,25, 5 R. 50
Geflügel-Rohkost-Jacke 14.- 9.-
Weiße Freizeid-Jacke 3,50, 2 R. 75
Kombi-Rohkost, Dreifach, 4,25, 3 R. —
Wald-Rohkost 3.-, 2,50, 2 R. —
Kocher-Rohkost (braun) 3.-, 2 R. 40
Weiße Lederhose 7,50, 3 R. 75
Wandhosen, fest u. schön, 3.-, 1 R. 75
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Charfstr. 24a, 25. Brüderstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 21. Preisliste 1903 wird kostenlos und portofrei zugelandt. Bei Bestellung von Hosen ist die Handweite und die Schrittlänge, bei Jacken und Mänteln die Brustweite anzugeben. 10272
— Versand von 20 R. an franco. —

Reisszeuge
und einzelne Teile derselben sind in hervorragender Ausw. erhältlich in dem

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Reisszeugfabrik

Probieren geht über Studieren.

Durch jahrelange Versuche habe ich es erreicht, Modelle für normale sowie anormale Menschen aufzustellen, wodurch ich in der Lage bin

Garderobe

für jede Figur passend herzustellen und solche in großer Auswahl zu billigen, aber festen Preisen zum Verkauf zu bringen.

Zur Frühjahr- u. Sommer-Saison empfehle ich:

Jackett-Anzüge

von streng modern gemusterten Stoffen, dicker, vornehmer Form mit senkrechten und geraden Falten 17,50, 20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 Mark.

Jackett-Anzüge

ein- und zweifelhige Form, von Cheviot, schwarz oder blau, 20, 25, 30, 35, 40 und 45 Mark.

Jackett-Anzüge

von schwarzem Sammet, ein- und zweifelhige Form, 20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 Mark.

Beinkleider

schwarz oder farblos gestreift, eleganter vornehmer Schnitt u. gute Passform 3,50, 4,50, 5, 6, 7, 8, 9 bis 18 Mark.

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe.
Berlin SO., Potsdam,
Oranienstrasse 166. Nauenerstrasse 23.

Illustr. Katalog versende nach auswärts gratis und franco.

Vorläufige Jackett-Anzüge und Beinkleider verkaufe ich, um schnell damit zu räumen, zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen wie folgt: Anzug 15 u. 20 Mark, Beinkleid 6 Mark.



Hüte! Herrenhüte von 1,50 an
Knabenhüte „ 0,75 „

Großtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres. Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen. Mähen. Strawatten. 7812

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stallherstraße.

Umsonst und portofrei versenden wir an Jedermann unseren Haupt-Preiskatalog, Aus- und Silberwaren, Pfeifen, Sensen, Haushaltartikel, sowie vielen Neuheiten. 141/3 *

Fabrikmarke



Rotköppchen.

Silberstahl-Rasiermesser No. 30, fein hohl geschliffen, fertig zum Gebrauch, mit Etuis per Stück 1,50 Mark.

Um nun Jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit unserer Waren zu überzeugen, versenden wir obiges Rasiermesser, unter 5-jähriger Garantie, 30 Tage zur Probe. Besteller verpflichtet sich jedoch, den Betrag von 1,50 M. binnen 30 Tagen ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme.

Gebr. Wolfertz, Stahlwaren-Fabrik und Versandgeschäft
Wald bei Solingen No. 179.

Ich fertige aus feinsten

Stoff-Resten

welche sehr billig aus ersten Fabriken kaufe,

Anzüge nach Mass 22,00
hochfeine Muster

Paletot nach Mass 20,00
hochfeine Muster

Garantiert tadelloser Sitz, beste Ausführung. 1280L*

B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstr. 14a
1 Treppe.

Wiederum

ist es uns gelungen, ganz bedeutende Warenposten in Teppichen, Portieren, Gardinen etc. durch Cassa-Zahlung spottbillig zu erwerben, und geben wir dieselben — soweit der Vorrat reicht — zu ganz enorm billigen Preisen ab.

Teppichhaus Adler & Co.

Königstrasse 20/21, an der Jüdenstrasse.



Die schönsten Herren-

Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen in neu, sowie speziell 997L*

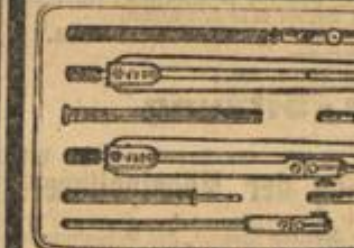
Monatsgarderobe

u. Kavaliere zurückgelegte Sachen, wenig getragen, 1. jede Fig. pass., sind in gr. Ausw. stets zu kaumend billigen Preisen zu haben.

J. Waud, 1. Geschäft: Brünnstr. 17, an der Wallerstr. 116.
2. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, an der Andreasstraße.

Strand-Restaurant

am Müggelsee zwischen Ruggeseehölz u. Audisitzsturm. Empfehle Jabelten, Beeren und Korporationen für Sommerberggärten und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume, Belüftungen aller Art. Coullante Preise.
M. Degebrodt, „Strandhaus“, Köpenick.



Special-Geschäft für Präzisions-Optik von Carl Buttendorf, Berlin N., Weinbergsweg 15^b
nur Weinbergsweg 15b, 6. Laden v. Rosenthaler Thor.
Reisszeuge für Schüler u. 1,25—10,00, für Techniker u. 7,50—60,—
Brillen u. Pincenez, jahrmännlich angepaßt, von 1,00—40,00.

J. A. Partenheimer, Kaiser Wilhelmstr. 19 a.

Rohschinken 75—110 Pf.	fr. Schweinschinken 35—60 Pf.
Hinterschinken 90—100	Karbonade 70
fetter Speck 65—68	Schweinebauch 50
magerer Speck 70—75	Rüchenspeck 55
Schmalz, Salami 75	Rieser 55
f. Leber, Jungezwirli 75	Rinderbraten 65
Tagewurst u. Brannschw. 75	Cherichale 65
Storwurst, Zwiebelwurst 45	Verlauf von 5 Wd. an. 13152*

„Zum Sporthaus“ Ziegenhals bei Zenthen.

Vorort d. Grl. u. Stadt., am Krossensee bei Nieder-Lehme gelegen, mit dampferförmigen, großem Tanzsaal, Regelmäßig, geräumigen Gassen, ca. 3000 Personen fassend; Table d'hôte für Vereine von 1 M. an. Gut gepflegte Biere, fr. Weibier, Kaffeeküche (Alter 75 J.). Elektrisches Orchester, Gondelfahrten, Volkbelustigungen. Große Spielplätze im schönen Hochwalde. Stelle an Wochentagen sehr billige Dampfer.
Telephon: Amt Bülterhausen Nr. 75. [11942] Max Hörchel.

Achtung! Werder. Achtung! Restaurant Schwarzer Adler.

Inhaber Max Koch, Fischerstraße 98. 13072*
Parteilokal. — Dampferfest.
Allen Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen empfehle bei Ausflügen nach Werder meine Lokalitäten zur freundlichen Berücksichtigung.

Gebrüder Bell, Gräfrath²³ bei Solingen. Aeltestes Fabrikverwandhaus am Platze, gegründet 1876.

14 Tage zur Probe mit 5 Jahren Garantie

versenden wir franco Rasiermesser No. 64, genau wie Zeichnung, aus Silberstahl, fein hohlgeschliffen, fertig zum Gebrauch, mit Etuis, mit Garantie, mit dem Betrag von nur Mark 2.00 nicht entpfehlen, so verlange man unseren Hauptkatalog für das Jahr 1903 ganz umsonst und portofrei ohne Kaufzwang. Derselbe enthält große Auswahl in Rasiermessern, Rasierstiften, Daarmlötlchen, Taschen, Tafelmessern und Gabeln, Damen-, Haar- und Schneidmesser, Rasen- oder Gartenmessern, Taschen-, Gärtnermessern, Brod-, Schaber-, Gemäße-, Hack- und Wiegemessern, Uhren, Uhren- u. Goldketten, Broschen, Ringe, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schah- und Spielzeug, Musikinstrumenten und sonstigen Schmuck- und Haushaltartikeln u. c.



Mehr wie ein Stück versenden nur gegen Nachnahme. — bitten genau auf unsere Firma zu achten.

Nathan Wand,

129 Stallherstr. 129. 8326

Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu, sowie speziell

Monats-Garderobe von Kavaliere getragen Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in großer Auswahl stets zu kaumend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand,

129 Stallherstr. 129. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Baustellen i. Erkner, 84 Pf.

Neu-Zittau 50 Pf., Dabendorfer m. Bau-Genossenschaft 72 Pf., bei Grünau 143 Pf. u. c. mit vollen Zahlungsbedingungen
Schulz, Südbach, Senaustr. 12/13, u. III.

Zum Frühjahr:

Jackett-Anzüge von 20 Mk. an
Rock-Anzüge 22 . .
Gehrock-Anzüge 25 . .
Frühjahrs-Paletots 18 . .

Specialität der Firma:

frühjahrs-Paletots nach Mass von 30 Mk. an
frühjahrs-Anzüge nach Mass von 33 Mk. an

M. Schulmeister,

Schneidermeister,
BERLIN SO., Dresdener Strasse 4,
Hochbahnstation Kottbuser Thor. 1117L*
Special-Haus für Herren- und Knaben-Konfektion.

Ein badisches Mörder-Cris vor Gericht.

Freiburg, 25. April.

In der heutigen Sitzung des Schwurgerichts wurden die Verhandlungen in dem Doppelmord-Prozess gegen den Hausburschen Weiser und seine beiden Mitangeklagten, die Metzger Ziegler und Hermann zu Ende geführt. Alle drei Angeklagten wurden wegen Ermordung des Trödlers Lazarus Burgheimer zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und ferner wegen des bei der Firma Nummüller unternommenen schweren Einbruchsdiebstahls zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Des Weiteren wurde der Angeklagte Weiser schuldig befunden, sich an seiner Geliebten, der Fabrikarbeiterin Maria Josepha Kirchhofer des Todschlags schuldig zu haben und dieserhalb noch zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Verhandlungen der beiden letzten Sitzungstage drehten sich um den bei Nummüller u. Co. verübten Einbruchsdiebstahl und die Ermordung des Trödlers Burgheimer. Es wurde dabei festgestellt, daß nicht sowohl der Hauptangeklagte Weiser, sondern der Metzger Ziegler den Anstoß zu der Ermordung des alten Rannes gegeben hat, indem er seine Spießgesellen unter der Angabe, Burgheimer habe mehrere Tausend Mark in bar in seinem Geschäftskolale zu liegen, zur Ausföhrung der grausigen That bestimmte. Dieselbe ging in der Weise vor sich, daß am Abend des 15. Januar die Angeklagten in das Wohnzimmer des Burgheimer eindringen und hier, hinter einem Vorhang verborgen, die Heimkehr des alten Mannes abwarteten. Dann wurde dieser von hinten überfallen, zur Erde geworfen und nunmehr würgte ihn Weiser so lange, bis er keinen Laut mehr von sich gab. Zur größeren Sicherheit trat ihm dann Weiser noch der Brustkasten entgegen und hierauf machten sich beide im Verein mit Ziegler, der während der That „Schmiere“ gestanden hatte, an die Veranbung der Wohnung, die aber nur ein sehr klägliches Resultat ergab. In der Hauptsache erbeuteten die Angeklagten alte Tabakdosen und wertlose Dinge. Dieser Mißerfolg scheint sie zu der dritten ihnen zur Last gelegten That: dem Einbruchsdiebstahl bei der Firma Nummüller u. Co. getrieben zu haben, die sie wenige Tage später, am Morgen des 23. Januar d. J. zur Ausführung brachten. Der kurz zuvor wegen eines Diebstahls aus seiner Vorarbeiterstellung bei der Papierfabrik von Schwidert entlassene Weiser hatte die Schlüssel zu dem Nummüllerschen Geschäft, bei dem er dann als Hausbursche eingestellt worden war, am Vorabend des Einbruchs seinen Komplizen ausgehändigt und fand dieselben, als er um 6 Uhr früh auf der Wildfläche erschien, in vollster Thätigkeit. Sie sagten ihm, daß sie in der Ladenkassette nur zwei Fünfmars-Scheine gefunden hätten, und thatsächlich hatte der Fünfmarshaber, wie er gestern als Zeuge angab, auch nur diesen Betrag hinterlassen, weil ihm das scheinbare Geld seines Hausburschen verdächtig vorgekommen war. Dieser Zeuge war es auch, der alsbald den Verdacht äußerte, daß die Stiche, die Weiser bei dem angeblichen Einbruch von den Thätern erhalten haben wollte, in Wahrheit von ihm selbst herrührten. Bekanntlich begünstigte dann Weiser seine Komplizen der Thätererschaft bei dem Einbruch, weil sie ihn nach seiner Meinung bei der Verteilung der Beute beabsichtigt hatten und die in die Enge getriebenen Metzger gestanden darauf den ganzen Hergang, wodurch Weiser schließlich aus seiner andren Thaten überführt wurde.

Eine Baronesse als Kindesmörderin.

Unter großem Andränge des Publikums wurde vor dem Hanauer Schwurgericht wegen vorsätzlicher Kindesmordung gegen die 20-jährige Baronesse Emilie v. Sedendorff verhandelt. Die Angeklagte wurde seiner Zeit unter dem dringenden Verdacht verhaftet, ihr mit einem Diener gezeugtes Kind gleich nach der Geburt getötet zu haben. Die Angeklagte heißt Emilie v. Sedendorff. Ihr Vater, Ernst v. Sedendorff, ist in Düsseldorf anässig; sie wohnt ebenfalls dort. Sie ist am 20. Juni 1882 geboren, von katholischer Religion und besitzt kein eigenes Vermögen. Ihre Erziehung hat sie teils zu Hause, teils in Kassel und in einer Pension genossen. Nach dem Eröffnungsbeschlusse wird die Angeklagte beschuldigt, in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 1901 in J. u. d. a. ihr uneheliches Kind gleich nach der Geburt vorsätzlich getötet zu haben. Nach Befragung des Anklagebeschuldigten stellt der Erste Staatsanwalt wegen Befragung der Sittlichkeit den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit, dem vom Gericht stattgegeben wurde. Auf Antrag des Verteidigers der „Frankfurter Zeitung“, im Gerichtssaale verbleiben zu dürfen, beschloß das Gericht, ihn als alleinigen Vertreter der Presse zuzulassen. Weitere Anträge der nicht ausgelassenen Geschworenen, der Hanauer Presse und anderer Personen, im Saale verbleiben zu dürfen, wurden zurückgewiesen. Frau v. Sedendorff giebt zu, in der fraglichen Nacht einem Kinde das Leben gegeben zu haben und dieses Kind nach der Geburt aus dem Fenster ihres Mansardenzimmers geworfen zu haben. Sie war sich damals, so sagt sie, nicht bewußt gewesen, was sie gethan, und leugnet ganz entschieden, ihr Kind vorsätzlich getötet zu haben. Die Angeklagte hatte es zu Hause nicht besonders gut, insbesondere bestand ihr herzliches Verhältnis zu ihrem Vater, der oft sehr leidend und trübsinnig und zu ihr oft schroff war. Sie beschäftigte sich vielfach im Garten und in der Landwirtschaft. Auch trieb sie englische und französische Sprachstudien. Sie ließ sich verleiten, mit dem Diener ihres Vaters, Karl Lube, in intimen Verkehr zu treten, der nicht ohne Folgen blieb. Im Juni 1901 merkte sie, daß sie in andren Umständen sich befand. Sie fühlte sich jedoch nicht veranlaßt, sich irgendjemand anzuvertrauen, im Gegenteil als die Mutter ihren Zustand merkte, tritt sie es entschieden ab. Verschiedene Heiberinnen mit ihrem Vater führten dazu, daß sie auf Wunsch ihrer Mutter, wie sie ausdrücklich behauptet, gegen ihren (der Angeklagten) Willen am 1. Oktober auf vierzehn Tage zu ihrer Kante Schöbde nach Fulda fuhr, die im zweiten Stock des Hofesweges eine Art Mansardwohnung inne hat. Als sie hinankam, glaubte sie nicht, daß sie vor ihrer Entbindung stehe, die in dessen in der Frühe des 8. Oktober in dem Mansardenzimmer, das sie allein bewohnte, erfolgen sollte. Kurz vor 12 Uhr nachts am 7. Oktober wachte sie unter großen Schmerzen auf die um 1/1 Uhr betarr wurden, daß sie das Welt verließ. Da erfolgte bereits die Geburt des Kindes, das zu Boden fiel und weint. In der Verzweiflung nahm sie das Kind, öffnete das Fenster und warf es zwei Stockwerke hinunter in den Vorgarten. Als es auf den Erdboden aufschlug, hörte sie es noch weinen, dann schloß sie das Fenster, legte sich nieder hin und schlief bis 7/7 Uhr. Am 8. Oktober besuchte sie nur von 9 bis 1/10 Uhr die Messe, im übrigen blieb sie zu Hause. Am folgenden Tage ging sie bereits wieder aus. Die Kindesleiche wurde in der Frühe des 8. Oktober gefunden, in dessen nahm man an, daß irgend ein Passant der vorüberziehenden Straße, des Breiten Weges, die Leiche über den Jaun in den Garten geworfen hätte. In dieser Richtung stellte auch die Staatsanwaltschaft zunächst ihre Ermittlungen an. Von den Aussagen der Zeugen interessierten vor allem die der Cousine der Angeklagten, Frau v. Schöbde. Die Zeugin schildert die Angeklagte als sehr häuslich und freundlichen Charakters. Von den Verdächtigten im Hause Sedendorff erzählt die Zeugin, daß dort eine gewisse Steifheit zwischen den Kindern und den Eltern geherrscht habe. Die Kinder waren sich fast ganz selbst überlassen. Emilie kam mit 16 Jahren in ein Pensionat nach London. Nach ihrer Rückkehr fühlte sie sich ganz zurückgezogen. Sie habe keine Vorliebe für elegante Toiletten gehabt, sondern ging möglichst einfach gekleidet. — Zeugin Frau v. Schöbde ist seit dem vierten Lebensjahre der Angeklagten viele Jahre Erzieherin im Sedendorffschen Hause. Sie erzählt, Emilie sei ein sehr schwer zu leitendes und verschlossenes Kind gewesen. Sie habe eine besondere Vorliebe für ihren Bruder gehabt. Von den Aussagen der Zeugin ist noch hervorzuheben, daß die Angeklagte sich ihrer Cousine, Frau v. Schöbde,

gegenüber offenbaren wollte, bevor sie nach Fulda reiste, doch wurde sie daran gehindert, da die Geburt nach ihrer Rechnung um 14 Tage zu früh erfolgte. Aus den Verhandlungen geht weiter hervor, daß die Ermittlungen nach der Kindesmörderin anfangs ohne Erfolg geblieben seien, und erst im Anfang des vorigen Jahres sei die Staatsanwaltschaft durch einen anonymen Brief auf die Angeklagte aufmerksam geworden.

Die ärztlichen Sachverständigen bekundeten einhellig, daß sich die Angeklagte bei Begehung der That in einem Geisteszustande befand, der als nicht normal zu bezeichnen sei. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

Lokales.

Der Berliner Magistrat in Räten. Vom Rieselland des Berliner Magistrats bei Blankenfelde ans werden gegenwärtig die Abwässer in einen der Gemeinde Rosenthal gehörenden Graben geleitet, der in die Panke mündet. Obgleich diese Abwässer schon geleitet sind, ist gegen das jetzige Verfahren doch verschiedentlich mit Erfolg protestiert worden, so daß der Magistrat auf den Rosenfahler Kirchweihen an dem Riegelgraben noch eine besondere Anstalt zu schaffen beschloß. Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte denn auch seiner Zeit einen Vertrag, nach welchem der Magistrat zur Herstellung der Anstalt die Rosenfahler Kirchweihen auf 20 Jahre zu 1500 bzw. 1800 M. pro Jahr pachtet. Trotz dieser hohen Pachtsumme hat es gestern die Kirchweihengemeinde abgelehnt, dem Magistrat die Pacht zu verpachten. Im wesentlichen ist die Ablehnung, die den Magistrat in eine unangenehme Lage bringt, auf die Konflikte zwischen Rosenthal und Berlin zurückzuführen. Die an der Schönholzer Heide gelegene Kolonie Wilhelmruh, welche zur Gemeinde Rosenthal gehört, bedarf für die kommenden Jahre dringend der Kanalisation. Zwischen Rosenthal und Berlin schwebt ein Verwaltungs-Streitverfahren wegen eines Kostenbeitrages zu den Schul- und Straßenbaukosten, den der Vorort von der Stadt als Eigentümerin des Gutes Rosenthal, bisher allerdings vergeblich, verlangt hat. Berlin war bereit, den Wünschen Rosenthals teilweise zu entsprechen, wenn ihm erlaubt würde, durch Rosenthaler Gebiet ein neues Druckrohr zu legen. Da jedoch der Vorort an diese Genehmigung die Bedingung knüpfte, später an die Berliner Kanalisation angeschlossen zu werden, zerlegten sich die Verhandlungen, so daß nur die Verwaltungskreisfrage ihren Fortgang nimmt. Da die Vertreter der politischen Gemeinde auch in der kirchlichen Gemeindevertretung entscheidenden Einfluß haben, wurde von dieser jetzt auch die Verpachtung der Kirchweihen abgelehnt. Die Kirchweihengemeinde kann allerdings auf das Pachtgeld ungeschwer verzichten, da sie eine der reichsten in Deutschland ist.

Postförderung Berlin-Wien. Einer Anregung aus Interessentenkreisen folgend hatte die Handelskammer beim Herrn Staatssekretär des Reichspostamtes beantragt, die Postverbindung nach Wien so zu regeln, daß alle am Abend in Berlin ausgehenden Briefe zeitig genug in die Hände der Wiener Empfänger gelangen, um noch am Eingangstage beantwortet werden zu können. Nach dem vom Staatssekretär ergangenen Bescheide wird die Briefpost Berlin-Wien bereits jetzt mit dem 8 Uhr 45 Minuten abends vom Anhalter Bahnhof abgehenden Schnellzuge 62 befördert, der am nächsten Morgen 7 Uhr 35 Minuten in Wien eintrifft. Die Schlußzeit für diesen Zug ist beim Postamt 11 (Anhalter Bahnhof) auf 6 Uhr 25 Minuten abends festgesetzt. Zu beachten ist, daß dem stark belasteten Zug 2/108/810 nur Briefe, Postkarten, Postanweisungen und politische Tageszeitungen zugeführt werden; Druckfachen und Warenproben gehen von Prag über Jglaun weiter und erreichen Wien erst 7 Uhr 42 Min. abends. — Den Berliner Versendern wird daher empfohlen, die Briefe nach Wien, die am folgenden Morgen den Empfängern ausgehändigt werden sollen, so zeitig zur Post zu geben, daß sie Berlin mit dem 8 Uhr 45 Min. abends vom Anhalter Bahnhof abfahrenden Zuge verlassen können.

Deutscher Arbeiter-Absinentenbund (Sitz Berlin). Laut Beschluß der Konferenz der abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands am 13. und 14. April er. in Bremen haben sich sämtliche abstinenten Arbeitervereine Deutschlands zu einem Centralverband verknüpfen, welcher obigen Namen führt.

Zuführten, Entlagen etc. sind zu richten an den Bundesvorsitzenden W. Rieth, Berlin NW. 87, Postdörferstr. 14.

Alle Geldsendungen an den Bundeskassierer W. Giehm, Berlin SO. 33, Brangelstr. 48.

Ungewöhnliche Hundobjekte sind in den letzten Tagen bei den Amtsbehörden in den Ortschaften der Oberpree und Dahme gemeldet worden. Nicht weniger als 23 Schiffsfahrzeuge, Rettungsboote von Jillen, Ruderboote, Seelenverläufer und Segler sind an den Ufern der beiden Flüsse herrenlos angetrieben worden. Die Fahrzeuge der jedenfalls durch den Sturm am Sonntag und Montag von den Ankerplätzen losgerissen wurden, haben bisher nur zum Teil ihre Herren gefunden.

Die Vogelgeschwinde scheinen sich in Berlin zu einer neuen „Spezialität“ anzuhäufen. Jetzt tritt in Berlin und Charlottenburg ein neuer Schwindler mit einem andren Kniff auf, der es ermöglicht, den Schwindler vor den Augen des Verkäufers auszuführen. Der Mann hat zwei ganz gleiche Beutel. In der Nähe einer Vogelhandlung nimmt er sich irgend einen Jungen von der Straße und verpflichtet ihm ein paar Groschen, wenn er ihm einige Vögel, die er kaufen wolle, nach Hause trage. Hat er sich nun einige gute Kanarienvögel ausgesucht, so steckt er sie in einen Beutel, während der Junge den andren hält, in dem sich ein mitgekauftes Weibchen befindet. Am längt er an, über dieses und jenes zu reden, alles, was im Laden ist, anzufassen, um die Aufmerksamkeit von den Beuteln abzuwenden. Während der Verkäufer glaubt, daß der Junge immer noch den Beutel mit den Vögeln in der Hand habe, hat er längst den mit dem Weibchen. Wöglich fällt dann dem Käufer ein, daß er in der Nachbarschaft noch etwas zu besorgen habe, übergibt den Beutel mit dem Weibchen dem Jungen, damit er ihn bis zu seiner Rückkehr und Bezahlung aufbewahre, und geht mit dem andren Beutel weg, um gleich wieder zurückzukommen. Vergeblich wartet der Geschäftsmann, der den Jungen für den Sohn des Kunden hält, bis sich endlich der Schwindler auflöst. Zu spät steht er, daß er geprellt ist.

Durch einen Sturz vom Gerüst verunglückte gestern nachmittag der 35 Jahre alte, kinderlos verheiratete Arbeiter Ernst Bremer aus der Strahburgerstr. 33 auf einem Neubau in der Ameisebestraße. Er fiel aus einer Höhe von vier Metern herab und brach sich beide Unterarme. Nachdem er auf der Unfallstation am Zoologischen Garten einen Verband erhalten hatte, wurde der Verunglückte mit einer Droschke nach seiner Wohnung gebracht. Hier verschlimmerte sich sein Zustand, so daß er abends der Charité zugeführt werden mußte.

Auf eine Liebesdröge ist der bereits vorgestern gemeldete Selbstmord des russischen Studenten Josef Kiseleff-Mewicz zurückzuführen. Der junge Student, der Sohn eines Maschiners, wohnte mit einer jungen Russin zusammen in einer kleinen Pension und zwischen den beiden Liebenden entspann sich ein Liebesverhältnis. A., welcher die erste Absicht hatte, die Geliebte, eine strenggläubige Russin, zu heiraten, drang in dieselbe, aus der griechisch-katholischen Religions-Gemeinde auszutreten. Die junge Dame rüchete nun eine Anfrage an ihre Eltern dieserhalb und erhielt als Antwort die Anforderung, jede Verbindung mit A. abzubrechen und sofort in die Heimat zurückzukehren. Dieser Anordnung leistete das Mädchen Folge und hat ihren nächststehenden Geliebten, sie bis zur Grenze zu begleiten. Dort hat die junge Russin ihren Freund von der Ausföhrungslosigkeit ihres Liebesbundes unterrichtet und denselben

dann verlassen. Der Student hat sich diese Trennung derartig zu Herzen genommen, daß er in geistige Unmüchtigkeit verfiel und in diesem Zustand den Selbstmord ausführte. Schließlich werden wir noch gebeten mitzuteilen, daß A. keine Schulden gemacht hat, vielmehr aus seinen Mitteln hier studierende Landsleute unterstützt. Die tiefgebeugten Eltern sind am heutigen Tage in Berlin eingetroffen, um der Bestattung ihres Sohnes hier beizuwohnen.

Im Bette tot aufgefunden wurden der 24 Jahre alte Buchbinder-gehilfe Paul Richter aus der Wilhelmstr. 141 und der 48 jährige Schuhmacher Dzaroff aus der Münchebergerstr. 16. Richter, der mit seinem Bruder zusammenwohnte, schien zu schlafen, als der Bruder morgens die Wohnung verließ; in Wirklichkeit war er tot, im Laufe der Nacht einem Herzschlage erlegen. — Dzaroff wohnte für sich allein im Hofe im Keller, nachdem er vor zwei Jahren seine Frau verloren hatte. Seit drei Tagen hatte man ihn nicht mehr gesehen, und als nun der Hausverwalter, der die Zeitungen noch vor der Thür fand, die Wohnung öffnen ließ, lag er tot und bereits erstarrt in seinem Bette.

Beim Rangieren schwer verunglückt ist in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag der auf dem Anhalter Güterbahnhof beschäftigte Tagelöhner August Müller. Müller kam bei seiner Thätigkeit berart unglücklich zu Fall, daß ihm beide Beine, eins oberhalb, eins unterhalb des Knies, abgefahren wurden. Der Bedauernswerte, der erst jung verheiratet ist, war nach dem Unfall trotz fürchterlicher Schmerzen bei vollem Bewußtsein.

Einen guten Fang machte die Polizei mit der Festnahme eines mehrfach bestraften Menschen Namens Paul Sachs, der in die Kellerräume des Grundstückes Brenzlauerstr. 1 einzudringen versuchte und durch das elektrische Zäunewerk verurteilt wurde. Die Kriminalpolizei, der Sachs zugeführt wurde, fährte mehrere Einbrüche, die in der letzten Zeit verübt wurden, nach der Art der „Arbeit“ auf seine Rechnung, sagte ihm aber auch auf den Kopf zu, daß er dabei Helfer gehabt habe. Nach längerem Strauben räumte der Einbrecher beides ein, nachdem man in seiner Wohnung Verstecke aus den verschiedensten Einbrüchen gefunden hatte. Seine Helferhelfer wurden nun auch ermittelt und festgenommen. Es sind ein gewerksmäßiger wiederholt bestrakter Einbrecher Willy Morgenstern und ein bisher unbescholtener stellungsloser Handwerker Willy Behnig. Sachs und Morgenstern verübten Einbrüche in Schaustwirtschaften und Bäderereien in verschiedenen Stadtvierteln, u. a. auch in der Zimmerstraße. Behnig war nur bei einem einzigen Einbruch in Wilmersdorf beteiligt. Die beiden andren, die dort ohne einen dritten Mann nicht fertig werden konnten, setzten dem Arbeitslosen so lange zu, bis er nachgab. Gestern Freitag führte die Kriminalpolizei alle drei dem Untersuchungsrichter vor.

Vorläufige Besuchsordnung für den neuen botanischen Garten in Dahlem. Der neue botanische Garten in Dahlem war am zweiten Osterfeiertage nachmittags zum erstenmal dem größeren Publikum geöffnet und wurde von 2500 Personen besucht. Der nächste allgemeine Besuchstag ist Sonntag, den 20. April (von 2 bis 7 Uhr). Auch wird in den folgenden Sommermonaten der Garten mit Ausnahme der Gewächshäuser und Baupläne an zwei Sonn- oder Feiertagen jeden Monats zugänglich sein, so daß jedermann Gelegenheit zu sehen; Kinder unter zehn Jahren dürfen jedoch nicht eingeführt werden. Auch ist an andren Sonntagen der Zutritt nicht gestattet. Dagegen können Interessenten durch Kauf der über einzelne Teile der Anlagen erschienenen Schriften (Preis 1 M.) einige Eintrittskarten erhalten, welche zum Besuch an den Wochentagen (8 bis 6 Uhr) berechtigen; die Pfortner an den Thoren des neuen und alten botanischen Gartens geben hierüber Auskunft. Dies gilt auch für Vereine, beglücklich deren noch zu bemerken ist, daß ihre Mitglieder nur in kleineren Gruppen von höchstens 20 Personen nach verschiedenen Richtungen hin den Garten durchwandern dürfen. Führung wird an Wochentagen nicht gewährt, an den Sonntagen als außerdienstliche Leistung gegen besondere Bezahlung unter den im Bureau des neuen botanischen Gartens zu erfahrenden Bedingungen.

Den Orgelvortrag in der Marienkirche am Montag, den 27. April, abends 7 1/2 Uhr, führen aus: Musikdirektor Otto Diemel, Fräulein Gertr. Richter, Fräulein Marg. Hähn, Fräulein Käthe m. Marie Heumann, der Cellist Herr Otto Tornin und Herr Paul Schwyder. Es kommen Terzette, Duette, Ariens, Violin- und Orgelkompositionen von Bach, Händel, Tartini, Mendelssohn, R. Schumann, Alb. Becker, Alexis Holländer, Gounod, Widor, Diemel etc. zur Aufföhrung. Der Eintritt ist frei.

Berliner Hunde-Ausstellung. Am Sonnabend beginnt in den Gesamträumen der „Neuen Welt“, Hagenheide 108-114, die große vom Deutschen Doggenklub und vom Verein „Hektor, Gesellschaft der Hundefreunde“, veranstaltete Ausstellung von Hunden aller Rassen. Ueber 600 Hunde sind gemeldet, darunter 120 Terkel, 75 Doggen, 46 Bernhardiner, 41 Boxer, 60 Colies etc. Ueber 150 Ehrenpreise stehen zur Verteilung bereit. Die Prämierung beginnt am Sonnabendvormittag 9 Uhr.

Feuerbericht. Durch die Explosion einer Spirituskasse kam Donnerstagnachmittag in der Manteuffelstr. 104 in einem Laden Feuer aus, das schnell an Ausdehnung gewann, so daß bei Ankniff der Wehr bereits ein größerer Teil des Ladens vollständig in Flammen stand. Es mußte daher thätig Wasser gegeben werden, bevor die Gefahr beseitigt war. Der entstandene Schaden beziffert sich annähernd auf 2000 M. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen nach einigen andren Stellen, die aber auf geringfügige Ursachen zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

Schmargendorf. Am Sonntag findet eine Flugblatt-Verbreitung außerhalb unsres Ortes statt. Da der Bezirk ein großer ist, werden die Genossen dringend ersucht, sich zahlreich morgens 7 Uhr im Wirtshaus Schmargendorf einzufinden.

Schöneberg. Die städtische Genehmigung zur projektierten Reukanalisation unsrer Stadt ist endlich erteilt worden. Die umfangreichen Vorarbeiten sind beendet, so daß mit der Ausföhrung des großen Werkes begonnen werden kann. Die 23 Kilometer von hier entfernten Rieselfelder liegen in der Gemarkung Ragow bei Deutsch-Wusterhausen. Die Verhandlungen wegen Anlage eines Regenablaufkanals nach dem Landwehrkanal, welche auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde kürzlich stattfanden, haben zwischen den Parteien, der Berliner und der Schöneberger Stadtverwaltung, zu keiner Verständigung geführt. — Der startograph Fischer, der unter dem Verdacht an seiner Frau einen Eismordverbrechen unternommen zu haben, vor einigen Wochen verhaftet wurde, ist auf Antrag seines Verteidigers aus der Haft entlassen worden.

Ueber das Schul-Geld in Rixdorf wird in Lehrerkreisen fortwährend Klage geführt. Zwar ist die Errichtung eines neuen Doppel-Schulhauses bis zum Herbst 1903 beschloffen, doch ist es kaum möglich, bis dahin mit den vorhandenen Klassenräumen auszukommen. Die Schülerzahl ist von 2800 auf 3026 gestiegen und hat am 1. April d. J. eine weitere Zunahme um einige hundert Schüler erfahren, so daß in aller Eile Parallellassen unter Streichung einzelner Unterrichtsstunden eingerichtet werden mußten. Auch die Lehrer sind in Bezug auf die Anzahl der Unterrichtsstunden an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt; die von der Regierung vorgeschriebene Anzahl der Maximalstunden ist schon teilweise überschritten worden. Nach dem Gemeinde-Etat beträgt die Zahl der Lehrkräfte in Rixdorf 61. So daß auf jede Lehrkraft 60 Schüler kommen. Wohl sind nun am 1. April drei neue Lehrkräfte in den Rixdorfer Gemeindeschulen angestellt worden, da sich aber auch die Schülerzahl sehr

Ernst Reimut. Frisches Blut in den Reichstag! 82 Seiten. Dresden 1902. Verlag Ostler Damm.
Dr. med. Georg Dörm. Unsere Trinkwässer in ihrer Bedeutung für die Gesundheit und das reibende Publikum. 24 Seiten. Preis 5 Pf. Verlag von P. Jepsen, Altona, Breitenstraße 27.
Die Bewegung der jüdischen Arbeiter 1900 bis ultimo 1902. Geschäftsbericht. Verfasst vom Bundessekretär Bruno Bär. Preis 50 Pf. Berlin 1903. Verlag Bruno Bär, Bölowstr. 21.
Welt und Menschheit. Heft 29 und 30. Von Hans Krämer. 100 Beyerungen a 60 Pf. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin.
Bulletin des Internationalen Arbeitsamts. I. Band. Januar bis Dezember 1902. Jena 1903. Verlag von Gustav Fischer. Preis 7,50 M.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.
G. S. 73. Geringsfügige Körperfehler, welche möglicherweise zur dauernden Unbrauchbarkeit führen. — **G. S. C. 100.** Soweit ersichtlich, können die Erben jetzt nur noch Nachlassinventur u. dgl. beim Nachlassgericht beantragen, um nur in Höhe des Nachlasses zu haften. Die Erbenhaftung ist längst verfallen. — **R. 37.** Sie bedürfen der Zustimmung der Militärbehörde. Antrag ist an das Bezirkskommando zu richten. — **G. S. 4.** Bis zum vollendeten 42. Jahre. — **Elise.** Ablehnung ist leider möglich. — **Wittos.** Unerblichkeits Fessler. — **Woh. Pantow.** Der Mann war im Recht. Der Schuldschein war auch ohne Stempel gültig. Strafbüße etwa 6 Mark. — **H. R.** Es lag kein Verstum vor: Die wiederholt an dieser und an anderen Stellen des Blattes über die Auswahl der Schöffen gegebene Darstellung verriet und der Raum zu wiederholen. Lesen Sie §§ 30 bis 34 des Gerichtsverfassungsgesetzes nach. — **M. B. 30.** Sie können auf Rückzahlung gegen Rückgabe klagen. — **Stargarderstr. 88.** Ihr Vater mußte sofort seine Krankheit der Kasse mitteilen. Anspruch auf Ertrag der ärztlichen Leistungen und des Krankengeldes hat er, wenn der Fall als ein dringlicher angesehen wird, in dem ohne vorherige Kassenbenachrichtigung Krankenbesuche ärztlicher Hilfe erforderlich war. — **P. Richter** und **H. 12.** Wir lehnen es grundsätzlich ab, irgend eine Beweisaufnahme redaktionell zu empfehlen. Wir möchten nur Sie vor Gefährdungen auf Gegenständigkeit und vor Abbruch von Versicherungsverträgen vor genauer Prüfung der Versicherungsbedingungen. Dem Privatversicherungsgesetz unterliegen solche Gesellschaften. — **G. R.** Richten Sie schleunigst ein Gesuch an das Bezirkskommando. Unbedingt unzulässig mag das Leiden nicht. — **G. S. 20.** Sie haben als Verleüper bei dem Vorstand der Berufsvereinschaft, am besten schriftlich, kurz Be-

wahrung der Unschuld zu beantragen. — **Rühnack 100.** 1. Das hängt vom Inhalt der Statuten und der Folge ab: in der Regel ja. 2. Ja. — **G. S.** Sie müssen bis zum vollendeten 21. Jahre warten. Ihre Braut bedarf bis zu derselben Altersgrenze die Einwilligung des Vaters. — **H. Ja.** — **M. Schöberg.** Die Mutter und Sie als Vormund für das Kind können bei dem Amtsgericht des Wohnortes des Beklagten auf Einbindungskosten usw. und auf Alimentenzahlung klagen. Sie können Bewilligung des Alimentenrechts bei dem Gericht beantragen; reichen Sie eine Verheimlichung der hiesigen Vormundschaftsbehörde über das Kindes Verwalter ein. — **H. 24. 999.** Der Sohn würde zur Zahlung verurteilt werden. — **H. 63.** Mit Bewilligung eines auf Antrag vom Amtsgericht zu bestellenden Pflegers; ja, falls es sich um minderjährige handelt. Sonst ist Zustimmung der Großjährigen selbst erforderlich. — **G. S. 100.** 1. Rein 2. Ja. — **G. S. 17. 1. 19. Jahr.** Rein. — **H. P.** Wenden Sie sich an den betreffenden Kassen Vorstand; die Sache ist nicht einseitig geregelt. — **Sandhausen.** 1. Seit 1890. 2. Seit Ende 1892. — **125 Gb. H. 9.** Sie können auf Schadenersatz klagen. Der Ausgang solches Prozesses wäre wesentlich von dem Gutachten der Sachverständigen abhängig. — **M. 65.** Rein, erst mit vollendetem 21. Lebensjahre. — **H. Ja.** — **A.** Die Versicherungsfrist hängt von der Art der Forderung (Darlehen? Kaufschuß? Arbeitslohn?) ab. — **G. S. 73.** 1. Das hängt vom Inhalt der Statuten ab. 2. Geschliche Vorzeichen und freie Vereinbarung regeln die Zustimmungsstatuten. — **C. S. 18.** Wenn in Ihrem Mietvertrage, den Sie durchlesen wollen, nicht das Gegenteil steht: nein. — **M. 2. Muskau.** Ja: der Vormund oder die Frau haben den Antrag zu stellen. — **100.** 1. Circa Verita, Sofa, Spiegel, Teppich, Tischdecke und div. Bilder. 2. Gültige und irreführende Verträge zur Benachteiligung von Gläubigern sind unzulässig. — **H. Reinholdsdorf.** Nach Ihrer Darstellung hat E. stets das Recht, in den Kaufvertrag als Käufer einzutreten. Wird das Grundstück an einen anderen verkauft, weil E. von seinem Recht keinen Gebrauch macht, so läuft sein Mietvertrag dennoch weiter. —

Briefkasten der Redaktion.
Nr. 102. Die in der betreffenden Nummer angegebene Adresse genügt.
G. St. 5 Duadrat-Meter, 61 Duadrat-Declimeter, 51 Duadrat-Centimeter.
G. S. 15. Wahrscheinlich, aber es ist sehr schwer nachweisbar. — **C. D. 5.** Kann Ihnen nur ein Arzt sagen. — **Wilson.** Klüger Betrüger; so wie u. — **Grab. 36.** Ein Universalmittel dafür und nicht bekannt. — **Böckinger.** Wir können Ihnen über eine solche Wasserheilmittel nicht die gewünschte Auskunft geben; jedenfalls ist große Vorsicht anzuwenden. — **Machow.** Die Angabe stimmt. — **H. 59.** Nicht ganz unbedingt; Arzt konsultieren. — **M. B. 30.** Frage wiederholen. — **G. S. 10.** Wird in einigen Tagen erledigt werden. — **Jungferlein.** Antrag auf Aufhebung im Eaisjahre 1895/96. — **G. R. 100.** Stimmungsdeputation Poststr. 16 II. Meldungen zum Schluss des Jahres. Bewerbungen erfolgen kurz nach Neujahr. — **Denunzianten.** 22 Januar. — **G. D. 110.** Die, Adresse-

Theater.
Sonnabend, 25. April.
 Anfang 7^{1/2} Uhr:
Opernhaus. Feuerstrot. Caval-
 leria rusticana. (Bauernreue.)
Schauspielhaus. Die Räuber.
 Deutsches. Donna Anna.
 Berliner. Die Verleumdung.
 Veffing. Fröhchen. Lottchen.
 Neues. Helens und Melchior.
 Neffens. Lutti.
 Westen. Die Fledermaus.
Central. Chinesische Flitterwochen.
Thalia. Der Postenmangel.
 Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
 Die guten Freunde.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstadt.)
 Der ledige Hof.
Belle-Alliance. Pitt und Cocket.
Carl Weich. Der liebe Götter.
Bundes. D'Bennerin. Kleischeren.
 Freigeigebenen.
Luft. Die Geier-Wally.
Aelnes. Nachtschl.
Trionon. Die Rotbrücke.
Cosino. Alexinos. Fröhchen und
 Fröhchen. Spezialitäten.
Metropol. Reuecht! Erneuerchest!
Apollo. Der Gesindeball. Speciali-
 täten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Steintner Säng.
Vossage-Theater. Spezialitäten.
Palast. Die neueste Richtung.
 Spezialitäten.
Heanon. Taubenstrasse 48/49.
 Das Land Tirol.
 Im Hörsaal: Dr. B. Donath: Elek-
 trische Wellen in der Praxis.
Taubenstrasse 57/62. Stern-
 warte. Täglich geöffnet von 7
 bis 11 Uhr.

Central-Theater
 Unter Leitung des Hrn. Dir. Herenckh.
 Heute abend 7^{1/2} Uhr:
 Zum erstmal:
Chinesische Flitterwochen.
 (A Chinese Honeymoon.)
 Geben alle in 3 Akten von G. Dancz.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: Halbe
 Bechtel Die Fledermaus. Operette
 in 3 Akten von Rod. Strauß. Abends
 7^{1/2} Uhr: Chinesische Flitterwochen.
 Montag und folgende Tage: Die-
 selbe Vorstellung.
Kleines Theater.
 Unter den Linden 41.
 Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
Neues Theater
 Schiffbauerdamm 4a-5.
 Anfang 7^{1/2} Uhr:
Pelleas und Melisande.
 Sonntagnachm. 3 Uhr, zu halb.
 Preisen: Die Kreuzschreiber.
Belle-Alliance-Theater.
 Alieabend 8 Uhr:
„Piek und Pocket“.
 Schwan in Gef. u. Tanz in 3 Akten.
 Schläger des 2. Aktes:
 Im Sonnenbad. Der Duncannon. Cip-
 Cip. Donna Juana. Cake Walk.
 Massage-Terzett.
Buntes Theater.
 Köpnickstrasse 68.
 Zum erstmal: Freisprechen
 v. Häfker. — D'Wanerin v. Frei-
 horn von Stenglin. — Mayscheren
 von Dr. Jan Lehmann.
Metropol-Theater.
 Mit glänzend der Ausstattung.
Neuestes!
Allerneuestes!
 Revue in 5 Bildern v. Jul. Fround.
 Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi.
Henry Bender.
 Frid-Frid. Flora Siding. Wini Grabitz.
 300 Mitwirkende.
 Im dritten Bild:
Eine Sitzung bei Anna Rothe.
Grandioses Ballett.
 Anfang 8 Uhr.
 — Rauchen überall gestattet. —
Bernhard Rose-Theater
 Badstrasse 58.
 Sonnabend, den 25. April:
Benefiz für den Regisseur
Ludwig Wüpper.
Onkel Bräutig.
 Lebensbild in 5 Akten nach
 Joh. Kauters „Ut mine Stromtid“.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag:
Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania.
 Taubenstrasse 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
 Im Hörsaal um 8 Uhr:
Dr. B. Donath: Elektrische
 Wellen in der Praxis.
Sternwarte
 Invalidenstrasse 57/62.
Passage-Theater.
 Sonntags 3 Uhr.
 Anfang: Wochentags 5 Uhr.
 Ende 11 Uhr.
Oskar Klein
 (Tyll Eulenspiegel).
Cake-Walk
 der echten Louisianas.
 Ganz Berlin, gerbricht sich
 schon den dritten Monat
 den Kopf über **AGA!**
 die schwebende Jungfrau!

Trionon-Theater.
 Georgenstrasse,
 zwischen Friedrich- u. Unter-Klosterstr.
 Abends 8 Uhr:
Die Rotbrücke.
 Lustspiel in 3 Akten von Fred. Gröler
 und Francis de Croisset.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die
 Fledermaus.
Apollo-Theater.
 Täglich mit stürmischem Beifall
 Gesangs-
 Burleske
 mit d. spiritist. Anna Rothe-Parodie.
 Ferner: 4 Madcaps. — Donatelli.
 Hein. Blank. — Cake-Walk. — Seldoms.
 Killanys leb. Bilder. — Kosmograph.
Thalia-Theater.
 Dresdenstr. 72/73. Täglich 7^{1/2} Uhr.
Der Posannengel.
 Ausstattungsgesellschaft mit Gef. und Tanz.
 Tanzparodien. Artisten-Revue.
 Thiescher als Spreewälder Amme.
 Sonntagnachmittags 3^{1/2} Uhr:
 Charles's Zante.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
 (Wallner-Theater).
 Sonnabend abend 8 Uhr:
Die guten Freunde.
 Lustspiel in 4 Aufz. v. Diet. Gordan.
 Sonntagnachmittags 3 Uhr:
Das Glück im Winkel.
 Sonntag abend 8 Uhr:
Der Herr Senator.
 Montag abend 8 Uhr:
Die guten Freunde.
Schiller-Theater N.
 (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater).
 Sonnabend abend 8 Uhr:
Der ledige Hof.
 Schauspiel in 4 Akten v. L. Angenbruber.
 Sonntagnachmittags 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
 Sonntag abend 8 Uhr:
Heimat.
 Montag abend 8 Uhr:
Der ledige Hof.

Brotts Gesellschafts-Haus.
 Erkner am Dameritz-See.
 3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser gelegen —
 empfiehlt sich bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfper den gedienten
 Familien, Vereinen, Jubiläen und Gesellschaften zu angenehmem Aufenthalt.
 2 große Säle mit Bühne, 2 große schattige Gärten. Saal für 1500 Personen.
 Sonnabend und Sonntage noch für Vereine zu vergeben. 4172*

Residenz-Theater
 Direction: Sigmund Lautenburg.
 Abends 7^{1/2} Uhr:
Lutti (Loute).
 Schwan in 4 Akten von Pierre Beder.
 Morgen und folgende Tage: **Lutti.**
 Sonntagnachmittags:
Nora. Frau Reisenhofer.
Luisen-Theater.
Die Geier-Wally.
 Morgen 3 Uhr, zu kleinen Preisen:
 Königin Luise. Dieuau: Das Per-
 sischen hinterm Herd. — 8 Uhr:
 Eine feste Burg.
 Montag: Die Geier-Wally.
 Dienstag: Eine feste Burg.
 Mittwoch: Dämcl.
 Donnerstag: Letzte Verheißung in
 dieser Saison: Die Gamselndame.
Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurter-Strasse 132.
 Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung:
Gänfel und Gretel.
 Abends 8 Uhr:
Der liebe Götter.
 Sonntagnachmittags 3 Uhr: Am
 Altar. Abends: Der liebe Götter.

Casinos Panoptikum.
 Friedrichstr. 105.
 Mit seinen weltberühmten
 Wachsfiguren
 u. unzähligen andern Sehens-
 würdigkeiten, Kunstschätzen etc.
 Gr. Promenaden-Konzert.
 Nou! **Cleó Otero,**
 die interessante Rauch- und
 Sandmalerin.
 Neu! **Pythia,** d. hellsehende
Anthropos, Dame,
 der künstliche
 Mensch
 und vieles andre.
Casino-Theater
 Poliringerstr. 37.
 Nur noch bis 1. Mai!
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7^{1/2} Uhr.
Eternos. Fritschen u.
Lieschen.
 Nur noch bis 1. Mai:
 Marcell! Les trois Berg's etc.
 Ab 2. Mai: Ganz neues Programm.
 Zum erstmal: **Unter Goldjunge.**
 Sonntagnachmittags 4 Uhr: Wieder
 des Wustanten, dazu Aufstret
 sämtlicher Spezialitäten.
Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72. Ede Alexanderstr.
 Täglich:
 Theater- u. Spezialitäten-Vorst.
 Nur kurzes Gastspiel:
Madame Latouré, die
fesche Soubrette.
 Der erste Tote.
 Rittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.
Sanssouci.
 Donnerstag, Sonntag und
 Montag:
Hoffmanns
Norddeutsche Säng.
 Nach der Vorstellung:
Tanz-Kränzchen.
 Vereinsbillets gültig.

Palast-Theater
 Burgstrasse 22. Früher: Reen-Palast.
Die neueste Richtung.
 Schwan in 3 Akten v. Dr. Schneider.
Alle Schaunummern neu!!
 Annie Darnett, athletische Spiele.
 Mary Forrester, Tanz-Sängerin.
 Miss Sloer, equilibristischer Sport-Alt.
 Mr. Brown, Bioskope.
 Mile. Fata Fatma, ufm. ufm.
Schluss der Saison:
Donnerstag, den 30. April.
 Ehren- u. Vorzugskarten
 werden mit Saisonschluss ungültig.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

WINTERGARTEN
 Pantzer Brothers, Akrobaten.
 Ralph Johnstone, Bicyclist.
 She, die 4 Elemente.
 Renée Dobaugs, Kaleidoscop-Tanz.
 Hoshi Tokio, Japanertruppe.
 Charlotte Kara, Creolische Sängerin.
 Bachus Jacoby, Humorist.
 Les Provençales, Französisches
 Gesangs-Quartett.
 Mile. Miette, Par. Strassensäng.
La Belle Toledo, Span. Tanz.
Harry Houdini, Künstler.
Das Fest d. Lucullus, Ballett.
 Der „Biograph“.

Jede Uhr
 zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Aufgehens
 nur **1 Mt. 50 Pf.**, außer Druck, keine Reparaturen billiger.
 Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erschaulich billigen Preisen.
Dufaten-Training, 900 ght., 1^{1/2} Dufaten 15,50, 2 Dufaten 20,50.
 Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echl. Rathenower Brillen,
 Vincenz, Sperrgläser. 10342*
T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Babstr. 57.

BLUTARMEN. KRANKEN
 ärztlich
 empfohlen
 6 Flasche
1,50
 2 Mark.
Santa Lucia
 steht unter ständiger Kon-
 trolle des Gerichtschemikers
 Dr. C. Bischoff. [1030L*]

Reichshallen.
Stettiner Säng.
 II. a.: Bühnengrößen
 und Anna Polo, das
 Blumenmedium.
 Anfang: 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
Berliner Ulk-Trio.
 Felix Scheuer
 Straßmaderstr. 1.
Möbel
 auf Teilzahlung
 Hugo Lewent's Wwe.,
 Chausseestr. 82.

Durch Ersparen teurer
 Bodenmiete dir ich im stunde.
 elegante, reitwollne Raumgarn.
Anzüge für 36 Mark
 nach Maß mit Anprobe unter
 Garantie guten Sitzes und dauer-
 hafter Arbeit zu liefern. Spezialität:
 „Formvollendete Schulterausarbei-
 tung“. Reichhaltiges Lager moderner
 Stoffe. 134429
Maletzki, Schneidermeister,
 Weinbergsweg 15c, 1. Etage.
A. Stippekohls Restaurant
 Köpenick, Schönriederstr. 5.
 Arbeiter-Bekehrstafel. Für gute
 Speisen u. Getränke ist bestens georgt.
Dr. Simmel, Prinzen-
 Str. 41.
 Spezialarzt für [108/11*]
Haut- und Halsleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

W. Noacks Theater.
 Direction: Robert Dill.
 Brunnenstrasse 16.
 Große Udra - Vorstellung.
 Die
Memoiren des Teufels.
 Anfang 8 Uhr:
 Nachher: **Ball.**
 Sonntag: Dieselbe Vorstellung.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
 II. a.: Bühnengrößen
 und Anna Polo, das
 Blumenmedium.
 Anfang: 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
Berliner Ulk-Trio.
 Felix Scheuer
 Straßmaderstr. 1.
Möbel
 auf Teilzahlung
 Hugo Lewent's Wwe.,
 Chausseestr. 82.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
 II. a.: Bühnengrößen
 und Anna Polo, das
 Blumenmedium.
 Anfang: 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
Berliner Ulk-Trio.
 Felix Scheuer
 Straßmaderstr. 1.
Möbel
 auf Teilzahlung
 Hugo Lewent's Wwe.,
 Chausseestr. 82.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
 II. a.: Bühnengrößen
 und Anna Polo, das
 Blumenmedium.
 Anfang: 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
Berliner Ulk-Trio.
 Felix Scheuer
 Straßmaderstr. 1.
Möbel
 auf Teilzahlung
 Hugo Lewent's Wwe.,
 Chausseestr. 82.

Max Tack bringen für den Sommer extra billige Preise.
Volle Garantie für Haltbarkeit.
 Command.-Ges. Strausberg
 Damen-Spangen-Schuhe, roth und braun **3,75 Mk.**
 Damen-Schnür- u. Knopf-Schuhe, roth und braun . . **3,90** „
 Damen-Schnür- u. Knopf-Stiefel, roth u. braun **5,90 u. 6,90** „
 Damen-Leder-Zug-Stiefel, extra stark **2,90** „
 Herren-Leder-Zug-Stiefel, extra stark **3,90** „
 Kinder-Leder-Schnür- und Knopf-Stiefel mit Absatz . **1,95** „
 Eleganter Lasting-Morgenschuh mit kleinem Absatz . **1,20** „
In Deutschland 88 Niederlagen.
In Berlin:
 N.W. Thurmsstrasse 31.
 N. Reinickendorferstr. 6.
 N. Badstrasse 23.
 O. Weidenweg 63.
In Rixdorf:
 Bergstrasse 11.
Achtel genau auf Firma!

